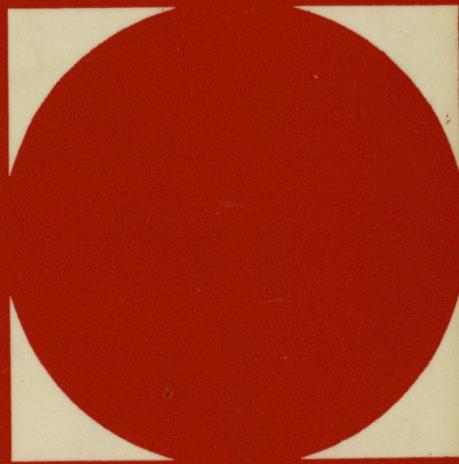
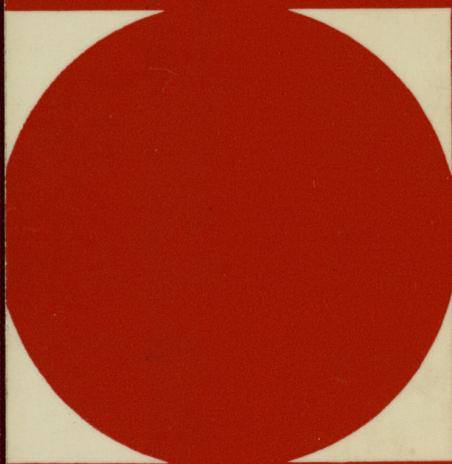


Christoph
Butter-
wegge

Alternativen
der
Wirtschafts-
lenkung



Kleine

hek

Pahl-
Rugenstein
Verlag

3 G
6 3 2 4

3 G 6324

3G6324



* 3G6324 *

28

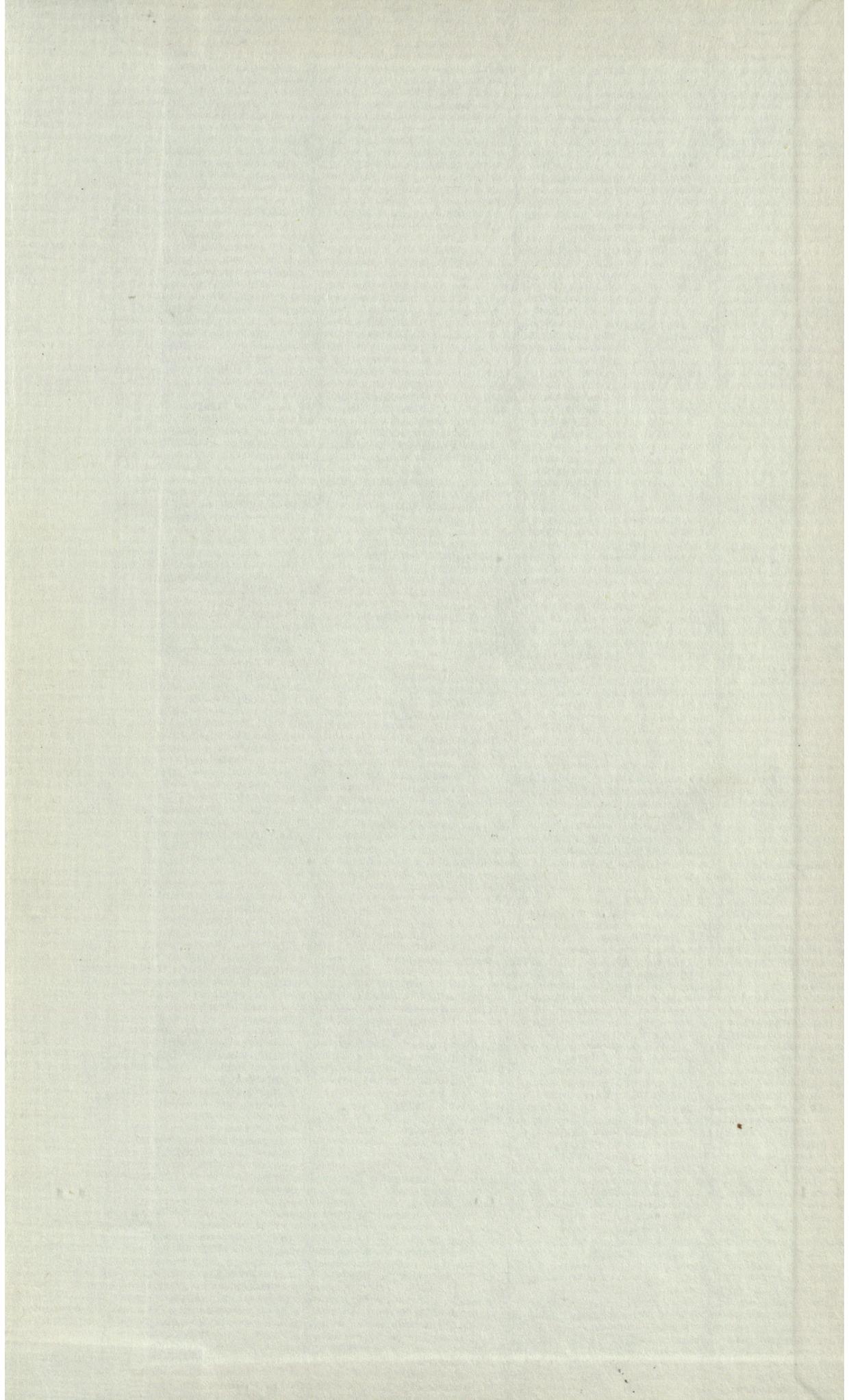
Kleine Bibliothek

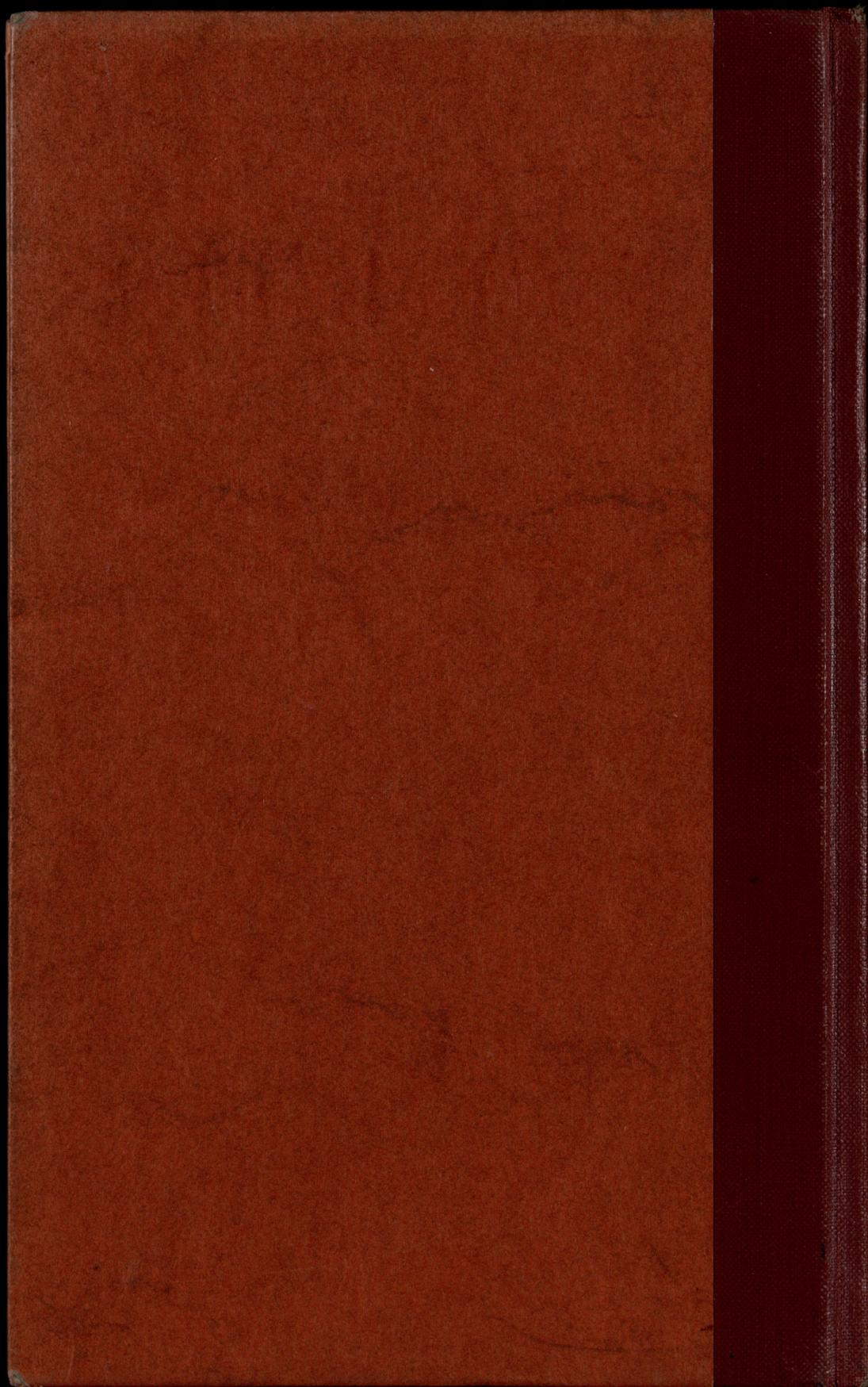
82

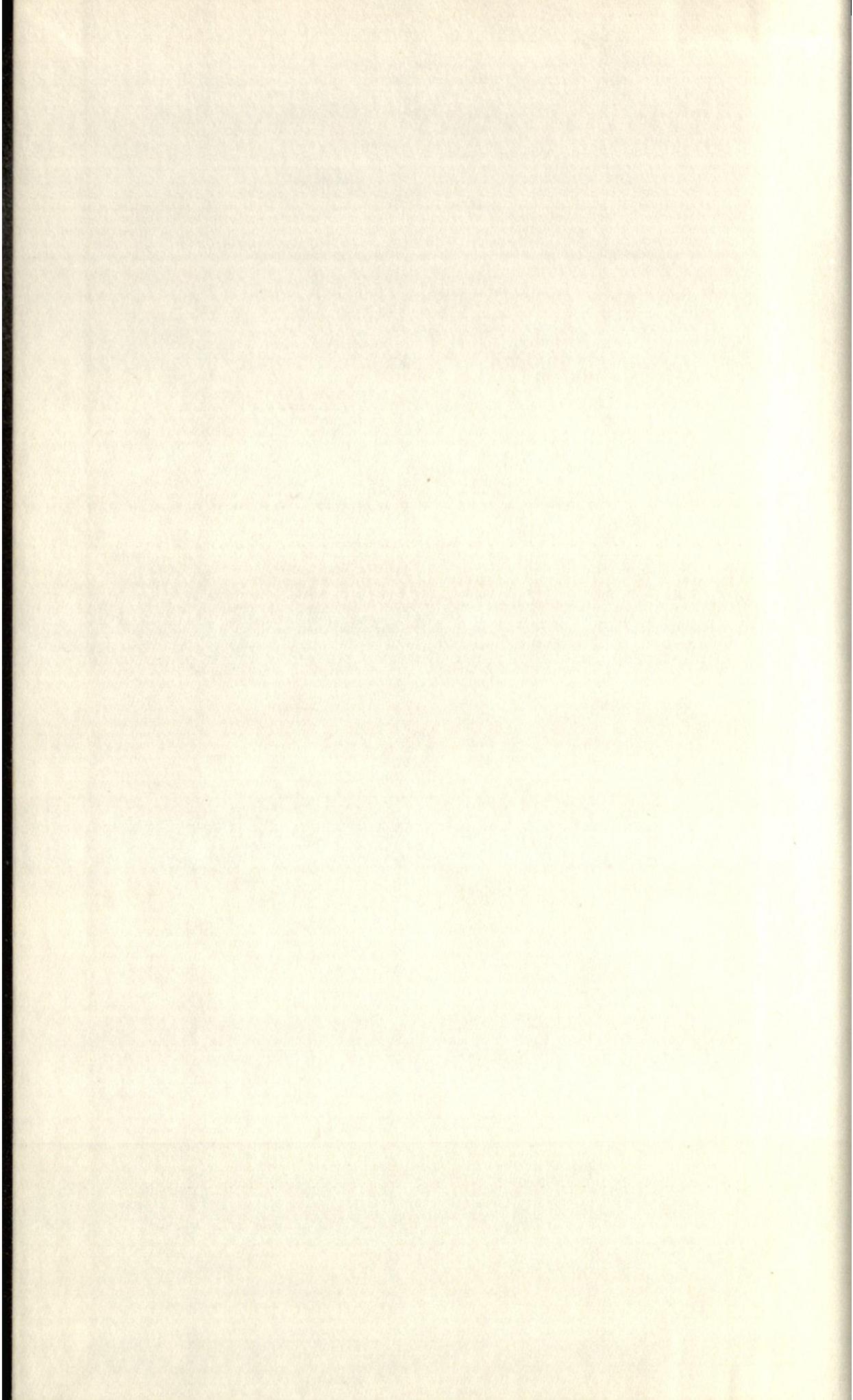
Politik Wissenschaft Zukunft

3 G 6324

U.S.A. 1945







th

Kleine Bibliothek

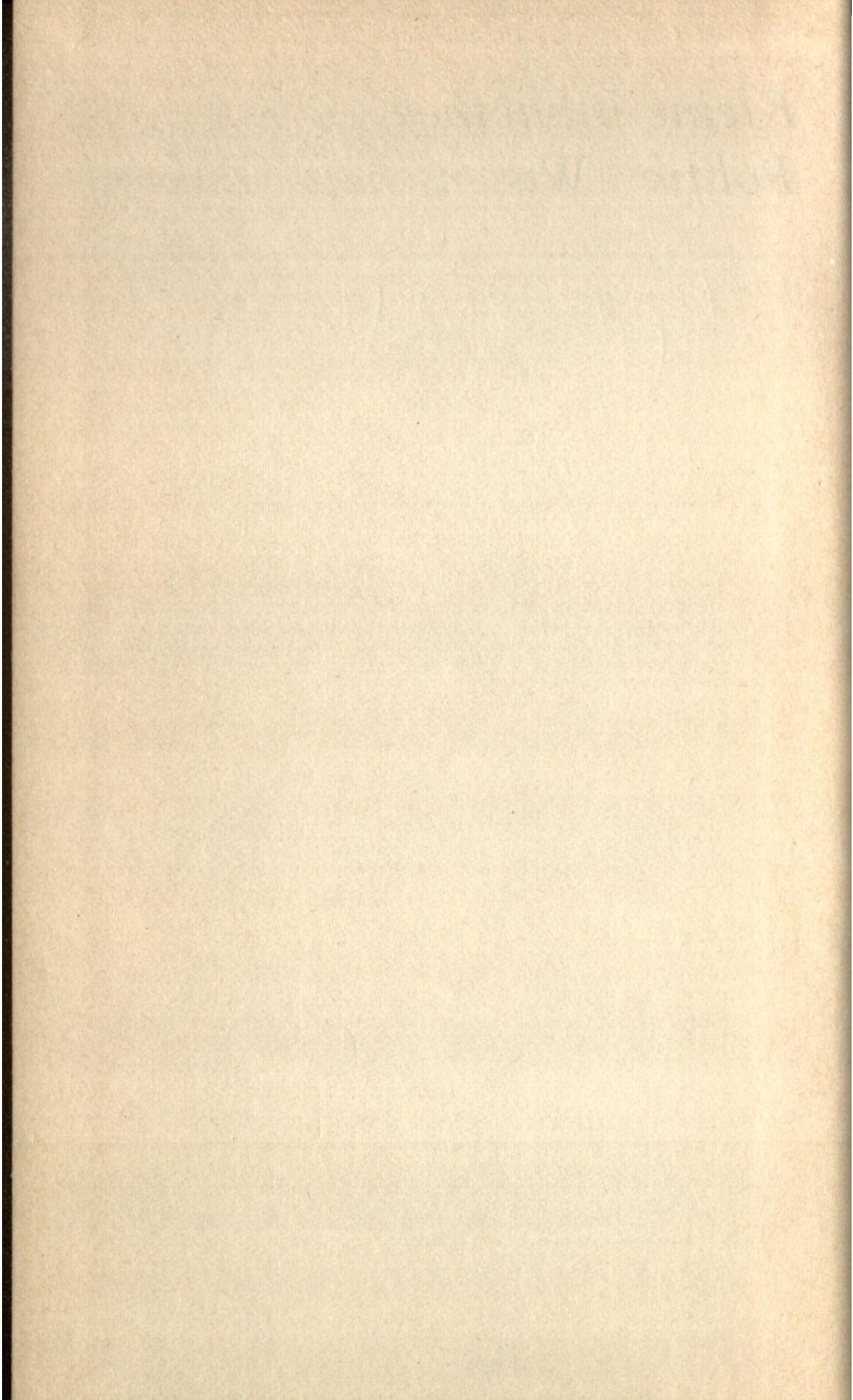
82

Politik Wissenschaft Zukunft

3 G 6324

H 14.5.1 1x76

9021



|
Christoph Butterwegge

Alternativen
der Wirtschaftslenkung
Zur Begründung eines
Konzepts gesamtgesellschaftlicher
demokratischer Planung

Mit einem Vorwort von
Prof. Dr. Gerhard Kade

Pahl-Rugenstein



© 1976 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.
Alle Rechte vorbehalten.
Gesamtherstellung: Plambeck & Co , Neuss/Rhein.
ISBN 3-7609-0263-4

1978. 2051

Inhalt

Vorwort von Gerhard Kade	7
1. Einleitung	11
2. Planung im Kapitalismus – Staatsmonopolistische Regulierung als Beitrag zur Systemstabilisierung	14
2.1. Krise und Planung: Sozioökonomische Determinanten der Investitionslenkungsdiskussion	21
2.1.1. Die Weltwirtschaftskrise 1929/33	22
2.1.2. Die Rezession 1966/67	24
2.1.2.1. Der Ordoliberalismus als wirtschaftspolitische Ideologie der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus	26
2.1.2.2. Das neokeynesianische Konzept der Global- steuerung als Antwort auf die gestiegene Krisenhaftigkeit des Nachkriegskapitalismus	36
2.1.3. Die Krise 1974/76	46
2.2. Modelle der Wirtschaftsprogrammierung im kapitalistischen Ausland	56
2.2.1. Frankreich	56
2.2.2. Schweden	64
3. Zur Typologie der Planung	71
3.1. Die indirekte („marktkonforme“, indikative) Investitionslenkung	74
3.2. Die direkte (imperative) Investitionslenkung	87
3.2.1. Sektorale Investitionslenkung	87
3.2.2. Investitionskontrolle	92
	5

4. Gesamtgesellschaftliche demokratische Planung als wirtschaftspolitische Alternative	108
4.1. Marxismus und Planung	110
4.2. Die Bedeutung des antimonopolistischen Dreiklangs von Mitbestimmung, Vergesellschaftung und Investitionslenkung	114
4.2.1. Mitbestimmung als Gegenmacht	116
4.2.2. Die Mindestschwelle der Nationalisierung	118
4.2.3. Grundzüge des demokratischen Planungsmodells	121
4.3. Strategische Konsequenzen	124
Anmerkungen	127
Bibliographie	141

Vorwort

Jeder, der in den letzten Jahren mit einiger Aufmerksamkeit die Debatte über Investitionslenkung und Investitionskontrolle verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, daß es kaum jemals möglich sein werde, diese Problematik aus dem Parteienstreit herauszulösen. Zweifellos hatte diese Debatte von Anfang an ihren Platz in den Auseinandersetzungen über parteipolitische Programmatik, und auch dort, wo sich Wirtschaftswissenschaftler an ihr beteiligten, war meist nicht schwer auszumachen, wo sich in jedem Falle ihre politische Heimat befand: Die Befürworter der einen oder anderen Form der Investitionslenkung bekannten sich offen zur SPD oder gaben sich zumindest als deren Sympathisanten zu erkennen, während die Gegner schon durch Rückgriff auf Terminologie und Gedankenwelt des Neoliberalismus ihren politisch-ideologischen Standort im Lager konservativer Parteien verrieten.

Diese enge Bindung der Investitionslenkungs-Debatte an die parteipolitische, im Falle der SPD gar an die innerparteiliche Auseinandersetzung, hat der Sache selbst sehr geschadet, ja mehr noch: Sie hat verhindert, daß eine Reihe von zentralen Fragen überhaupt gestellt, geschweige denn beantwortet wurde. Selbst wenn man bei genauer Durchsicht der vorliegenden Literatur zum Thema „Investitionslenkung und Investitionskontrolle“ sehr bald feststellen wird, daß es um mehr als die „ideologische Spielwiese“ der Jungsozialisten geht und daß alle Warnungen vor den „Totengräbern der Marktwirtschaft“ leicht als Problemvernebelung zu identifizieren sind, so zeigen auch die ernsthaften Auseinandersetzungen mit den Möglichkeiten, Formen und Zielen der Investitionslenkung meist Schwächen, die mit den Erkenntnis-schranken der bürgerlichen Ökonomie zusammenhängen.

So wie die Problematik der Kontrolle und Lenkung der privatwirtschaftlichen Investitionen in der parteipolitischen Auseinandersetzung nur selten im Gesamtzusammenhang einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert wurde, so fehlte in den meisten Fällen der wissenschaftlichen Analysen jeder Bezug zur sozio-ökonomischen Entwicklung der BRD und zur Verschärfung der allgemeinen Krise des

Kapitalismus. Wenn überhaupt eine Begründung für ein wissenschaftlich fundiertes Plädoyer für die Investitionslenkung gegeben wurde, so glaubte man, sich mit dem Hinweis auf Mängel der Globalsteuerung begnügen zu können: Investitionslenkung als Verbesserung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums zur Krisenbekämpfung. Bei einer solchen oberflächlichen Sicht des Problems konnte man mit einem gewissen Vertrauen in die Überzeugungskraft einer solchen Reparaturperspektive zu den mehr technischen Fragen einzelner Lenkungsmodelle, zum Problem der Kriterien für Investitionsentscheidungen u. ä. übergehen; die eigentlich zentralen Fragen mußten auf der Strecke bleiben. Der Horizont der Fragesteller war begrenzt durch eine ungeprüfte Überzeugung, eben durch den Glauben an die prinzipielle Reparaturfähigkeit kapitalistischer Wirtschaftssysteme.

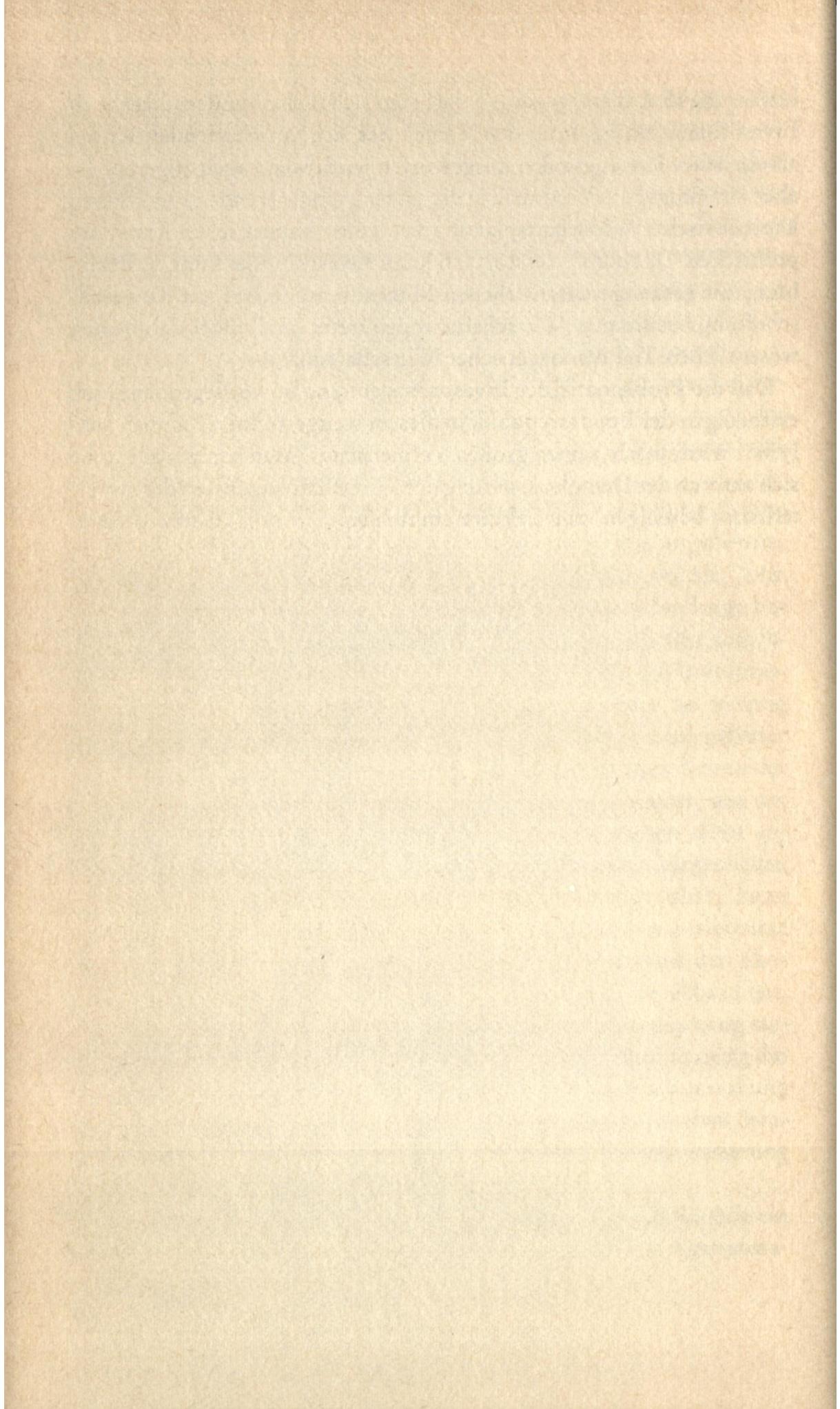
Demgegenüber muß die Debatte über die Investitionslenkung als eine bestimmte Entwicklungsstufe in der Planungs- und Lenkungsdebatte begriffen werden, die jetzt schon mehr als fünfzig Jahre anhält. John Maynard Keynes hat bereits Mitte der zwanziger Jahre – also lange bevor die bürgerliche Ökonomie mit der Weltwirtschaftskrise ihr zentrales Katastrophenerlebnis hatte – davon gesprochen, daß die Investitionen für den Ablauf des gesamtwirtschaftlichen Prozesses zu wichtig seien, um den „Zufälligkeiten privater Entscheidungen und privater Profite“ überlassen zu werden. Erst die Erfahrungen mit den Krisen der Nachkriegszeit und mit den Unzulänglichkeiten traditionaler, aus der Theorie Keynes' hergeleiteter Lenkungsinstrumente haben dazu geführt, daß die Diskussion über Investitionslenkung in der bürgerlichen Ökonomie hoffähig wurde. Welchen Stellenwert sie hier erhält, kann man nur begreifen, wenn man die zunehmenden Frustrationserlebnisse der kapitalistischen Wirtschaftsplaner auf dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung nachzeichnet. Erst wenn man die Absichten, die hinter einer vorsichtigen Propagierung der Investitionslenkung stehen, identifiziert hat, kann man zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten gelangen, Investitionskontrolle und Investitionslenkung als Bestandteil einer antimonopolistischen wirtschaftspolitischen Strategie zu gebrauchen und im Sinne einer wirklichen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen.

Wenn Planung im Kapitalismus von der bürgerlichen Ökonomie ein halbes Jahrhundert hindurch unter dem Gesichtspunkt der Systemsta-

bilisierung diskutiert wurde, so darf man sich nicht wundern, daß auch Investitionslenkung unter dem Druck der sich verschärfenden Krisen als ein neuer Rettungsanker ausgeworfen wird, wenn auch zögernd. Ist aber erst einmal das Vertrauen in die systemstabilisierenden Funktionen kapitalistischer Wirtschaftsplanung von einer marxistischen Kritik der politischen Ökonomie zerstört, so kann Investitionslenkung in Beziehung zur gesamtgesellschaftlichen Mitbestimmung und zur Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftszweige treten und bildet dann einen wesentlichen Teil demokratischer Wirtschaftsplanung.

Daß die Problematik der Investitionslenkung im vorliegenden Buch erstmalig in der Bundesrepublik in diesem weitgesteckten Rahmen analysiert wird, macht seinen großen Verdienst aus. Man kann es allen, die sich aktiv an der Demokratisierung der Wirtschaft zugunsten der Arbeiterklasse beteiligen, zur Lektüre empfehlen.

Gerhard Kade



1. Einleitung

Mit der Verabschiedung eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975 bis 1985 auf dem Mannheimer Parteitag der SPD (11. – 15. 11. 1975) hat die seit längerem geführte, mangels konkreter Modellvorschläge aber zunehmend ins Stocken geratene Planungsdebatte in der BRD einen vorläufigen Abschluß gefunden. Auch wenn die Krise des Systems fort dauert, der heißersehnte Konjunkturaufschwung vorerst ausbleibt, die aus der kapitalistischen Produktionsweise erwachsende materielle wie psychische Verelendung weiter Bevölkerungskreise also anhält, so daß die zentralen Forderungen der Arbeiterbewegung nichts von ihrer Aktualität einbüßen und deshalb auf der Tagesordnung des Klassenkampfes bleiben, soll versucht werden, eine erste Zwischenbilanz der Auseinandersetzungen um den Themenkomplex »Investitionskontrolle und -lenkung« zu ziehen. Natürlich darf man von einer solchen Bestandsaufnahme weder Vollständigkeit noch fertige Antworten zu den zahlreichen offenen Fragen erwarten. Vielmehr muß sich der vorliegende Problemabriß darauf beschränken, Interesse an der Thematik einer demokratischen Wirtschaftslenkung zu wecken und bestimmte inhaltliche Essentials herauszukristallisieren, die im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie für die Bewertung von Steuerungsmaßnahmen entscheidend sind. Ganz bewußt wird auf die Erörterung wirtschaftswissenschaftlicher Detailprobleme im Zusammenhang mit verschiedenen Planungsmodellen verzichtet; statt dessen rücken die politisch-ideologischen Implikationen der wichtigsten Konzeptionen von Investitionskontrolle und -lenkung in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen. Hier liegt ein lange vernachlässigtes Feld der Kontroverse über Form und Inhalt staatlicher Wirtschaftsregulierung, das zu erschließen Aufgabe der marxistischen Ökonomie sein muß. Denn nur allzuoft wird selbst von fortschrittlichen Theoretikern verkannt, daß Planungsfragen Machtfragen sind.

Praktisch über Nacht avancierten Investitionskontrolle und -lenkung, für viele Beobachter überraschend, zum Modethema der sozialwissenschaftlichen Fachdiskussion ebenso wie zum Lieblingsobjekt des innenpolitischen Parteienstreites. Wer jedoch von der begrüßenswerten

Popularisierung der Lenkungsproblematik einen Niveaugewinn erhofft hatte, wurde bitter enttäuscht: Durch die Generaloffensive des Konservatismus in den Massenmedien, der die sozialdemokratische Führung mittels ideologischer Nebelbomben und terminologischer Rückzugsgefechte (»vorausschauende Industriepolitik«) die Spitze zu nehmen gedachte, verflachte die vor dem Hintergrund der schweren zyklischen Überproduktionskrise 1974/76 aufgeflamnte Debatte zusehends, hatte sie doch in erster Linie eine Alibi- und Ventilfunktion zu erfüllen. Auch ließ sich eine Diversifikation des Modellangebotes beobachten, die alle Chancen zunichte machte, daß sich auf der Linken kurz- oder mittelfristig ein Grundkonsens über geeignete Lenkungsmaßnahmen herausbildet. Der Konfrontation mit bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Marktwirtschaftsideologien darf die Arbeiterbewegung jedenfalls nicht ausweichen, soll ihr Anspruch, durch Überwindung des kapitalistischen Systems die Krisenhaftigkeit in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen für immer beseitigen, eine rationale, die ökonomischen Ressourcen planmäßig zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzende Produktion organisieren zu können, aufrechterhalten werden. Dennoch fehlt es bis heute an fundierten Untersuchungen, die etwa den zu erwartenden Widerstand des Kapitals taxieren und ihrerseits Konzepte der Massenmobilisierung entwickeln, lassen sich doch einschneidende Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsautonomie nicht einfach per Parlamentsbeschluß dekretieren. Vielmehr hängt es letztlich von der Kampfbereitschaft der Werktätigen und ihrer Organisationen ab, welche Qualität Investitionslenkungsmaßnahmen gewinnen, ob sie die Arbeits- und Lebenssituation der Vielen oder die Profitchancen weniger Konzernherren verbessern.

Der vorliegende Essay gliedert sich in drei Teile: Um den historischen Hintergrund der gegenwärtigen Planungsdiskussion zu erhellen, wird eingangs auf die sozialökonomische Entwicklung der BRD hingewiesen und daran eine Erörterung ihrer Widerspiegelung im Überbaubereich geknüpft, wodurch sich zugleich die ordnungs- bzw. gesellschaftspolitische Problemdimension unserer Thematik erschließen läßt. Ohne einen Blick auf die Planungspraxis anderer imperialistischer Länder wiederum bliebe die kritische Würdigung der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung unvollständig.

Weiterhin interessiert die Frage, ob und ggf. wie eine klassifikatori-

sche Einteilung der verschiedenen Modelle staatlicher Investitionskontrolle bzw. -lenkung nach sinnvollen Kriterien möglich ist. Der Mittelteil stellt die wichtigsten Steuerungskonzeptionen kurz vor und leistet eine Kritik aus marxistischer Sicht. Dem Leser wird Gelegenheit gegeben, die Schwachstellen in den Argumentationsketten der namhaftesten Planungstheoretiker kennenzulernen und die Notwendigkeit konsequent an sozialistischen Zielen ausgerichteter Alternativen zur monopolistischen Programmierung zu erfahren.

Anschließend sollen die Bedingungen umrissen werden, unter denen Investitionskontrolle und -lenkung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wirksam werden und andere Forderungen des linken Lagers sinnvoll ergänzen können. Es geht um eine antimonopolistische, d. h. auf die Zurückdrängung der Übermacht des hochkonzentrierten Kapitals abzielende Strategie, deren Grundzüge wir anhand des Modells einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung erläutern.

Vervollständigt wird die Abhandlung durch eine Auswahlbibliographie, welche die neuere, für eine gründlichere Beschäftigung mit dem behandelten Themenkomplex zu empfehlende Literatur enthält. Unberücksichtigt bleiben mußten hingegen bekannte ökonomische Standardwerke, weil deren Auflistung den Rahmen dieses Taschenbuches ebenso gesprengt hätte wie die Einbeziehung benachbarter Themenkomplexe (Bildungsplanung, Raumordnung usw.).

Dem Abschnitt über den Ordoliberalismus und den Kapiteln zur Investitionslenkung liegen (teilweise unveröffentlichte) Vorstudien Manfred Zöllmers zugrunde, für dessen Unterstützung, Anregungen und kritische Hinweise sich der Verfasser herzlich bedankt.

2. Planung im Kapitalismus – Staatsmonopolistische Regulierung als Beitrag zur Systemstabilisierung

Seitdem der Kapitalismus in sein staatsmonopolistisches Spätstadium eingetreten ist, wird – aller Marktwirtschaftsideologie zum Trotz – geplant. Neben den im Reproduktionsbereich (Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr) angesiedelten Infrastrukturinvestitionen erstreckt sich die Interventionstätigkeit des bürgerlichen Staates zunehmend auch auf den Bereich der materiellen Produktion, deren reibungsloser Ablauf ein bestimmendes Moment kapitalistischer Systemstabilität darstellt und in den Mittelpunkt konjunktur- und strukturpolitischer Zielvorgaben rückt. »Die bewußte Planung einer künftigen Finalgüterproduktion setzt sich de facto auch in den kapitalistischen Ländern durch. Einerseits basieren die staatlichen Investitionsprogramme auf Projektionen, die bereits die Wirkung der Staatstätigkeit als strukturbestimmenden Faktor berücksichtigen. Daneben führt die Konzentration der Privatwirtschaft ebenfalls zu einer langfristigen Investitionsplanung. Infolge der Ausrichtung nach dem Profitmaximierungsprinzip, also der quantitativ und qualitativ dominierenden Klassenstruktur, spiegelt jedoch die Finalgüterplanung die sozialen Präferenzen einer Klassengesellschaft wider. Die ›Konvergenz‹ von Planungstechniken führt somit nicht zu einer ›Konvergenz‹ der sozialen Wohlfunktionsfunktionen.«¹ Will man nicht der auf formalen Ähnlichkeiten beruhenden Täuschung einer Annäherung zwischen Kapitalismus und Sozialismus zum Opfer fallen, wie sie bürgerliche Konvergenztheoretiker zu erkennen wähnen,² bedarf es einer materialistischen Analyse der Funktion, aber auch der Möglichkeiten und Grenzen von Planung unter imperialistischen Bedingungen. Nur ein historischer Rekurs auf die Entwicklung der bestehenden Wirtschaftsordnung ermöglicht es uns, die Versuche zur Perfektionierung der staatlichen Lenkungsmechanismen als Antwort der systemtragenden Kräfte auf die sich verdichtenden Widersprüche des Kapitalismus richtig zu deuten. Noch immer kann der Prozeß, den Lenin als »Hinüberwachsen des Kapitalismus in seine höchste planmäßige Form« charakterisierte,³ nicht als vollendet gelten. Im Gegenteil. Durch

die in neue Dimensionen vorstoßende Entfaltung der Produktivkräfte im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution, die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion bei fortbestehender privater Aneignung, aber auch den unübersehbaren Fortschritt der sozialistischen Volkswirtschaften wird die Potenzierung der planerischen Aktivitäten des bürgerlichen Staates unabweislich, wofür die weiter voranschreitende Konzentration und Zentralisation des Kapitals die reale Grundlage bildet.

Der Ausbau des wirtschafts- und finanzpolitischen Regulierungsinstrumentariums ist eine Erscheinungsform der Verflechtung von Staat und Monopolen, Reflex auf die mit einer Intensivierung der kapitalistischen Widersprüche und einem Anwachsen des Krisenpotentials einhergehende sozialökonomische Entwicklung des bestehenden Systems. »Dem Monopokapital geht es darum, die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion und die daraus resultierenden objektiven Erfordernisse nach Planung und Leitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses noch stärker als in der Vergangenheit den Verwertungsbedürfnissen des Monopolkapitals unterzuordnen. Zugleich wächst damit aber der Gegensatz zwischen den privatkapitalistischen Grundlagen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und den Mitteln und Methoden seiner weiteren Aufrechterhaltung, die sich im Widerspruch zu diesen Grundlagen befinden. Es entstehen neue Momente der ökonomischen, sozialen und politischen Labilität des heutigen Imperialismus.«⁴ Damit aber stößt das System monopolistischer Wirtschaftsregulierung an seine Schranken, die das Privateigentum an Produktionsmitteln errichtet, kann sie sich doch dem Imperativ von Profitmaximierung und Kapitalakkumulation nicht entziehen. »Den kapitalistischen Grundwiderspruch, der darin besteht, daß kein einheitliches Planungssubjekt und -interesse, sondern privatistische und fraktionierte Subjekte und Interessen die Produktionsverhältnisse für eine immer stärker vergesellschaftete Produktion darstellen, überwinden kapitalistische Planungsformen nicht. Was kapitalistische Planung vermag, ist, die aus dem Widerspruch resultierenden Krisen, vor allem des Wachstums, zu entschärfen oder hinauszuschieben (...).«⁵ Abgesehen von der Glättung periodisch auftretender Störungen im kapitalistischen Verwertungsprozeß, leisten die Steuerungsmechanismen des Systems wenig. Die staatlicherseits betriebene Finanzierung der monopolistischen Pro-

duktion wirkt zwar dem tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate entgegen, die Arbeits- und Lebenssituation der Werktätigen indes bleibt den Gesetzen der Kapitalverwertung unterworfen. Doch auch »der ökonomische Effekt von Planung im Kapitalismus ist offenbar sehr gering. Das liegt zum einen an der Unmöglichkeit, im Kapitalismus einigermaßen präzise Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung zu erstellen, zum anderen an der mangelnden Realisierbarkeit eines Planes angesichts der Konkurrenz zwischen den Unternehmen um den höchsten Profit und des klassenbedingten Lohn- bzw. Verteilungskonfliktes. Die Wirkung der Staatstätigkeit für den Kapitalismus geht nicht von der globalen Planung aus, sondern vom »spontanen« und auf die Einzelbereiche gezielten Einsatz der öffentlichen Mittel.«⁶ Mittels neuer Steuerungstechniken läßt sich weder die Zyklizität der kapitalistischen Reproduktion aufheben, noch wird eine rationale Verwendung der volkswirtschaftlichen Ressourcen erreicht. »Die Vorstellung einer harmonischen Kombination von Planung und Marktwirtschaft ist (...) eine Mystifikation«, wie Urs Jaeggi treffend bemerkt.⁷ Diesem Wunschbild insbesondere sozialdemokratischer Ökonomen steht die antagonistische Sozialstruktur der bürgerlichen Gesellschaft entgegen, der unversöhnliche Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das Dilemma jeder systemkonformen, auf das optimale Funktionieren der Profitwirtschaft abzielenden Regulierung bzw. Programmierung besteht darin, »daß im gegenwärtigen Kapitalismus eine gewisse staatliche Lenkung von Teilprozessen und eine umfassendere Analyse-, Prognose- und Koordinierungstätigkeit des Staates möglich ist, aber keine staatliche Planung des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses oder gar der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt.«⁸ Die Anarchie der privatkapitalistischen Warenproduktion setzt sich gewissermaßen hinter dem Rücken der Planer durch. Denn die staatsmonopolistische Programmierung »konnte und kann nicht die permanent gewordene Inflation und die Währungskrisen, die strukturellen Ungleichgewichte, den chronischen Finanzmangel an Mitteln für öffentliche Aufgaben selbst in der Hochkonjunktur verhindern. Ihre Maßnahmen führen im Gegenteil zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen der Organisation und Planung der Produktion im Rahmen der einzelnen Monopole und der nach wie vor anarchischen wirtschaftlichen Entwicklung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab.«⁹

Wenn heute von Wirtschaftsplanung die Rede ist, denkt man in der BRD sofort an die Einflußnahme auf private Investitionsströme. Über die zentrale Bedeutung der Investitionen herrscht unter den an der Planungsdiskussion beteiligten Fachwissenschaftlern weitgehend Einigkeit. Investitionen machen den Teil des Mehrwerts aus, der akkumuliert, in Kapital rückverwandelt wird.¹⁰ Von daher entscheiden sie (bzw. ihre Höhe und Richtung) über das Tempo der Akkumulation ebenso wie über die Qualität des Wachstums und die Wirtschaftsstrukturen. Als materielle Basis des kapitalistischen Krisenzyklus determinieren die Investitionen Beschäftigungs- und Konsumniveau, Preise und Profite, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und das Ausmaß des technischen Fortschritts. »Erstens wird durch die Investitionen über Umfang und Art der Beschäftigungsmöglichkeiten entschieden, zweitens korrespondiert mit einer bestimmten Investitionsstruktur eine entsprechende Angebotsstruktur an Gütern und Dienstleistungen, drittens sind die Investitionen ein entscheidender Faktor für den Konjunkturablauf und damit für das tatsächliche Angebot von Arbeitsplätzen sowie Gütern und Dienstleistungen, viertens bestimmen die Investitionen in einem auf die Rentabilität des eingesetzten Kapitals aufgebauten Wirtschaftssystem den volkswirtschaftlichen Rahmen der Einkommens- und Vermögensverteilung, indem ein Anspruch der Kapitaleseite auf Aneignung des Gewinns besteht und die privatwirtschaftlichen Investitionen von der Erfüllung dieses Rationalitätsmaßstabes abhängen.«¹¹ Unabhängig von gesellschaftspolitischen Prämissen und Planungsinhalten, bietet sich die Investitionslenkung als wirtschaftspolitische Steuerungsmethode aus Gründen der Reichweite und der Effizienz geradezu an. Folgerichtig »wehren sich die Unternehmer und ihre Lobby nicht gegen die Investitionslenkung schlechthin, sondern dagegen, daß sie nach demokratisch ermittelten, arbeitsorientierten (statt bisher kapitalorientierten) Interessen vorgenommen werden soll«.¹² Die Diskussion über Maßnahmen der Investitionskontrolle bzw. -lenkung verliert denn auch in dem Moment ihren Sinn, wo sie losgelöst von konkreten Planungszielen und herrschenden Eigentumsverhältnissen geführt wird. Tatsächlich lautet die Gretchenfrage dieser Debatte nicht »Planung – ja oder nein?«, sondern »Wer plant was für wen mit welchen Mitteln?«

Im Gegenwartskapitalismus fungiert Planung als Korrektiv der mo-

nopolistischen Konkurrenz, das dann zur Anwendung gelangt, wenn die Verwertungsbedingungen des Großkapitals gefährdet erscheinen und die vielfältigen Nachteile des Systems für die große Mehrheit der Bevölkerung offen zutage treten. Das Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird selbst von Apologeten des Status quo unumwunden eingestanden: »Es gibt keinen natürlichen Verlaß auf den Markt; beim heutigen Wachstum des Industriesystems könnte man sich viel eher auf das Gegenteil verlassen. Wenn man gar dort auf den Markt vertraut, wo Planung unumgänglich ist, darf man sich über die verheerenden Folgen nicht wundern.«¹³ Staatsmonopolistische Programmierung ordnet sich dem Profitinteresse des Großkapitals unter und fügt sich – allerdings keinesfalls reibungslos oder widerspruchsfrei – in das politökonomische Herrschaftssystem der Finanzoligarchie ein. »Mehr Planung, mehr gesamtwirtschaftliche Lenkungsinstanzen sind nicht schon Garantie für mehr gesellschaftliche Mitbestimmung über Struktur und Umfang der Produktion.«¹⁴ Weitsichtige Unternehmer, aufgeschlossene Topmanager anerkennen die Überlegenheit sozialistischer Planungsformen – und suchen Kapital daraus zu schlagen. So antwortete der Vorstandsvorsitzende des Krupp-Konzerns, Ernst Wolf Mommsen, nach den Folgen der Kooperation mit Geschäftspartnern aus den RGW-Ländern für die außenwirtschaftliche Entwicklung der BRD befragt: »Außenwirtschaftlich ist der Handel mit dem Ostblock für die Bundesrepublik interessant, weil diese Länder nicht den ausgeprägten konjunkturellen Zyklen der westlichen Industrieländer unterworfen sind. Gegenüber unseren stark schwankenden Ausfuhren in die Industrieländer sollte hier ein Element der Stabilität zu finden sein.«¹⁵

Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, den Klassencharakter der Planung im Kapitalismus zu erfassen, obwohl die Herrschenden alles daransetzen, die »Parteilichkeit« der monopolistischen Wirtschaftsregulierung zu verschleiern. »Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden von den Bedürfnissen und Interessen des jeweils tragenden Teils der Gesellschaft – und hier wieder: von deren mächtigsten Gruppen – bestimmt. Die Rangfolge der wirtschaftspolitischen Ziele, die hieraus entspringt, gibt daher die reale Machtverteilung in der Gesellschaft wieder.«¹⁶ Wenn es der Bourgeoisie immer noch gelingt, von diesem Tatbestand abzulenken, dann vor allem deshalb, weil die Interessen der ver-

schiedenen Klassen und Schichten im Monopolkapitalismus zumindest in Teilbereichen scheinbar konvergieren, wie sich an Einzelbeispielen zeigen ließe.¹⁷ Zusammen mit dem Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital verschwindet die Unvereinbarkeit von arbeits- und kapitalorientierter Wirtschaftslenkung hinter der ideologischen Fassade eines gesamtgesellschaftlichen Planungsbedürfnisses, das in dieser Form nicht existiert. Gravierenden Fehlern in der Einschätzung von Investitionslenkungsmaßnahmen durch gewerkschaftliche und sozialdemokratische Planungstheoretiker liegen häufig reformistische Illusionen bezüglich einer angeblichen Klassenneutralität des Staates zugrunde. Dem »Sozialstaat«, auch als »demokratischer Interventionsstaat« bezeichnet, schreibt man die Fähigkeit zu, im Sinne des »Gemeinwohls«, d. h. im gleichrangigen Interesse aller Gesellschaftsmitglieder, in das Wirtschaftsgeschehen regulierend einzugreifen. Statt anderer sei Werner Meißner zitiert: »Die Auffassung, der Staat und damit auch seine Steuerungsmechanismen kämen, wenn überhaupt, dann nur im Interesse der privaten Kapitalverwertung zum Zuge, wird hier nicht geteilt.«¹⁸ Diese analytische Fehleinschätzung des Staates, der eben nicht frei über den Klassen schwebt, sondern die durch das Eigentum an Produktionsmitteln entscheidend geprägte Herrschaftsstruktur der ökonomischen Basis im Überbaubereich reflektiert und somit die besitzende Klasse als dominante Kraft des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses institutionell repräsentiert, zieht erhebliche Schwächen auf strategischem Gebiet nach sich. So begreift etwa Albert Schunk die Investitionslenkung als »Umwegstrategie zur vollständigen Aushöhlung der privaten Eigentumsrechte«;¹⁹ als ob die Macht des Monopolkapitals auf Schleichwegen und unter Verzicht auf Enteignungsmaßnahmen gebrochen werden könnte!

Einen wichtigen Beitrag zur Aufdeckung der Funktionsmechanismen staatsmonopolistischer Regulierung hat Jörg Huffschmid geleistet: »Staatliche Planung und unternehmerische Dispositionsfreiheit werden so vereinigt, daß erstens die großen Machtfaktoren der Wirtschaft an der Planung beteiligt werden, und daß sie zweitens diese von ihnen mitaufgestellten Pläne in eigener Regie, d. h. durch Machtausübung auf die weniger Mächtigen in der Wirtschaft, realisieren.«²⁰ Wirtschaftssteuerung entwickelt sich im Kapitalismus zu einem Herrschaftsinstrument mächtiger Monopolgruppierungen, tritt an die Stelle unmittelbarer

ökonomischer Gewaltanwendung und erschwert auf diese Weise die Erfassung sozialökonomischer Strukturzusammenhänge. Dadurch sollen die Risiken des Akkumulationsprozesses reduziert, die Störfaktoren der monopolistischen Verwertung weitgehend eliminiert werden. Dennoch bleibt die Planungspraxis des Imperialismus »notwendig ihrem Inhalt nach irrational, weil er ein rationales gesellschaftspolitisches Leitbild nicht entwerfen kann.«²¹ Infolgedessen vermag selbst eine verfeinerte Regulierung der monopolistischen Wirtschaftsprozesse ihren hochgesteckten Zielen nicht gerecht zu werden. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, den die beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat verkörpern, manifestiert sich sowohl im Planerstellungsverfahren als auch in der Plandurchführung, was Friktionen und ernste Konflikte zwischen Planungsträger und Planungsadressaten einerseits wie zwischen letzteren andererseits hervorruft. »Es besteht (. . .) ein auffälliger Widerspruch zwischen den bürgerlichen Konzeptionen einer Programmierung und ihrer Realisierung. Bisher ist es in keinem Land gelungen, die von den Regierungen ausgearbeiteten Pläne, Programme und Konzeptionen in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen, weil dem die widersprüchlichen Klassen- und Gruppeninteressen entgegenstanden.«²² Die systembedingten Mißerfolge monopolistischer Steuerungsversuche müssen mit dem Fortschritt materieller und kultureller Art konfrontiert werden, den eine Anwendung sozialistischer Planungsprinzipien unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen in sich birgt. »Planen bedeutet bewußtes Ausnutzen der ökonomischen Gesetze durch die Gesellschaft und im Interesse der Gesellschaft, höchstmögliches Entfalten der Produktivkräfte zwecks maximaler Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft.«²³ Dieser auf die marxistischen Klassiker zurückgehende, eine von antagonistischen Widersprüchen freie Gesellschaft antizipierende Planungsbegriff macht wiederum deutlich, daß es absurd wäre, eine demokratische Kontrolle der Großwirtschaft noch innerhalb des bestehenden Systems selbst erreichen zu wollen. Planung bzw. mehr Planung reformiert nicht schon den Kapitalismus; erst der Sozialismus revolutioniert die Planung. Entscheidend ist die ökonomische Basis, auf der staatliche Steuerungsmechanismen wirksam werden.

2.1. *Krise und Planung: Sozioökonomische Determinanten der Investitionslenkungsdiskussion*

Schon bei oberflächlicher Betrachtung der Geschichte des Kapitalismus fällt ins Auge, daß zwischen Konjunkturzusammenbrüchen und Eingriffen des Staates in den Wirtschaftskreislauf ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Lenkungsinitiativen erscheinen durchgängig als Reaktion des Systems auf die krisenhafte Entwicklung seiner ökonomischen Basis. Joseph H. Kaiser hat diese Kausalbeziehung auf den kürzesten Nenner gebracht: »Planung ist eine Tochter der Krise.«²⁴ Ihre Geburt fällt denn auch mit der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929/33 zusammen, als der Glaube an die Stabilität des modernen Kapitalismus brutal zerstört wurde. In der BRD lebte die Debatte über neue Lenkungsmethoden erst infolge zunehmender Kapitalverwertungsschwierigkeiten Anfang der sechziger Jahre wieder auf; das Ende der Nachkriegskonjunktur entzog der während des »Wirtschaftswunders« herrschenden »Ideologie der Planlosigkeit«²⁵ den Nährboden und erzwang mit der Rezession 1966/67 einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel der Bundesregierung, dem Karl Schillers Konzept der »Globalsteuerung« das Gepräge gab. Die gegenwärtige Intensivierung der Planungsdiskussion schließlich beruht auf dem offenbaren Versagen dieser Regulierungspraxis angesichts der schweren zyklischen Überproduktionskrise 1974/76, die ebenfalls nicht auf den nationalen Bereich beschränkt blieb, sondern alle hochentwickelten kapitalistischen Länder traf. In allen drei Fällen waren Krisenerscheinungen der auslösende Faktor, auch auf seiten der systemtragenden Kräfte über Möglichkeiten und Grenzen des Staatsinterventionismus zu reflektieren. Der anschließende planungsgeschichtliche Abriss will die sozialökonomische Determiniertheit der Lenkungsthematik über einen längeren Zeitraum hinweg belegen und den aktuellen Stand der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung in einen historischen Bezugsrahmen stellen. Dabei können interessante Einzelaspekte vielfach nicht oder nur am Rande berücksichtigt werden, erzwang doch schon der begrenzte Umfang unserer Arbeit eine grobe Linienführung. Trotzdem wird deutlich, daß der Imperialismus regelmäßig den Bankrott seiner Stützungsaktionen zu beklagen hat und sich jedesmal planerischer »Kunstgriffe« bedient, um die Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen, ohne die dem System

innewohnenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten aus der Welt schaffen zu können.

2.1.1. Die Weltwirtschaftskrise 1929/33

Bis zur Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre blieb das kapitalistische Marktgeschehen von staatlichen Interventionen weitgehend frei. Auch nachdem sich der Kapitalismus zum Imperialismus gewandelt hatte, und Monopole zur beherrschenden Erscheinung des Wirtschaftslebens geworden waren, verharnte der Staat zunächst in einer ökonomischen Statistenrolle, die es ihm freilich gestattete, unrentable Sektoren (Transportwesen, Energieversorgung, Nachrichtenübermittlung) in eigener Regie zu übernehmen. Der Nachwächteridee des Liberalismus entsprechend, beschränkten sich die nationalen Regierungen im wesentlichen auf die Gewährleistung optimaler Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion, griffen aber nur ausnahmsweise unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf ein. Erst als der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse im Oktober 1929 die schwerste Depression avisierte, die der Kapitalismus je erlebt hat, intensivierte bürgerliche Nationalökonomien ihre Bemühungen um die Entwicklung geeigneter Gegenstrategien. »Die Weltwirtschaftskrise löste nicht nur eine radikale Wandlung innerhalb der Wirtschaftspolitik der Industriestaaten aus, die im New Deal Roosevelts ihre erste praktische Anwendung fand und die sich in umfangreichen Strukturwandlungen des Kapitals fortsetzte. Sie hat auch die Krisen- und staatstheoretische Diskussion neu belebt und die Frage nach den Möglichkeiten der Regelung von Produktion auf der Basis der bestehenden Wirtschaftsordnung gestellt.«²⁶ Es war John Maynard Keynes, ein englischer Fachwissenschaftler, der die herrschende Lehre von der »freien Wirtschaft« in Zweifel zog und das theoretische Rüstzeug für die neue Politik lieferte. »In der bürgerlichen und besonders in der reformistischen Literatur spricht man oft von einer keynesianischen Revolution. Im Grunde genommen handelt es sich um den Versuch, das kapitalistische System mit Hilfe einer staatlichen Wirtschaftsregulierung zu sanieren. Die Empfehlungen von Keynes laufen darauf hinaus, die Ausgaben für Investitionen durch Kontrolle des Zinsfußes auf dem notwendigen Stand zu halten, staatliche Mittel für Investitionen oder gesellschaftliche

Arbeiten zu mobilisieren und schließlich die Geldentwertung mit dem Ziel zu ‚regulieren‘, den Zinsfuß und den Reallohn zu senken.«²⁷

Anknüpfend an kriegswirtschaftliche Erfahrungen, zielte der New Deal des US-Präsidenten Roosevelt im Gegensatz zur Brüning'schen Deflationspolitik darauf ab, durch antizyklisch wirkende Maßnahmen seitens des Staates die Profiterwartungen der Monopole zu steigern und ihre Investitionsneigung zu stimulieren. Doch die »keynesianische Wende« im Bereich der Haushalts-, Steuer- und Kreditpolitik konnte ebensowenig wie die Disziplinierung der Gewerkschaften das verlorene Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion wiederherstellen. Und wenn sich der Staat noch so sehr verschuldete (»deficit spending«), um die Konjunktur anzukurbeln und auf dem Weg über Arbeitsbeschaffungsprogramme die Labilität des politischen Systems zu verringern, die Krise forderte ihren Tribut. »Das qualitativ Neue in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bestand nicht nur im Ausmaß der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft, sondern auch darin, daß sich die Antikrisenmaßnahmen seit den dreißiger Jahren in einen ständigen Faktor der Wirtschaftspolitik zu verwandeln begannen. Doch ging die staatsmonopolistische Regulierung der Wirtschaft bis zum Zweiten Weltkrieg nicht über den Rahmen einer Antikrisenpolitik hinaus.«²⁸

Keynes verwarf in seinen Schriften den Mythos von der Selbstregulierungsfähigkeit des Kapitalismus, hielt aber eine staatliche Stabilisierung der Wirtschaftsordnung nach rationalen Kriterien für möglich. Trotz oder gerade wegen dieser Widersprüchlichkeit weist seine Lehre, konsequent zuende gedacht, über das bestehende System hinaus, was vor allem die nachfolgende Generation der sogenannten Linkskeynesianer (Joan Robinson u. a.) in arge Begründungsnöte hinsichtlich ihrer apologetischen Haltung gegenüber dem gesellschaftlichen Status quo brachte. Obwohl sie die Lehrmeinungen der »Klassiker« ebenso kritisierte wie den Marxismus, blieb die neue ökonomische Schule doch den Denkfehlern ihrer Vorfahren verhaftet. So »basiert der keynesianische Begriff von Wirtschaftsplanung auf der Identifizierung des Staates mit der ›Gesellschaft als Ganzes‹, der Handlungen der Regierung mit der *volonté générale*.«²⁹ Die idealistische Verzerrung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der subjektivistische Rekurs auf psychische Dispositionen des menschlichen Individuums (typisch die Termini »Sparnei-

gung«, »Hang zum Verbrauch« und »Vorliebe für Liquidität«) markieren Erkenntnisschranken, die zu übersteigen auch einem der bedeutendsten Köpfe bürgerlicher Wissenschaft nicht vergönnt war. »Keynes gab die Existenz einiger Widersprüche der kapitalistischen Produktion zu, erklärte sie allerdings nicht aus objektiven, sondern vor allem aus natürlichen oder subjektiv-psychologischen Faktoren. Seine Theorie stellt eine verzerrte Widerspiegelung der ökonomischen Erfordernisse und eine Grundlage der staatlichen Regulierungspraxis und der staatsmonopolistischen Programmierung dar und zeigt zugleich ihre Widersprüche und Grenzen.«³⁰

2.1.2. Die Rezession 1966/67

In den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die Militarisierung der Wirtschaft mehr und mehr die Funktion übernommen, das periodische »Nachfragedefizit« durch Staatsaufträge auszugleichen. Mit der Niederwerfung des Hitler-Faschismus entfiel einerseits die forcierte Rüstungsproduktion als Stabilisierungsfaktor, andererseits stellte der durch die Zerstörung eines Großteils der industriellen Produktionsmittel hervorgerufene Nachholbedarf einen relativ krisenfreien Wirtschaftsaufschwung sicher. Anfangs verfolgten alle relevanten politischen Gruppierungen des postfaschistischen Deutschland »planungsfreundliche« Zielsetzungen (und sei es aus taktischen Gründen), was sich nicht zuletzt in den programmatischen Erklärungen der neu- bzw. wiedergegründeten Parteien niederschlug.³¹ Zwar kehrten die infolge ihrer Unterstützung des Nationalsozialismus bei weiten Bevölkerungskreisen diskreditierten großkapitalistischen Kräfte angesichts des restaurativen Interesses der westlichen Besatzungsmächte schon bald auf die Kommandohöhen des Systems zurück und verhinderten eine sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, doch gelang es Gewerkschaften, SPD und KPD, parlamentarische Mehrheiten für demokratische Lösungen zu mobilisieren, die von den Alliierten in mehreren Fällen auf dem Verordnungswege dispensiert wurden. »Wirft man (. . .) einen Blick zurück auf die Länderverfassungen der Jahre 1946/47, die heute noch zum größten Teil gelten, so fällt auf, daß sie für den Bereich der Wirtschaft drei Aspekte ausdrücklich hervorheben: nämlich

Gemeineigentum, gesamtwirtschaftliche Planung und Mitbestimmung.«³²

Die staatliche Lenkung privater Investitionen besteht als wirtschaftspolitische Forderung seit Ende des Zweiten Weltkrieges.³³ Analog der Situation heute wurde die Diskussion darüber hauptsächlich in den Gewerkschaften, in der SPD und von diesen nahestehenden Theoretikern geführt, die an das eng mit den Namen Rudolf Hilferdings und Fritz Naphtalis verbundene Konzept einer »Wirtschaftsdemokratie« aus der Weimarer Republik anknüpfen konnten. So verlangte der DGB bereits auf seinem Gründungskongreß 1949 in seinen »wirtschaftspolitischen Grundsätzen«³⁴ eine volkswirtschaftlichen Gesamtplänen integrierte Investitionsplanung. Dieses Postulat wurde auf dem Hamburger Bundeskongreß des DGB 1956 in einer »EntschlieÙung zur Allgemeinen Wirtschaftspolitik« wiederholt. Dort heiÙt es: »Er (der DGB – Anm. d. Verf.) fordert daher eine planmäßige Wirtschaftspolitik, die sich an den Interessen der breiten Bevölkerungsschichten orientiert. Dazu gehören insbesondere eine Koordinierung und Lenkung der Investitionen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.«³⁵ Auch das Grundsatzprogramm des DGB enthält in einem Abschnitt die Forderung nach Investitionslenkung, allerdings in indirekter Form, über die staatliche Steuer- und Kreditpolitik.³⁶ Als Mitbestimmungsorgane tauchen paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte auf. Die Forderung nach Investitionslenkung findet sich ebenso in den Programmen der SPD seit 1950.³⁷ Auch das heute noch gültige Godesberger Grundsatzprogramm der SPD postuliert: »Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte.«³⁸

Historisch bezeichnet die Währungsreform von 1948 den entscheidenden Einschnitt, der alle Hoffnungen auf einen Durchbruch zum Sozialismus in den Westzonen zunichte machte. Das Großkapital vermochte seine auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basierende Herrschaft angesichts der nur halbherzig betriebenen Entflechtung und Entnazifizierung in kurzer Zeit wiederaufzurichten. Mit dem Sieg der CDU bei den ersten Bundestagswahlen avancierte das demagogische Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft«, in der führenden Regierungspartei theoretisch von Alfred Müller-Armack, politisch-praktisch

vom Wirtschaftsminister und späteren Kanzler Ludwig Erhard repräsentiert, zur Staatsdoktrin. Da man den neoliberalen Vorstellungen der »Freiburger Schule« um Walter Eucken anhing, war Planung, soweit sie über die Kontrolle des rechtlichen und institutionellen Rahmens hinausging, verpönt. Fast zwei Jahrzehnte lang dominierte die Haltung des Laissez-faire, und die sich beim Neuaufbau rasch einstellenden Erfolge in bezug auf die Besserung der sozialen Lage des unter den Kriegsfolgen leidenden Volkes und die Ausweitung des Konsumangebots wurden irrtümlicherweise dem wirtschaftspolitischen Kurs der konservativen Bundesregierungen zugute gehalten.

2.1.2.1. Der Ordoliberalismus als wirtschaftspolitische Ideologie der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und unter dem Eindruck der faschistischen Zwangswirtschaft entwarf Eucken seine ordnungstheoretische Betrachtungsweise der Nationalökonomie. Die Antinomie zwischen der historischen und theoretischen Wissenschaftsauffassung und Euckens Kritik der klassischen Nationalökonomie, verbunden mit einer kritischen Analyse der Wirtschaftsstufen- und stiltheorie, führten zu einem neuen Ansatz in der nationalökonomischen Theorie. Das Denkschema der historischen Schule wird von Eucken problematisiert, die theoretische Grundlage der Stufen- und Stilbildung als Querschnitt durch die historische Entwicklung der Volkswirtschaft als Konstruktion und Fundament der theoretischen Analyse in Frage gestellt. »Ist es überhaupt möglich, auf diese Weise, d. h. durch Bildung von Querschnitten und Schaffung zeitgebundener Theorien zu wissenschaftlicher Erfahrung zu kommen?«³⁹ Diese selbstgestellte Frage wird von Eucken verneint, da die Wirtschaftsstufentheoretiker nur von einem begrenzten Geschichtsbild ausgingen, welches nicht in der Lage war, die wirkliche Entwicklung darzustellen. Darüber hinaus wird von der Stufentheorie ein Fortschrittsbegriff unterstellt, welcher die Entwicklung von einer niederen zu einer höheren Stufe impliziert. Diesen stringenten Entwicklungsgang von einer niederen zu einer höheren Stufe kann man nach Eucken jedoch nicht zur Abbildung der realen Entwicklung verwenden.

Eine entscheidende Rolle in der Theorie des Neoliberalismus spielt

die Planungstätigkeit der einzelnen privaten Wirtschaftssubjekte bzw. des Staates. Für die weitere Analyse führt Eucken die Prämisse ein, daß Wirtschaftspläne immer im Rahmen einer bestimmten »Wirtschaftsordnung« aufgestellt werden und nur dort einen Sinn haben.⁴⁰ Er verwendet den Ordnungsbegriff in zwei verschiedenen Bedeutungen. Einmal als konkrete, historisch vorfindbare Gegebenheit. So ist die Wirtschaftsordnung definiert als »die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto jeweils der alltägliche Wirtschaftsprozeß abläuft.«⁴¹ Davon zu unterscheiden ist die zweite Bedeutung des Ordnungsbegriffes, die aus dem Naturrecht stammt. Ordnung bedeutet hier die natürliche und vernunftgemäße Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens als etwas Seinsollendes. Diesen Sinn des Ordnungsbegriffes (*ordre naturel*) bezeichnet Eucken als *Ordo*. Hans Ritschl weist auf die lange Tradition hin, die das Ordnungsdenken in der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre seit der Erneuerung des Naturrechtsgedankens durch Hobbes hat.⁴² Die Annahme einer jeweils konkret feststellbaren Wirtschaftsordnung komplettiert den methodologischen Apparat, mit dem Eucken eine historische Untersuchung durchführt, um die konstitutiven Ordnungsformen, die allen historischen Wirtschaftsepochen zugrunde liegen, zu erfassen. »Zwei Grundformen – nicht mehr – sind in aller Geschichte feststellbar.«⁴³ Die den realen Wirtschaftsordnungen inhärenten beiden idealtypischen Wirtschaftssysteme sind die »zentralgeleitete Wirtschaft« und die »Verkehrswirtschaft«.

Ausgehend vom alleinigen Kriterium des Planträgers, wird das idealtypische Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft bei Eucken gekennzeichnet durch die Lenkung einer Zentralinstanz, welche der einzige Planträger ist.⁴⁴ Innerhalb der zentralgeleiteten Wirtschaft unterscheidet Eucken zwei Formen: die »einfache zentralgeleitete Wirtschaft«, die er auch als »Eigenwirtschaft« bezeichnet, und die »Zentralverwaltungswirtschaft«. Jede dieser beiden Formen kann in drei Variationen auftreten:

- 1) Als »total zentralgeleitete Wirtschaft«. Sie ist gekennzeichnet durch die zentrale Leitung eines Planträgers, der per Befehl zentral die wirtschaftlichen Handlungen lenkt. Die zentrale Faktorallokation umfaßt auch die Zuweisung von Beruf und Arbeitsplatz. Tausch – auch von Konsumgütern – ist nicht zugelassen.

- 2) Als »zentralgeleitete Wirtschaft mit freiem Konsumguttausch«.

Sie ist im Aufbau analog zur »total zentralgeleiteten Wirtschaft«, ermöglicht jedoch durch freien Konsumguttausch Korrekturen im Bereich der Distribution. Es bildet sich ein Markt, und damit besteht die Möglichkeit zur Herausbildung eines allgemeinen Tauschmittels. Demgemäß kommen auch die Wirtschaftspläne der Individuen zur Geltung.

3) Als »zentralgeleitete Wirtschaft mit freier Konsumguttwahl«. Diese Variante ist dadurch gekennzeichnet, daß innerhalb der »zentralgeleiteten Wirtschaft« die Individuen das Recht auf freie Konsumwahl besitzen. Sie können damit als Nachfragende ihre eigenen Wirtschaftspläne zur Geltung bringen. Dadurch werden die individuellen Bedürfnisse auch in verstärktem Maße die Pläne der Zentraleitung beeinflussen. Wenn der zentrale Wirtschaftsplan in Abhängigkeit von den Wirtschaftsplänen der Nachfragenden erstellt wird, ist die Grenze zur Verkehrswirtschaft erreicht. Dies wäre dann analog zu einer Monopolverwaltung, die nach dem Prinzip der bestmöglichen Versorgung handelt.

Der Idealtypus einer »zentralgeleiteten Wirtschaft« kann damit insgesamt sechs verschiedene Formen annehmen. Die von Eucken vertretene These, daß es in einer zentralgeleiteten Wirtschaft keine zureichende Methode gibt, um die Knappheit von Produktionsmitteln und Produkten exakt zu registrieren, ist z. B. durch die Untersuchung seines Schülers K. Paul Hensel, der einen anderen, wenn auch nicht grundsätzlich differierenden Ordnungsbegriff verwendet, relativiert worden.⁴⁵

Das zweite mögliche idealtypische Wirtschaftssystem ist nach Eucken die »Verkehrswirtschaft« als Antipode zur »zentralgeleiteten Wirtschaft«.⁴⁶ Die Planung des Wirtschaftsprozesses vollzieht sich in Betrieben und Haushalten, wobei im Idealtypus »Verkehrswirtschaft« eine strikte Trennung von Konsumtions- und Produktionssphäre in die Bereiche Haushalte und Betriebe gegeben ist. Als Planträger fungieren die einzelnen Haushalte und Betriebe, damit die jeweils kleinsten Wirtschaftseinheiten. Dies bedeutet, daß die einzelnen Wirtschaftssubjekte jeweils nur Teilpläne erstellen, welche dann über den Koordinationsmechanismus des Marktes aufeinander abgestimmt werden. Diese Koordination bedarf einer einheitlichen Basis in Form einer Rechnungsskala. Diese Funktion wird von einem Standardgut (z. B. Geld) übernommen. Ein solches Standardgut als allgemeines Tauschmittel

ermöglicht erst den Ausdruck von naturalen Größen in Geldgrößen und bewirkt auf dem Markt, auf dem die einzelnen Wirtschaftssubjekte als Anbieter oder Nachfrager auftreten, das Herausbilden von Preisen, welche eine Wirtschaftsrechnung ermöglichen. Die Koordinationsprozesse über den Markt hängen jedoch von den jeweiligen »Marktformen« und »Geldsystemen« ab. Eucken unterscheidet zwei Geldsysteme: eines, das Geld und Recheneinheit trennt und ein zweites, in dem beide Funktionen zusammenfallen; letzteres unterteilt in ein Warengeldsystem, ein System, in welchem Geld als Gegenleistung bei einer Warenlieferung oder Arbeitsleistung entsteht, und ein Kreditgeldsystem mit Kreditschöpfung und -vernichtung. Übt das Geld keine störenden Effekte auf den Wirtschaftsprozess und das Preissystem aus, und herrscht die Marktform der vollkommenen Konkurrenz in dem Sinne, daß von Anbietern und Nachfragern die Preise als Plandaten betrachtet werden, stimmen auf dem Markt Grenzerlös (Preis) und Grenzkosten überein. Die Unternehmen handeln nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, welches dann aber identisch ist mit dem »Prinzip der bestmöglichen Versorgung«. ⁴⁷ Es ergibt sich ein allgemeines Gleichgewicht, in dem sämtliche einzelwirtschaftlichen Pläne und sämtliche Märkte im Gleichgewicht sind, und bei dem die Preise die jeweiligen Knappheiten der Güter signalisieren (Mengenanpassungsverhalten).

Einem solchen Gleichgewichtsmodell liegen die folgenden Annahmen zugrunde: ⁴⁸

1) Das Geldsystem wirkt nicht auf die Preisbildung ein und übt keinen störenden Einfluß auf den Wirtschaftsprozess aus. Es wird also die klassische Prämisse von der Neutralität des Geldes angenommen.

2) Die Wirtschaftssubjekte verfolgen das Ziel der Nutzenmaximierung der ihnen verfügbaren wirtschaftlichen Güter im einzelwirtschaftlichen Interesse.

3) Vollständige Konkurrenz auf den einzelnen Märkten, so daß der Preis von jeweiligen Anbietern oder Nachfragern als einzelwirtschaftliches Datum betrachtet wird.

Die Existenz eines solchen Gleichgewichts ist jedoch abhängig von der jeweiligen Marktform. Eucken entwickelte dazu ein Schema mit insgesamt 100 möglichen Marktformen. Unter veränderten Marktformen, etwa der Herausbildung von Monopolen oder Kartellen, verändern sich die Relationen zwischen Preisen und Grenzkosten und stören damit das

Gleichgewicht. Angesichts der bis weit ins bürgerliche Lager hinein nicht mehr bestrittenen »Vermachtung« der Märkte ist die Existenz des Gleichgewichts ohnehin fiktiv.

Die beiden Grundtypen von Wirtschaftsordnungen stellen aus ordoliberaler Sicht die grundsätzlich alternativ möglichen Ordnungsrahmen der Wirtschaft dar. Wirtschaftspolitische Maßnahmen erhalten damit nur in der jeweiligen Wirtschaftsordnung einen Sinn.⁴⁹ Es ergibt sich für die Theorie notwendigerweise die Aufgabe, vor den konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine Entscheidung für eine der beiden Ordnungen, also eine »ordnungspolitische Gesamtentscheidung« zu treffen. Die positive Entscheidung für eine Ordnung wird zugunsten der Verkehrs- und Wettbewerbswirtschaft getroffen. Eine zentralgeleitete Wirtschaft wird entschieden abgelehnt. Folgt man Eucken, so ist die Verkehrswirtschaft allein diejenige Ordnung, welche der Vernunft und Natur des Menschen entspricht.⁵⁰ Diese Identifizierung der Verkehrswirtschaft mit der menschlichen Wesens- und Naturordnung wird noch um die These von der Interdependenz von Wirtschafts- und Staatsordnung erweitert.⁵¹ Diese Interdependenz unterstreicht die ordnungspolitische Gesamtentscheidung, da nach Hensel die wirtschaftliche Willensbildung in einer Verkehrswirtschaft einer demokratischen Staatsform adäquat ist.⁵² Die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch eine Zentralverwaltung erfolgt, wie Hensel betont, über ein zentralisiertes Weisungssystem von oben nach unten und läßt keine divergierenden Willensäußerungen zum Tragen kommen.⁵³ Damit vollzieht sich eine größtmögliche Konzentration von Macht in wenigen Händen. Aufgrund der Interdependenz der Ordnungen ergeben sich Auswirkungen auf die jeweilige Staatsordnung, wobei eine zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung die Bedingungen für eine »totalitäre Diktatur« schafft. Die Zentralverwaltungswirtschaft ist keine freiheitliche Ordnung, wie Eucken meint; sie beschränkt vielmehr den Freiheitspielraum des Einzelnen und läßt eine freie Entfaltung des Individuums nicht zu.⁵⁴ Hieraus ergibt sich für den Ordoliberalismus eine entschiedene Ablehnung jeglicher zentralverwaltungswirtschaftlicher Ordnungsformen.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges entsprach diese militant antikommunistische Position den aktuellen Legitimationsbedürfnissen des für seine Aggressivität bekannten westdeutschen Großkapitals. Der

Finanzoligarchie in der BRD war seinerzeit an einer möglichst engmaschigen ideologischen Abschottung gegenüber den sozialistischen Staaten gelegen, hing ihre Machtstellung doch wesentlich von der günstigen Wirtschaftslage während der ersten Nachkriegszyklen ab, was für geistige Toleranz ebensowenig Raum ließ wie für eine flexible Wirtschafts- und Außenhandelspolitik. Indem der Neoliberalismus über die Eigentumsverhältnisse geflissentlich hinwegsaß und sich unter Ausblendung des Produktionsbereichs auf die Zirkulationssphäre beschränkte, wurde von der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals abgelenkt, der mit »wettbewerbspolitischen« Mitteln am allerwenigsten beizukommen war. Die Verschleierung der skandalösen Verteilungsrelationen wiederum wurde trotz des niedrigen Klassenkampfnieveaus in der BRD zu einem dringenden Erfordernis, weil die Schere zwischen dem Einkommen der Produktionsmittelbesitzer und den Verdienstmöglichkeiten der abhängig Beschäftigten immer weiter auseinanderklaffte. Denselben Zweck erfüllte die Schärfung des außenpolitischen Feindbildes, wobei man zugleich die »östlichen Zwangswirtschaften« mit der angeblich alle ihre Mitglieder leistungsgerecht sichernden »Überflußgesellschaft« des kapitalistischen Westens kontrastierte. Unter der Vielzahl der gegen die Ordoliberalen vorgebrachten Argumente⁵⁵ sticht die Auseinandersetzung mit ihrem Freiheitsbegriff besonders hervor. Dieser verkürzt die menschliche Selbstverwirklichung auf den Eigentumserwerb und impliziert »die Unfreiheit aller Eigentumslosen, widerspricht also offen dem Gleichheitsprinzip. Bürgerliche Freiheit ist somit Freiheit nur der bürgerlichen Klasse, d. h. der Besitzenden«.⁵⁶

Die wirtschaftspolitische Konzeption des Neoliberalismus läßt sich aus dem postulierten »Denken in Ordnungen« unter dem Gesichtspunkt der ordnungspolitischen Grundentscheidung für die Wettbewerbsordnung als Leitbild der Wirtschaftspolitik bestimmen. Die Notwendigkeit einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik ergibt sich aus der Kritik an der »Wirtschaftspolitik des Laissez-faire«, also am klassischen Liberalismus, sowie aus dem eigenen ordnungstheoretischen Ansatz. Eucken charakterisiert die Politik des Laissez-faire als den Versuch einer spontanen Selbstentfaltung von Ordnungsformen unter prinzipieller staatlicher Abstinenz. Das Scheitern dieser Konzeption durch das Herausbilden monopolistischer bzw. oligopoli-

stischer Strukturen und zunehmenden Staatsinterventionismus begründet die Notwendigkeit einer neuen Wirtschaftspolitik. Unterstützt wird diese Forderung durch die Behauptung Euckens, wonach die Wirtschaftsordnungen – besonders die ordnungstheoretischen Mischsysteme – langfristig nicht stabil sind, sondern zur Transformation in eines der beiden Grundsysteme tendieren.⁵⁷ Diese von ordoliberalen Theoretikern in den Vordergrund gerückte Transformationsthese weist Karl Georg Zinn als unhaltbar zurück. »Die aus dem Interventionismus tendenziell sich entwickelnde Planung verändert zwar die Wirtschaftsordnung, bewirkt aber keine Transformation des (kapitalistischen) Gesellschaftssystems, sondern läßt sich vielmehr als evolutive Stabilisierung interpretieren.«⁵⁸

Der Tendenz zur Aufweichung der verkehrswirtschaftlichen Ordnungsform muß den Neoliberalen zufolge durch eine aktive Wirtschaftspolitik begegnet werden, was Egon Edgar Nawroth eine Hinwendung zum starken Staat als ordnungspolitischer Kraft nennt.⁵⁹ Die ordnungspolitische Grundentscheidung für die Wettbewerbsordnung erfordert wirtschaftspolitisch die Konkretisierung bestimmter Prinzipien zu ihrer Durchsetzung und Gestaltung. Nach Eucken ist es das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip, »die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme« zu machen.⁶⁰ Die zentrale Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik ist es daher, vermittels ausreichender ordnungspolitischer Rahmenentscheidungen die Wettbewerbsordnung durchzusetzen und auf Dauer zu sichern.⁶¹ Eucken entwickelte für die staatliche Wirtschaftspolitik eine Reihe von »konstituierenden« und »regulierenden« Prinzipien. Die folgenden konstituierenden Prinzipien sind für eine Wettbewerbsordnung zu nennen:

»1. Es muß ein funktionsfähiges Preissystem vollständiger Konkurrenz vorhanden sein (verstanden etwa als Mengenanpassung der Marktteilnehmer, nicht als restriktives Modell absoluter vollständiger Konkurrenz). (. . .)

2. Auf allen Märkten hat der Markteintritt frei zu sein, so daß innerhalb der verbleibenden Daten maximaler Leistungswettbewerb garantiert wird.

3. Die Währungspolitik muß weitgehende Preisstabilität garantieren. (. . .)

4. Als rechtliche Voraussetzung für die Koordination der Teilpläne über den Markt fordert Eucken die Garantie der Vertragsfreiheit.

5. Da die Wettbewerbsordnung vom Eigeninteresse der einzelnen Wirtschaftseinheiten gesteuert wird, soll privates Eigentum auch an den Produktionsmitteln bestehen.

6. Damit die Sanktionen des Marktes voll durchschlagen, sind Haftungsbeschränkungen, wie sie de jure oder de facto möglich sind, abzubauen.

7. Die Wirtschaftspolitik muß stetig und in einem gewissen Sinne vorhersehbar sein, um die Investitionsbereitschaft zu stabilisieren und der risikobeschränkenden Konzentration entgegenzuwirken.«⁶²

Ziel dieser konstituierenden Prinzipien ist es, die gesamtwirtschaftlichen faktischen Daten – Eucken nennt sechs und hebt besonders das Datum »rechtliche und soziale Ordnung« hervor – so zu beeinflussen, daß ein funktionsfähiges Preissystem vollkommener Konkurrenz hergestellt und damit mittelbar auch die Einzelwirtschaften »gelenkt« werden. Die Funktionsfähigkeit einer solchen Wettbewerbsordnung ist jedoch damit nicht automatisch gesichert. Sie bedarf gewisser »regulierender Prinzipien«, um auf Dauer funktionsfähig zu bleiben. Zur Sicherung der Wettbewerbsordnung wird eine staatliche Monopolpolitik postuliert – getragen von einem staatlichen Monopolaufsichtsamt – welches die Aufgabe hätte, »Monopole soweit wie möglich aufzulösen und diejenigen, die sich nicht auflösen lassen, zu beaufsichtigen.«⁶³

Auch Hensel fordert staatliche Kontrollen, um den Mißbrauch privater Machtstellungen durch Monopolbildung zu verhindern.⁶⁴ Die durch die »Verteilungsmechanik« der Wettbewerbswirtschaft bedingten Ungleichgewichte sollen durch eine staatliche Einkommenspolitik, besonders als Steuer- und Finanzpolitik, korrigiert werden. Die Besonderheiten einzelner Märkte – Hensel weist speziell auf den Arbeitsmarkt hin – erfordern unter bestimmten Bedingungen (anormales Angebot) staatliche Eingriffe, z. B. die Festsetzung von Mindestlöhnen.

Ansonsten aber gestattet die Rigidität des ordoliberalen Denkens keinerlei Steuerungsmaßnahmen. Seine Verfechter unterscheiden systemgerechte und systemwidrige Schritte.⁶⁵ Karl C. Thalheim entwickelte gar ein detailliertes Klassifikationsschema, welches unter dem Ge-

sichtspunkt der Ordnungskonformität bzw. -adäquatheit in sechs Kategorien zerfällt.⁶⁶ Danach lassen sich wirtschaftspolitische Eingriffe unterteilen in:

1) »Maßnahmen, die das ›wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip‹ im Sinne Euckens sichern sollen«, sind systemnotwendige Maßnahmen.

2) Systemfördernd sind solche Maßnahmen, die die Verwirklichung und Wirkungsweise der jeweiligen Wirtschaftsverfassung verbessern.

3) Als systemadäquat gelten Maßnahmen, die in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Wirtschaftsverfassung zur Erreichung bestimmter Ziele notwendig sind.

4) Maßnahmen, die die Funktionsfähigkeit der jeweiligen Lenkungsmechanismen nicht tangieren, sind systemneutral.

5) Systeminadäquat, aber nicht systemzerstörend sind Maßnahmen, welche »dem Wesen der jeweils gültigen Ordnungsform und des ihr zugehörigen Lenkungsmechanismus« nicht entsprechen, aber die jeweilige Ordnungsform nicht zerstören.

6) Maßnahmen, die den Grundcharakter der Ordnung verändern, sind systemzerstörend, da sie weitere Eingriffe hervorrufen und letztendlich zur Transformation der Verkehrswirtschaft in eine Zentralverwaltungswirtschaft führen.

Die Wirtschaftspolitik der Ära Erhard beschränkte sich denn auch auf einen punktuellen Interventionismus, die staatliche Konjunkturbeeinflussung erschöpfte sich in einer rein reaktiven Politik des »stop and go«, die strukturpolitischen Aktivitäten erreichten mit dem Investitionshilfeprogramm des Jahres 1952 zugunsten der Schwerindustrie zunächst ihren Höhepunkt. Andrew Shonfield, Befürworter einer umfassenden staatsmonopolistischen Planung, klagte: »Die westdeutschen Behörden verhielten sich so, als ob die Revolution im wirtschaftlichen Denken, eine Folge der Arbeiten von Keynes in den dreißiger Jahren, überhaupt nicht stattgefunden hätte. Es ist wirklich bemerkenswert, wie wenig Leute in Westdeutschland, selbst unter den Wirtschaftswissenschaftlern, vor der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre diesen großen intellektuellen Wandel überhaupt begriffen hatten.«⁶⁷ Auch als leichte Krisensymptome zu Beginn des folgenden Jahrzehnts das Ende der Rekonstruktionsperiode des Kapitalismus ankündigten, änderte sich die Situation nur allmählich. Erst das Stocken des Trends kontinuierlich

steigender Wachstumsraten zerstörte das Tabu, mit dem die Planungsthematik in der BRD behaftet gewesen war. Den Anlaß zur Erörterung von Fragen der Wirtschaftslenkung gab das im Oktober 1962 veröffentlichte Memorandum der EWG-Kommission über ihr »Aktionsprogramm für die zweite Stufe«, dem eine Orientierung an französischen Planungsmethoden zugrunde lag, und das deshalb auf den erbitterten Widerstand der westdeutschen Regierung stieß. Einen Monat später erlebte das Straßburger Europaparlament ein Rededuell zwischen dem designierten Bundeskanzler, der die westdeutsche Planungsfeindlichkeit als »Vater der sozialen Marktwirtschaft« wie kein anderer personifizierte und dem Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein. Im Verlauf dieser Kontroverse bestritt Erhard die Notwendigkeit von längerfristiger »Vorausschau« und »Programmierung«, was er durch den Hinweis auf Erfolge marktwirtschaftlicher Prinzipien zu belegen suchte. Das wirtschaftspolitische »Tauwetter« fand seinen Niederschlag in einer Reihe von Arbeitstagen,⁶⁸ deren personelle Zusammensetzung (neben Fachwissenschaftlern vornehmlich Vertreter des Topmanagements und der Unternehmerverbände) das spürbar gewachsene Interesse einflußreicher Kreise des westdeutschen Monopolkapitals an Maßnahmen staatlicher Regulierung verrät, auch wenn gerade von dieser Seite immer wieder der Untergang des Abendlandes für den Fall planerischer Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß beschworen wurde.

Es kann hier nicht untersucht werden, ob bzw. inwieweit der Staat auch während der unumschränkten Herrschaft der ordoliberalen Wirtschaftstheorie im planerischen Sinne agierte. Zweifellos haben staatliche Institutionen jedoch seit Bestehen der BRD »investitionslenkend in die Akkumulation eingegriffen und an der Ausrichtung der Produktionsstruktur teilgenommen.«⁶⁹ Shonfield vertritt deshalb die These eines Auseinanderklaffens von neoliberaler Theorie und interventionistischer Praxis, einer Diskrepanz zwischen Planungspolitik und Marktwirtschaftsideologie, wobei gleichzeitig Widersprüche innerhalb des Staatsapparates aufgetreten seien. »Während das Finanzministerium nur sein Budget im Auge hatte und bewußt außer acht ließ, wie sich diese Sparsamkeit auf die übrige Wirtschaft auswirken könnte, intervenierte das Wirtschaftsministerium höchst aktiv, wo immer sich Gelegenheiten boten, daß mit Hilfe von strategisch placierten Subventionen oder Steuerkonzessionen mehr produziert würde. Selten kann ein Ministerium, das

sich so lautstark zu den Vorzügen des wirtschaftlichen Liberalismus und der Marktkräfte bekannte, sich so energisch dafür eingesetzt haben, die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung zu bestimmen und die Ziele auszuwählen.«⁷⁰ Daß diese Politik, so erfolgreich sie für die Dauer des Wiedererstehens einer zerstörten Volkswirtschaft gewesen sein mag, die Verwertung des Monopolkapitals vor Risiken schwerlich schützen konnte, als die Schranken der »urwüchsigen« Expansion erreicht, die Folgewirkungen der ungezügelter Akkumulation nicht mehr auszubalancieren und Positionen im internationalen Konkurrenzkampf nur durch gezielte Nutzbarmachung des Erkenntnisfortschritts der wissenschaftlich-technischen Revolution zu erobern waren, zeigte die Hilflosigkeit der Regierung Erhard angesichts des konjunkturellen Einbruchs 1966/67, von der damit einhergehenden Strukturkrise in zahlreichen Industriezweigen ganz zu schweigen. Welche Konsequenzen die Finanzoligarchie aus dem unter den Lohnabhängigen eine Rückbesinnung auf klassenkämpferische Traditionen auslösenden Rezessionschock zog, soll am Wandel der Wirtschaftspolitik analysiert und kommentiert werden.

2.1.2.2. Das neokeynesianische Konzept der Globalsteuerung als Antwort auf die gestiegene Krisenhaftigkeit des Nachkriegskapitalismus

Das konventionelle Instrumentarium der neoliberal inspirierten Wirtschaftspolitik hat die erste schwere Krise des westdeutschen Kapitalismus nicht überdauert. Vielmehr wurde das Rezessionsdebakel von 1966/67 in der bürgerlichen Öffentlichkeit kurzerhand mit den Schwächen des staatlichen Regulierungsapparates identifiziert und auf ein bloßes Methodenfiasko der Wirtschaftswissenschaft reduziert. So nimmt es nicht Wunder, daß auf die »Antiplanungshysterie« unter Erhard eine Art Planungseuphorie folgte, daß eine wirtschaftspolitische Aktivierungsperiode jene »Phase der christ-demokratischen Planlosigkeit«⁷¹ ablöste, die den sozioökonomischen Gegebenheiten eines voll herausgebildeten staatsmonopolistischen Systems nicht mehr entsprach. Auf das von sozialdemokratischer Seite präsentierte Substitut einer »gesamtwirtschaftlichen Steuerung« trifft also Frieder Nascholds Charakterisierung der »politics of non-planning« zu: »Was in der BRD als Planung angesehen wurde, muß (. . .) überwiegend als reaktives An-

passungsverhalten des ökonomischen und sozialen Systems gewertet werden.«⁷² Trägerin des nicht allein auf den wirtschaftspolitischen Funktionsradius der Staatsorganisation beschränkten »Modernisierungsschubs« war eine SPD, von der seit dem in Godesberg 1959 auch programmatisch vollzogenen Kurswechsel eine systemkonforme Verwaltung der Regierungsgeschäfte erwartet werden durfte. Während der Prosperitätsphase des erstarkenden Kapitalismus vermied die Partei prinzipielle Kritik an der Bundesregierung, bemängelte lediglich wirtschaftspolitische Einzelentscheidungen und stellte von daher keine Alternative zur CDU/CSU dar. Ihre Einwände gegen die Erhardsche Wirtschaftspolitik waren fast ausschließlich instrumenteller Art.⁷³

Nach dem Tod Heinrich Deists gab Karl Schiller als wissenschaftlich ausgewiesener Ökonom auf diesem Gebiet den Ton innerhalb der sozialdemokratischen Führung an. Hatte Erhard gegen Ende seiner Amtszeit versucht, auf die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten mit dem reaktionären Leitbild der »formierten Gesellschaft« eine die politische Disziplinierung der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen unter dem Deckmantel kooperativen Verhaltens intensivierende Erwidern zu finden, so verband sein sozialdemokratischer Kontrahent denselben Grundgedanken mit einer in sich stringenten Konzeption gezielter Maßnahmen zur Steigerung der Monopolprofite. Die planerischen Aktivitäten des Staates sollten auf die Gesamtwirtschaft ausgerichtet sein und in die Verfügungsrechte des einzelnen Unternehmers nicht eingreifen, was faktisch bedeutete, sich den Interessen des Großkapitals bedingungslos zu unterwerfen. »Schillers Wirtschaftstheorie und die praktischen Konsequenzen, die er aus ihr zieht, beruhen auf einer Mischung von gesellschaftspolitischem Opportunismus, ökonomischem Technizismus und wirtschaftspolitischem Pragmatismus. Schillers Technizismus besteht in der Verlagerung der theoretischen Argumentation auf die Ebene der Globalgrößen, der globalen Quantitäten, die auf bestimmte Werte zu fixieren oder einfach zu maximieren sind; dabei spielen Entstehung, Zusammensetzung oder gar der unterschiedliche konkrete Nutzen der in diesen Größen zusammengefaßten Güter keine Rolle mehr. Schillers Opportunismus besteht darin, daß er die herrschende Rolle des Kapitals und seiner Träger, der Unternehmer und Großunternehmer, in der Wirtschaft anerkennt. Der hieraus resultierende wirtschaftspolitische Pragmatismus schließlich besteht darin, daß

Wirtschaftspolitik Förderung der Unternehmenstätigkeit zur Erzielung optimaler Globalergebnisse sein muß.«⁷⁴

Schiller hat aus seiner prokapitalistischen Haltung nie ein Hehl gemacht. In einem »Spiegel«-Interview erklärte der Wirtschaftsminister des Kabinetts Kiesinger/Brandt, die Unternehmer müßten einsehen, »daß diese Regierung und daß dieser Wirtschaftsminister die Marktwirtschaft mit Klauen und Zähnen verteidigt«.⁷⁵ Daß er sich dennoch durchsetzen konnte, zeugt von dem sozialökonomischen Anpassungsdruck des »Wirtschaftswunders« nicht weniger als von der eklatanten Schwäche der marxistischen Kräfte innerhalb der SPD und dem Erfolg des scharfen Repressionskurses der Parteispitze gegenüber linksoppositionellen Kritikern. Dabei teilten die sozialdemokratischen Neokeynesianer um Schiller nahezu alle essentiellen Prämissen ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption mit den in früheren Jahren heftig befehdeten Wettbewerbsideologen der CDU/CSU. »Und die Ablösung der Erhardschen Populär-Formel ›Wohlstand für alle‹ durch Karl Schillers ›Wachstum nach Maß‹ bedeutet keine grundlegende Änderung der theoretischen und praktischen Situation; sie ersetzte lediglich den blinden Fortschrittsglauben eines ›Seid-nett-zueinander-Apostels‹ durch die nervöse Anwendung des antizyklischen Konjunkturinstrumentariums von John Maynard Keynes.«⁷⁶ Entscheidend aber war die Übereinstimmung dieser Neuorientierung mit den objektiven Erfordernissen langfristiger Planung und besserer Kalkulierbarkeit ökonomischer Trends, der das Unvereinbarkeitsdogma von »Marktwirtschaft« und staatlicher Regulierung zum Opfer fiel. »Der Planungsbereich hat sich extendiert, das Planungsziel bleibt der Profit.«⁷⁷ Mußten liberale Konkurrenzmodelle in Anbetracht des inzwischen erreichten Monopolisierungsgrades der westdeutschen Wirtschaft ohnehin obsolet erscheinen, so tat der rezessive Konjunkturumschwung ein übriges, um das Planungsdefizit des BRD-Kapitalismus ins Bewußtsein und die geistigen Protagonisten systemkonformer Lenkung an die Stelle der für die Wirtschaftspolitik bisher verantwortlichen, immer glückloser operierenden Männer um Ludwig Erhard treten zu lassen.

Den krisenhaften Ausbruch der kapitalistischen Widersprüche interpretierte die Sozialdemokratie als einen »Betriebsunfall« der marktwirtschaftlichen Ordnung, dessen Wiederholung es durch staatliche Sicherheitsvorkehrungen auszuschließen gelte. Hartnäckig leugnet z. B.

Herbert Ehrenberg, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und dem äußersten rechten Flügel seiner Partei zugehörig, die Systemimmanenz der »gewollten Rezession« (Schmücker) und sucht ihre Ursachen in »Unfähigkeit und Ignoranz der wirtschafts- und geldpolitischen Instanzen«,⁷⁸ die zu beheben er für möglich erachtet. Hatte Erhard versucht, auf die massiven ökonomischen Schwierigkeiten mit dem von Rüdiger Altmann kreierten Leitbild der »formierten Gesellschaft« eine primär die Domestizierung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften betonende Antwort zu geben, so verband die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik denselben Grundgedanken aus dem Arsenal konservativer Krisenlösungsstrategie mit einer effektiveren Konzeption gezielter Maßnahmen zur Konjunkturankurbelung über die Steigerung der Monopolprofite. Die planerischen Aktivitäten sollten auf die Gesamtwirtschaft ausgerichtet sein, in die Disposition der einzelnen Unternehmer aber nicht eingreifen, also die politökonomischen Präferenzen des Großkapitals staatlicherseits sanktionieren. Der Eklektizismus in Schillers Entwurf einer neuen Wirtschaftspolitik beruht auf »der kombinierten Anwendung des Prinzips der Selbststeuerung (durch den Wettbewerb für die Mikrorelationen) und der Globalsteuerung (für den makroökonomischen Komplex). Dies ist die wirtschaftspolitische Grundentscheidung nach dem Prinzip ›Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig‹. Man kann sagen: Die Lösung besteht darin, den ›Freiburger Imperativ‹ (Wettbewerbsordnung der Märkte, allerdings befreit vom Rigorismus der vollständigen Konkurrenz) und die ›keynesianische Botschaft‹ (Beschäftigungsstand und Gesamtgleichgewicht) zu versöhnen, indem man die beiden Postulate jeweils für eine der beiden Seiten des Wirtschaftslebens gelten läßt.«⁷⁹ Die von Schiller geforderte »Synthese« beider Standpunkte gelingt indes keineswegs widerspruchlos. Vielmehr erzeugt die Ausweitung der staatlichen Planungstätigkeit bei Wahrung der unternehmerischen Entscheidungsautonomie systembedingte Friktionen, basiert sie doch »auf einem theoretischen Kniff, nämlich der Unterscheidung zwischen Makrobereich und Mikrobereich und der Zuweisung der beiden – sich theoretisch widersprechenden – Prinzipien zu verschiedenen Bereichen. Die Planung wird dem Makrobereich zugewiesen, in dem es nur um Summen und Aggregate, also um zusammengefaßte Ergebnisse ganzer Gruppen von Wirtschaftstätigkeit geht, ohne daß konkrete ein-

zelne Unternehmen hier auftauchten. Und die unternehmerische Dispositionsfreiheit und Selbstbestimmung findet als Freiheit individueller Akte und Entscheidungen in der Mikrosphäre ihren Platz. (...) Aber so einfach ist es offensichtlich nicht. Makro- und Mikrobereich sind vielmehr stets aufeinander bezogen, und zwar so, daß die Makrogrößen sich aus den Mikroentscheidungen ergeben.«⁸⁰

Schillers globale Rahmenplanung setzt bei den Investitionen an, deren Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung erkannt wird. Nachdem die Überproduktionskrise von 1966/67 abgeklungen, eine Konjunkturbelebung mittels zweier Sonderhaushalte, Investitionszulagen und Abschreibungserleichterungen in Milliardenhöhe erreicht worden war, sagte der Wirtschaftsminister voller Stolz: »Wir haben den Aufschwung durch privatwirtschaftliche Investitionsanreize und durch vernünftige Ausweitung der öffentlichen Aufträge für Gemeinschaftsaufgaben, für Infrastrukturinvestitionen herbeigeführt.«⁸¹ In dieser und anderen Stellungnahmen Schillers spiegelt sich der unerschütterliche Glaube an die Methoden der bürgerlichen Ökonomie, die Illusion, »daß die wirtschaftliche Entwicklung – nicht im Detail, aber in der großen Linie – »machbar« ist.«⁸² Von den Begleiterscheinungen der relativen Stabilisierung des Konjunkturverlaufs, nämlich Intensivierung der Arbeit, Reallohneinbußen der Werktätigen und Abbau staatlicher Sozialleistungen zwecks Umschichtung der Haushaltsmittel zugunsten des hochkonzentrierten Kapitals, sprach der Wirtschaftsminister nicht. Die »Investitionsneigung« der Unternehmer war gestiegen, das Konjunkturbarometer zeigte nach oben. Statt den Preis-Profit-Mechanismus als Koordinationsinstanz der privaten Anlagetätigkeit auszuschalten, wurden Regierung, Parlament und Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden gezwungen, sich seiner Allokationsfunktion zu beugen. An den Grundlagen der Marktwirtschaftsideologie läßt Schiller nicht rütteln. »Unsere Wirtschaftsordnung sollte (...) bewußt in der Weise dualistisch gestaltet sein, daß sie dem Staat nur globale Maßnahmen erlaubt; der Wirtschaftsverkehr und seine Regulierung sollten dagegen dem billigsten und besten Lenkungsmittel überantwortet werden, das wir für diesen Zweck kennen, dem Marktmechanismus.«⁸³ Schillers »gesamtwirtschaftliche Steuerung« bedeutet eine Fortsetzung der Erhardschen Politik mit anderen (neokeynesianischen) Mitteln: »Das Marktspiel geht weiter. Der Dirigismus beginnt erst dann, wenn das Marktspiel

ausgeschaltet wird, etwa bei Lohn- und Preisstop oder bei der Devisenbewirtschaftung. Da hört allerdings für mich und für andere im Wirtschaftsministerium die Gemütlichkeit auf. Diese Methoden des wirklichen Dirigismus sind für uns keine adäquaten Mittel. Sie gehören in den Orkus, sie gehören in die Wolfsschlucht, dort sollten sie auch bleiben.«⁸⁴

Die rechtliche Grundlage für die Schillersche Globalsteuerung schuf die Große Koalition mit dem unter Bundeskanzler Erhard verschleppten »Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft«. Unter dem Eindruck der Rezession verabschiedeten Bundestag und Bundesrat im Mai/Juni 1967 dieses sogenannte Stabilitätsgesetz, »in dem von Wettbewerb nicht mehr die Rede ist, das vielmehr als wirtschaftspolitisches Lenkungsinstrument auf die Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Größen ausgerichtet ist und der Regierung eine bisher nicht dagewesene Machtfülle verleiht«.⁸⁵ Dabei ist klar: »Kapitalistische Planung und Konkurrenz stellen (. . .) kein Gegensatzpaar dar; kapitalistische Planung, ob der Monopole oder des Staates, bringt nicht den gesellschaftlichen Charakter der Produktion schlechthin zum Ausdruck, sondern die Vergesellschaftung auf der Basis und innerhalb der Schranken des Kapitals. Sie ist eine entwickelte Form kapitalistischer Konkurrenz und der Ausübung kapitalistischer Herrschaft.«⁸⁶ Die Wirtschaftspolitik paßt ihren »Werkzeugkasten« den gewandelten Bedingungen monopolistischer Konkurrenz an. Als gleichgewichtige Ziele nennt das Gesetz die als Ecken des »magischen Vierecks« bekanntgewordenen Werte – Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum. Alfred Bönisch weist darauf hin, »daß mit dem Wachstums- und Stabilisierungsgesetz ein ökonomisches Ermächtigungsgesetz geschaffen wurde, das den institutionellen Rahmen für eine verstärkte staatliche Stimulierung der Wirtschaft und eine höhere Stufe staatsmonopolistischer Regulierungstätigkeit abgibt. Schiller ordnet ganz bewußt seine wirtschaftspolitischen Absichten dem Ziel der Sicherung eines stetigen Wachstums unter, weil er damit den Eindruck zu erwecken vermag, als könnten mit Erreichung dieses Zieles die zahlreichen gesellschaftlichen Probleme und Schwierigkeiten zum Vorteil aller Schichten gelöst werden. In Wahrheit (. . .) stärken alle Maßnahmen, die im Rahmen der staatsmonopolistischen Globalsteu-

erung ergriffen werden und in erster Linie die Kapitalakkumulation stimulieren, die Rationalisierung vorantreiben und die strukturelle Entwicklung begünstigen sollen, primär die Herrschaft der Monopole. Für die Arbeiterklasse geht es nicht schlechthin um eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, sondern um die Verfügung über das Sozialprodukt und die Einflußnahme auf seine Verteilung.«⁸⁷

Die wichtigsten Instrumente zur Realisierung der angegebenen Ziele, ohne daß diese im Kapitalismus möglich wäre, sind die Konzertierte Aktion und die mittelfristige Finanzplanung. Dient die erstere der Effektivierung der staatlichen Einkommenspolitik, so soll durch letztere eine den Erfordernissen der konjunkturellen Periodizität adäquate Haushaltsprogrammierung von Bund, Ländern und Gemeinden erreicht werden. Die Bundesregierung wird verpflichtet, einen Jahreswirtschaftsbericht vorzulegen und über Zielprojektionen und Orientierungsdaten eine Verständigung mit den Tarifvertragsparteien herbeizuführen. Dabei steht ihr ein ganzer Katalog steuer-, geld- und kreditpolitischer Maßnahmen zur Verfügung, um den abgestimmten Wachstumsvorstellungen Nachdruck zu verleihen, angefangen bei der Kreditplafondierung für die öffentlichen Haushalte bis zur Variation der Steuersätze (um höchstens 10 Prozent) per Rechtsverordnung, wenn sie das »gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht« für nachfragewirksam gestört hält. Hinzu kommen Sonderabschreibungen, Investitionszulagen u. a. m. Aber alle Instrumente »tangieren nicht die Dispositionsfreiheit der Unternehmen und die darauf basierende Wirtschaftsentwicklung in ihrem Kern. Für die Wirtschafts- und Wachstumsentwicklung allgemein bedeutet das, daß sie weiterhin – trotz staatlicher Planung – eine anonyme Gesetzmäßigkeit darstellt, die sich vor allem als Konjunkturzyklus äußert.«⁸⁸

Im Rahmen der Konzertierten Aktion erörterten Vertreter von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften seit Februar 1967 unter Vorsitz des Bundeswirtschaftsministers zunächst aus aktuellem Anlaß Möglichkeiten der Krisenbewältigung, später rückte neben der Versteigerung des Konjunkturverlaufs die strukturpolitische Komponente in den Mittelpunkt. »Der materielle Hintergrund des Stabilitätsgesetzes ist das Konzept der Globalsteuerung: Angebote an die autonomen Entscheidungsinstanzen bei den Unternehmen, kein Eingriff in die Autonomie selbst. Der Haken bei dieser Konzeption war schon bei der Dis-

kussion der Globalsteuerung sichtbar geworden. Entweder die Angebote werden nicht angenommen, dann ist die Steuerung hinfällig, oder die Angebote sind so attraktiv, daß sie angenommen werden, dann verliert die Steuerung insofern ihre Autonomie, als sie sich nach den Zielen der zu Steuernden richten muß. Die Lösung dieses Dilemmas besteht darin, die Ziele der Steuerung mit denen abzusprechen, deren Aktivität gesteuert werden soll.⁸⁹ Die Funktion der Konzertierten Aktion läßt sich aus Karl Schillers Feststellung erschließen, in jeder Veranstaltung finde »ein gesellschaftlicher Integrationsprozeß statt«.⁹⁰ Von Anfang an sollte in diesem Sinne mäßigend auf die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften eingewirkt, das tarifpolitische Anspruchsniveau der Werkstätigen herabgedrückt werden. Seine Legitimation schöpfte dieses Konzept aus sozialpartnerschaftlichen Harmonievorstellungen, die in dem Schlagwort von der »sozialen Symmetrie« gipfelten. Der ideologische Charakter eines solchen gesellschaftspolitischen Leitbildes war schon am Beispiel des zahlenmäßigen Übergewichts der Kapitalseite bei den Zusammenkünften der Konzertierten Aktion zu durchschauen. Die Nahrung von Sozialstaatsillusionen ist das Mittel, die Senkung der Lohnquote zugunsten der Monopolprofite aber das Ziel. So resümierte Wilhelm M. Breuer: »Der staatlichen Regulierung ist es gelungen, die Krise 1966/67 zu überwinden. Doch dieser Erfolg sollte nicht vergessen lassen, daß dies nur durch staatliche Umverteilung eines großen Teils des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole und zu Lasten der Arbeitnehmer, durch Lohnbegrenzung und unbegrenzte Profitentwicklung ermöglicht wurde. Der Widerspruch zwischen Produktionspotential und Massenkaufkraft ist nicht kleiner, sondern größer geworden, der Keim für neue Krisen ist bereits gelegt.«⁹¹

Zwar suchte der Bundeswirtschaftsminister die geschilderten Zusammenhänge unter allen Umständen zu verschleiern, die Parteinahme seiner Politik der schönen Worte für die herrschende Klasse bzw. deren mächtigsten Teil bekamen die Werkstätigen indes am Nachhinken der Reallöhne hinter den Unternehmergewinnen deutlich zu spüren, was in den Septemberstreiks des Jahres 1969 seinen Niederschlag finden sollte. Schillers Versprechen »Wir können jetzt (...) bei richtigem Verhalten aller das reale Einkommen eines jeden und einer jeden Gruppe steigern, ohne irgend jemanden irgendetwas wegzunehmen«⁹² erwies sich als Schall und Rauch; spontane Arbeitsniederlegungen in vielen Gebieten

der BRD kündigten von der wachsenden Kampfbereitschaft unter den abhängig Beschäftigten, waren die Antwort enttäuschter Gewerkschafter auf die von der DGB-Spitze mitverschuldete Öffnung der Lohn-Profit-Schere. Überhaupt rief die Konzertierte Aktion innerhalb der teilnehmenden Organisationen ein unterschiedliches Echo hervor. Obwohl die Regierungsbeteiligung der SPD ihre disziplinierende Wirkung auf die Gewerkschaftsbasis nicht verfehlte, regte sich vor allem in der IG Metall als größter Einzelgewerkschaft schon bald Kritik, als der von Schiller unermüdlich propagierte »Aufschwung nach Maß« einseitig die Kapitaleseite begünstigte. Nur selten wurde jedoch die ganze Tragweite des wirtschaftspolitischen Integrationskurses erfaßt, wozu es einer auf die Prinzipien marxistischer Gesellschaftsanalyse rekurrierenden Durchdringung der neueren Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus bedurft hätte. Wenige erkannten die Globalsteuerung als »ein Instrument im Herrschaftsmechanismus der Finanzoligarchie. Ihre Effektivität besteht nicht darin, ein krisenfestes, ausgewogenes Wachstum zu sichern; dazu ist sie völlig unfähig. Gemessen an diesem Ziel ist sie in zweifacher Hinsicht irrational: Erstens, weil sie historisch überlebte Produktionsverhältnisse zu konservieren sucht. Zweitens, weil sie dies immer weniger mit ihren überwiegend global wirkenden Instrumentarien erreichen kann.«⁹³ Aber auch im Unternehmerlager wurden Stimmen gegen die wegen der restriktiven Wachstumsbedingungen des BRD-Kapitalismus notwendig gewordene flexiblere Strategie auf ökonomischem wie politischem Gebiet laut. Trotzdem: »Die Erwartungen, die das Kapital im allgemeinen und das Monopolkapital im besonderen der Schillerschen Wirtschaftspolitik entgegenbrachten, sind in der ersten Phase sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in vollem Umfang erfüllt worden. Sie hat kurzfristig die ökonomische und soziale Stabilisierung gebracht, die Kapitalexpansion global unterstützt und die Konzentration und Zentralisation des Monopolkapitals gefördert:

a) Durch die Verabschiedung von zwei Sonderhaushalten in Höhe von insgesamt 7,7 Mrd. DM und durch die Einführung erhöhter Abschreibungssätze wurden die Profitchancen für das Kapital so weit angehoben, daß die Kapitalisten wieder investierten. (. . .)

b) Die »gemeinsame Aktion von Staat, Wirtschaft und Arbeitnehmern« hat die Integration der Gewerkschaften in das System der kapita-

listischen Institutionen vollendet und auf effizientere Weise das zum Abschluß gebracht, was Erhard Jahre vorher unter dem Schlagwort ›formierte Gesellschaft‹ assoziierte. In der ›konzertierten Aktion‹ trafen die Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), des Bundesverbandes des Privaten Bankengewerbes, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Deutschen Bauernverbandes und des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der IG Metall sowie Regierungsmitgliedern zusammen und legen gemeinsam die Richtlinien der Politik im Sinne des kapitalistischen ›Allgemeinwohls‹ fest.

c) Die Einbeziehung der ›Arbeitnehmerorganisationen‹ in diesen ›Willensbildungsprozeß‹ der staatlichen Wirtschaftspolitik erfolgt dabei ausschließlich zum Vorteil der ›Arbeitgeber‹. Dies zeigt sich besonders an den globalen Verteilungseffekten der konzertierten Stabilisierungsaktion: Das Nettoeinkommen der Kapitalisten, das im Jahre 1967 stagnierte, ist im Jahre 1968 um 25 Prozent und 1969 um 7,4 Prozent gestiegen, das der unselbständig Beschäftigten, das 1967 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls konstant blieb, nur um 5 Prozent im Jahre 1968 und um 10,4 Prozent im Jahre 1969.

d) Neben diesen globalen Begünstigungen für das Kapital hat die neue Wirtschaftspolitik den Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals nachhaltig vorangetrieben.«⁹⁴

Hatte die herrschende Klasse ihre Position durch den Rückgriff auf das von der SPD bereitgestellte Programmierungsinstrumentarium in politischer und ökonomischer Hinsicht auch vorübergehend gefestigt, die günstigen Akkumulationsbedingungen der Nachkriegskonjunktur waren dahin, der Widerstand relevanter Bevölkerungskreise gegen die Stabilisierungsstrategie des westdeutschen Finanzkapitals nahm in der Folgezeit beträchtlich zu. Die zyklische Bewegung des Kapitals setzte der friedlichen Regelung der gesellschaftlichen Interessenkonflikte enge Grenzen, und selbst der scheinbar erfolgreiche Einsatz der ökonomischen Potenzen des Staates zur Krisenbekämpfung vermochte weder die sich krebsgeschwürartig ausbreitenden Disproportionalitäten zwischen einzelnen Industriezweigen noch die Widersprüche des Gesamtsystems zu beseitigen. Da nur die Symptome behandelt, nicht aber die Ursachen

begriffen wurden, verlagerten sich die sozialökonomischen Antagonismen, deren Aufhebung man beabsichtigte, in den Staatsapparat und spiegelten sich in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Vor allem mußten die durch zahlreiche Profitspritzen geschürten inflationären Tendenzen in einem Land, das bei seinen kapitalistischen Nachbarn den Ruf eines Hortes der Preisstabilität genoß, längerfristig die herausragende Stellung des infolge der Rezession 1966/67 zu einer Exportoffensive gezwungenen BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt gefährden, sofern es nicht gelang, die Schraube der staatlichen Einkommenspolitik weiter anzuziehen und die Lohnquote zu drücken. Bewies das ständige Steigen der Lebenshaltungskosten besonders eindrucksvoll, »daß auch durch eine staatsmonopolistische Planung der Widerspruch zwischen Preisstabilität und Wachstum nicht gelöst werden kann«, so muß als Fazit dieser Überlegungen zur »Globalsteuerung« doch eingeräumt werden, »daß man durch die Aufstellung von Prognosen und Plänen, den zeitlich zweckmäßigeren Einsatz bestimmter Hebel dem Entwicklungsstand und den objektiven Erfordernissen der Produktivkräfte mehr gerecht wird als z. B. mit dem von Erhard praktizierten Ad-hoc-Interventionismus, mit der starren, auf ein Jahr beschränkten und ohne Beachtung konjunktureller Gegebenheiten durchgeführten einjährigen Haushaltsplanung.«⁹⁵

2.1.3. Die Krise 1974/76

Die optimistischen Prognosen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler wie der verantwortlichen Politiker während der konjunkturellen Erholungsphase 1972/73 können als Beleg dafür dienen, daß die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer spürbare zyklische Überproduktionskrise, die schwerste nach dem Zweiten Weltkrieg und fast gleichzeitig alle hochindustrialisierten kapitalistischen Länder erfassend, völlig überraschend für die in Wohlstandsideologien befangenen systemtragenden Kräfte hereinbrach, ohne daß diese auf die drastische Lageverschlechterung vorbereitet gewesen wären. 1,5 Millionen Arbeitslose und knapp 1 Million Kurzarbeiter allein in der BRD ließen das Beschäftigungsniveau auf einen Stand sinken, der seit Inangriffnahme des Wiederaufbaus als – endgültig – überwunden galt. Einzig vergleichbar mit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren, schrumpften Indu-

strieproduktion und Handelsvolumen, waren die vorhandenen Produktionskapazitäten bei weitem nicht ausgelastet, gingen Bruttosozialprodukt und Investitionstätigkeit deutlich zurück. Das Sinken des Lebensstandards der Werktätigen, verstärkt durch die von sozialdemokratischen ebenso wie von konservativen Regierungen bevorzugte »Krisenbewältigung« mittels Abbau staatlicher Sozialleistungen und konjunkturpolitisch begründeter Finanzspritzen für das nationale Großkapital (statt Stärkung der Massenkaufkraft), rief in mehreren westeuropäischen Nachbarstaaten der BRD tiefgreifende Änderungen der politischen Kräfteverhältnisse hervor, wovon die Parteien der Linken auf breiter Front profitierten (Italien, Frankreich). Das aufgrund bestimmter historischer Besonderheiten relativ niedrige Klassenbewußtsein der Werktätigen zögert die Konsolidierung der Arbeiterbewegung hierzulande zwar noch hinaus, ohne Folgewirkung wird die krisenhafte Entwicklung der sozialökonomischen Basis indes nicht bleiben. »Die Zeit ist vorbei, in der Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft von der neuen, humaneren, relativ konfliktfreien Epoche des Kapitalismus sprechen konnten. Der Kapitalismus zeigt weltweit seine widersprüchliche Natur, zeigt, daß er eine historisch bloß vorübergehende Form der Produktion ist.«⁹⁶

Eingeleitet vom Vorschlag der IG Chemie – Papier – Keramik in bezug auf die Errichtung drittelparitätisch (Vertreter der Kapitaleigner, der Staatsbürokratie und der Gewerkschaften) besetzter Branchenausschüsse im Bereich homogener Massengüter, durch die sektoralen Überproduktionskrisen wie in der Aluminium- und Kunstfaserindustrie vorgebeugt werden sollte,⁹⁷ begann 1972/73 der Meinungsstreit um Modelle der Investitionskontrolle und -lenkung, allerdings zunächst noch auf wenige Experten beschränkt. Außer den Gewerkschaften war vor allem die SPD frühzeitig mit der Planungsthematik befaßt. Schon die Regierungsübernahme der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 hatte zu einer Intensivierung der Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen von Reformen auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet geführt. Als maßgebliche Regierungspartei trug die SPD einerseits die Hauptverantwortung für die Ausgestaltung des staatlichen Regulierungsinstrumentariums, ihre Massenbasis in der arbeitenden Bevölkerung machte sie andererseits besonders sensibel für unmittelbar aus den täglichen Klassenauseinandersetzungen erwachsende Bedürfnisse der

Lohnabhängigen, die in der Forderung nach Investitionskontrolle und -lenkung als einem zentralen Ansatzpunkt zur Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse ihren Niederschlag fanden. Anfangs beherrschte der im Anschluß an John Kenneth Galbraith unterbreitete Plan, durch Erhöhung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt Einfluß auf die Investitionsstruktur der Wirtschaft zu gewinnen, die in den Entwurf eines sozialdemokratischen Langzeitprogramms, das später den Namen »Orientierungsrahmen '85« erhielt, einmündende Debatte. Nach einem Schlüsselsatz der vom stellvertretenden Parteivorsitzenden und späteren Bundeskanzler Helmut Schmidt geleiteten LZP-Kommission, die im Sommer 1972 ihre Arbeitsergebnisse vorlegte, »müssen Dienstleistungen und Investitionen des Staates deutlich stärker steigen als der private Konsum. Wenn dieser jährlich unterproportional steigt, in Raten von 4,3 Prozent bis 1975 und 4,7 Prozent von 1975 bis 1985, dann können wir den Verbrauch des Staates, der allen dient, in der gleichen Zeit mit über 6 Prozent jährlich verstärken, ohne daß die Anlageinvestitionen, die Kapazitäten schaffen, darunter leiden müssen.«⁹⁸ Dieser Ansatz hält indes einer sorgfältigen Prüfung schwerlich stand. So hat Werner Meißner gezeigt, »daß die Argumentation ›Investitionslenkung über Erhöhung der Staatsquote‹ nicht haltbar ist, ohne daß gleichzeitig stärkere Eingriffe vorgenommen werden, die ihre Befürworter aber ablehnen. Der Vorschlag, eine globale Erhöhung der Staatsnachfrage solle dazu führen, daß durch Ausweitung des Angebotsspektrums des Staates dieser in Konkurrenz zur Privatwirtschaft gebracht wird, verrät illusionäre Vorstellungen über das Verhältnis von Staat und Privatkapital. (...) Der Staat übernahm immer nur dort Produktionen in eigener Regie, wo dem Privatkapital die Gewinnbedingungen nicht mehr ausreichend gesichert erschienen. Diese Teile überließ das Privatkapital dem Staat (Beispiel: die gesamten Infrastrukturinvestitionen einschließlich Verkehrswesen). Heute vom Staat anzunehmen, er könne dem Privatkapital so einfach, ohne größere Eingriffe in die Kontinuität des Systems, rentable Produktionen abnehmen oder die Nachfrage nach diesen Produktionen sozialisieren, um damit Angebotskonkurrenz zu betreiben, zeugt daher von einer oberflächlichen Sicht in die gegebenen Systemzusammenhänge.«⁹⁹

Schon im Vorfeld des Bundesparteitages in Hannover (10.–14. 4. 1973) gelang es der SPD-Linken, jene an den Projektionen

der Ministerialbürokratie orientierte Konzeption, die auch auf seiten des rechtssozialdemokratischen Regierungsflügels wegen des sich inzwischen als unrealistisch erweisenden Wachstumsoptimismus zunehmend mit Skepsis betrachtet wurde, zu Fall zu bringen. Die neue, mehrheitlich mit Vertretern der Bezirke besetzte Kommission »Orientierungsrahmen« wurde »beauftragt zu untersuchen,

– wie das Instrumentarium der Planung und Koordinierung aller wichtigen privaten Investitionsentscheidungen unter sektoralen und regionalen Gesichtspunkten ausgebaut werden kann, um dem Allgemeininteresse Vorrang vor einzelnen Interessen zu sichern. Dazu müssen den privaten Investitionen steuernde Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Es kommt darauf an, gesellschaftlich unerwünschte Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Selbststeuerungsprozesses zu verhindern, ohne seine Vorteile – Flexibilität und Vielfalt, Initiative und Dynamik – zu gefährden;

– wo das Privateigentum an Produktionsmitteln durch den überwiegenden Übergang der Verfügungsgewalt an Manager, die ihrerseits anonymen Mächten dienen, seine Verfügungsgewalt verloren hat und eine Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum zweckmäßig ist;

– wie durch Normen für Qualität, Sicherheit und für den Schutz der Umwelt privatwirtschaftliche Investitionen gesteuert werden können. Im übrigen kommen für die Beeinflussung privatwirtschaftlicher Investitionsentscheidungen u. a. folgende Instrumente in Betracht: Steuervariationen, Abschreibungsregelungen, sonstige Investitionserleichterungen, gezielte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturpolitik. Darüber hinaus sollen die Einschränkung steuerlicher Absetzbarkeit der Werbung und, für eine Reihe von Produktionszweigen (z. B. Arzneimittel, Zigaretten), ein generelles Werbeverbot geprüft werden;

– in welcher Form die Menschen über Ziele und Zwecke wirtschaftlicher Entscheidungen demokratisch bestimmen können.«¹⁰⁰

Der unter Vorsitz Peter von Oertzens erstellte und im Dezember 1974 von der Kommission einstimmig verabschiedete »Zweite Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985« bezog zwar das Scheitern der Globalsteuerung im Sog des krisenhaften Verlaufs der gesellschaftlichen Reproduktion mit in seine Überlegungen ein, zog jedoch weder die notwendigen Konsequenzen

aus der Kapitulation des staatsmonopolistischen Regulierungsprinzips vor den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Ökonomie, noch kam er dem Auftrag des Hannoveraner Parteitages nach, die Planungsproblematik unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Machtzusammenballung anzugehen. Statt das seit Jahrzehnten gestörte Verhältnis der SPD zur Vergesellschaftung zu revidieren, wurde empfohlen, vereinzelte Korrekturen am wirtschaftspolitischen Lenkungsinstrumentarium vorzunehmen, ohne am Grundgedanken der staatlichen Rahmenplanung im Monopolinteresse zu rütteln. »Je mehr sich die Entwicklung des Sozialprodukts nach den Interessen der privaten und der staatlichen Endnachfrage richtet, desto mehr reicht eine Globalsteuerung, verbunden mit einer mittel- und langfristig orientierten Strukturpolitik, aus. (...) Da der gegenwärtige Erkenntnisstand eine ausreichende Urteilssicherheit nicht zuläßt, verbietet es sich, die richtigen Formen und Dimensionen öffentlicher Wirtschaftslenkung abschließend zu bestimmen. Der angemessene Weg zur Klärung dieser Frage sozialdemokratischer Politik ist vielmehr eine politische Praxis als gemeinsamer Lernprozeß, die sich unter konsequenter Nutzung aller geeigneten Instrumente auf die Bekämpfung unternehmerischer Marktbeherrschung konzentriert und zugleich das System indirekter Wirtschaftslenkung ausbaut.«¹⁰¹ Dieser Absage an antimonopolistisch-demokratische Planungskonzeptionen unter Einschluß der Sozialisierung strukturbestimmender Wirtschaftsbereiche zum Trotz wurde mit Ausbruch der Überakkumulationskrise gegen Mitte der siebziger Jahre, die aufgrund der Vertiefung sämtlicher Systemwidersprüche im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution voll durchschlug, nur zu deutlich, »daß die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung, die die Dynamik der zyklischen Krise bei allen historisch bedingten Formveränderungen einschließt, von anderen Regulativen als denen staatlicher Wirtschaftspolitik bestimmt wird, und daß auch sozialdemokratische Theorien und Steuerungstechniken vor der Naturwüchsigkeit dieser Dynamik versagen müssen, solange sie deren gesellschaftliche Grundlagen akzeptieren und respektieren.«¹⁰²

Durch die Einrichtung einer staatlichen Investitionsmeldestelle, wie sie neben den Beschlüssen des Hamburger DGB-Bundeskongresses (25.–31. 3. 1975) auch der Orientierungsrahmen '85 fordert, können

bestenfalls sektorale bzw. regionale Disproportionalitäten abgeschwächt werden, was für das Konzept der IG Chemie (sektorale Investitionslenkung im Rahmen einer selektiven Branchensteuerung) analog gilt. Andererseits erleichtert eine bloße Meldepflicht für Mammutinvestitionen die Marktstrategie der Monopole und läßt den Aufbau eines ökonomischen Frühwarnsystems erwarten, das zwar Engpässe und Überkapazitäten im Einzelfall vermeiden hilft, aber weder die Imperative der Kapitalverwertung antastet, noch eine den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung adäquate Umstrukturierung des Gesamtanlagevolumens zugunsten bisher vernachlässigter (weil unrentabler) Bereiche fördert. Die Dispositionsfreiheit des Kapitals wird garantiert: »Die letztverantwortliche Investitionsentscheidung innerhalb des gesetzten Rahmens verbleibt (...) beim Unternehmen.«¹⁰³ Der in Mannheim gegen 1 Stimme bei 2 Enthaltungen beschlossene Programmrahmen, in dem die äußerst zurückhaltend operierende Parteitaglinker vergeblich Öffnungsklauseln zur Frage der Vergesellschaftung und einer öffentlichen wie private Investitionen umfassenden Rahmenplanung (gesamtwirtschaftliche Projektion) unter Einfluß von Investitionsverboten zu verankern versucht hatte, stellt im Gegensatz zum Entwurf der Schmidt-Kommission nicht mehr die Erhöhung der Staatsquote und der staatlichen Investitionsquote in den Mittelpunkt, »sondern richtet sich auf die realen, durch die Interessen des Monopolkapitals begrenzten Möglichkeiten staatlicher Aktivität ein. Zugleich will er die Bevölkerung einstimmen auf eine für das nächste Jahrzehnt angelegte Wirtschaftspolitik, die Strukturreformen im Interesse der Monopole kombiniert mit »freiwilligem« Konsumverzicht der Massen. Die fünf im OR genannten Schwerpunktbereiche, nämlich Modernisierung der Wirtschaft, Reform der Berufsbildung, Humanisierung der Arbeitswelt, Reform des Gesundheitswesens sowie Städteplanung und Stadtentwicklung sollen weder vom Monopolkapital noch auf Kosten staatlicher unproduktiver Ausgaben bezahlt werden, sondern sie erfordern angeblich eine Erhöhung der (privaten und staatlichen) Investitionsquote zu Lasten der privaten Konsumquote. Das Volumen und die Struktur dieser Investitionen im Interesse der Aufrechterhaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus optimal einzusetzen, ohne die Profitinteressen der Monopole zu tangieren, ist der Sinn des im OR entwickelten Konzepts der indirekten Investitionslenkung, welches einige fortschrittli-

chere Diskussionsbeiträge linkssozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Autoren gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt.«¹⁰⁴

Obwohl die Lenkungsdebatte sowohl von der sozialdemokratischen als auch von der Gewerkschaftsführung verhältnismäßig schnell kanalisiert und in ihren systemkritischen Implikationen weitgehend neutralisiert wurde, kann man die Reaktion eines Großteils der bürgerlichen Presse und konservativer bzw. liberaler Politiker auf die neuerliche Erörterung von Planungsfragen nur als hysterisch bezeichnen. Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack glaubten vor der Gefahr einer Diskrepanz zwischen planerischem Handeln und liberal-marktwirtschaftlichem Anspruch warnen zu müssen: »Eine indikative, d. h. ohne Zwang arbeitende Investitionsplanung ist eine bloße Fiktion. Auch wer »nur indikativ« anfängt, wird in der Zwangsreglementierung enden.«¹⁰⁵ Auch Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, beschwört als Konsequenz jeder zentralen Investitionssteuerung, »daß letztlich die individuellen Freiheiten zu Grabe getragen werden, die ganz unabhängig vom höheren ökonomischen Effizienzgrad den eigentlichen Vorzug unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausmachen.«¹⁰⁶ Nach Auffassung des bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, ist Investitionslenkung »unter der Herrschaft des Grundgesetzes nicht zu realisieren«.¹⁰⁷ Demgegenüber verweist Udo Meyer zu Recht auf die antimonopolistischen Elemente des Bonner Grundgesetzes und der meisten Länderverfassungen, deren die Wirtschaftsordnung betreffende Normen Maßnahmen der Investitionskontrolle bzw. -lenkung als Bestandteil staatlicher Planung zulassen oder sogar explizit fordern. »Die Verfassung eröffnet somit einen weiten Handlungsspielraum für demokratische Alternativen zur gegenwärtigen Planungsrealität. Eine Ausfüllung dieses juristisch gegebenen Spielraums durch eine stärkere Beteiligung der Lohnabhängigen an der Wirtschaftsplanung etwa in gesamt-wirtschaftlichen Mitbestimmungsorganen und durch das Ergreifen von Sozialisierungsmaßnahmen im Bereich der Großunternehmen und Großbanken als Grundvoraussetzung für eine effektive Investitionskontrolle dürfte jedoch weitgehend davon abhängen, daß eine drastische Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses durchgesetzt wird.«¹⁰⁸ Heinz Benölken wiederum schließt im Falle direkter Investitionslenkung eine Kollision mit dem Bekenntnis des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD

zur parlamentarischen Demokratie nicht aus: »Das den Wirtschafts- und Sozialräten zwangsläufig zukommende Gewicht könnte de facto zu einer Entfunktionalisierung des Parlaments führen: Sieht man Investitionsentscheidungen als Kern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, so treten die Wirtschafts- und Sozialräte als Träger der relevanten Investitionsentscheidungen in institutionelle Konkurrenz zu den parlamentarischen Gremien. Die Parlamente als zentrale willensbildende Organisationsformen einer parlamentarischen Demokratie und die Funktion der politischen Parteien als Säule dieses Systems würden durch einen solchen Machtverlust in Frage gestellt.«¹⁰⁹ Daß der von ihm befürchtete Funktionsverlust des Parlaments durch die alleinige Regierungsverantwortlichkeit für Regulierungs- und Programmierungsmaßnahmen längst eingetreten ist, übersieht Benölken ebenso wie den Kausalzusammenhang zwischen der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals, wie sie das imperialistische Spätstadium der bürgerlichen Gesellschaftsformation kennzeichnet, und den vielfältigen Entdemokratisierungstendenzen auf gesamtstaatlicher Ebene. Die Entwicklung des politischen Überbaubereichs muß solange rätselhaft bleiben, wie die ökonomische Basis nicht im historisch-materialistischen Sinne als das ihn entscheidend prägende Fundament begriffen wird. Jedenfalls ist die regulative Funktion des kapitalistischen Staates nicht von seinen repressiven Funktionen abzulösen.

Den ganzen Zynismus bürgerlicher Systemapologie offenbart das folgende Zitat. Obgleich selbst hartnäckigste Verteidiger des Marktwirtschaftsprinzips die Unterversorgung der Bevölkerung in bezug auf soziale Dienste konzedieren, und im Zeichen der stagflationären Lethargie des Gegenwartskapitalismus die in der BRD herrschende Wohlstandseuphorie längst gezielten Maßhalteappellen gewichen ist, argumentiert Schlecht, der Investitionslenkung folge eine Reglementierung in bezug auf Löhne, Konsum und Arbeitsplätze, denn »da die Verbraucher sich von selbst einer vorgegebenen Bedarfsstruktur nicht anpassen werden – also zugunsten von Krankenhäusern, Lehrern und Kindergärtnerinnen nicht bereit sein werden, freiwillig auf ihre Autos und Farbfernsehgeräte zu verzichten –, muß wohl oder übel als nächste Stufe die Konsumlenkung einsetzen. (. . .) Spätestens bei der Einsicht, daß kollektive Investitionsplanung früher oder später zur zentralistischen Reglementierung der Arbeitskräftestruktur, der Arbeitsplätze und der

Löhne überzugreifen droht, sollten Gewerkschaften und Arbeitnehmer bei diesem neuen Modethema ›Investitionskontrolle‹ hellhörig werden. Denn das Thema könnte sich eben sehr bald erweitern und dirigistische Arbeitskräfteplanung und Einschränkung der Tarifautonomie einschließen. Ich kann nur sagen: Wehret den Anfängen!«¹¹⁰ Otmar Issing stellt in erster Linie auf den supranationalen Aspekt der neoliberalen »Ölflecktheorie« ab, die behauptet, »dirigistische«, nicht systemkonforme Eingriffe des Staates zögen automatisch weitere »Reglementierungen« nach sich, der Staatsinterventionismus breite sich wie ein Ölfleck auf dem Wasser aus: »das weltweite Geschehen auf den Märkten der Import- und Exportgüter oder des internationalen Kapitalverkehrs müßte sich immer wieder als Störungsfaktor für jede Art nationaler Politik der Investitionslenkung erweisen mit der Konsequenz, daß die Investitionslenkung über den nationalen Bereich hinaus erweitert und der internationale Wirtschaftsverkehr strikten Kontrollen unterworfen werden müßten.«¹¹¹ Diesen Einwänden ihrer Kritiker konnten die Befürworter neuer Planungsmodelle unter Hinweis auf die marktwirtschaftlich drapierte Verbraucher­manipulation im staatsmonopolistischen Kapitalismus begegnen. Maßnahmen der Investitionskontrolle und -lenkung »schränken die Konsumfreiheit nicht ein, denn es wird in makroökonomischen Proportionen geplant, d. h. die mikroökonomische Entscheidungsfreiheit der Haushalte, ihr Nettoeinkommen im Sinn der Konsumfreiheit zu verwenden, wird im Verhältnis zur bestehenden Situation eher ausgedehnt.«¹¹² Vor allem sollte die Verklammerung des Problems wachsender Monopolmacht mit der Ohnmacht des einzelnen Lohnabhängigen im Produktions- wie im Konsumbereich nicht unerwähnt bleiben, was eine antimonopolistische Strategie auf westeuropäischer Ebene natürlich auch bezüglich der Planungsthematik zu berücksichtigen hätte (multinationale Konzerne, westeuropäische Integration usw.). »Eine bessere Sicherung der Arbeitsplätze und damit des Einkommens und ein qualitativ ausgerichtetes Wachstum vermögen (. . .) die durch Investitionslenkung von manchen als gefährdet angesehene Konsumentensouveränität eher zu steigern, während ein weiterer unkontrollierter Machtzuwachs der Großunternehmen sie noch mehr einschränken wird.«¹¹³

Die vorher auf esoterische Zirkel interessierter Fachleute beschränkte Diskussion über Modelle der Investitionskontrolle und -lenkung spitzte

sich, bedingt durch die langanhaltende Krisenphase des Kapitalismus einerseits und die propagandistische Ausschlichtung der den 2. OR-Entwurf im Kapitel »Markt und Lenkung« zum Teil erweiternden Beschlüsse sozialdemokratischer Bezirks- und Landesparteitage (Hessen-Süd, Schleswig-Holstein, Westliches Westfalen) seitens bürgerlicher Presseorgane andererseits, weiter zu. Unmittelbar vor den Bremer Bürgerschaftswahlen im September 1975 und dem Bundesparteitag der SPD in Mannheim erreichten die öffentlich ausgetragenen Kontroversen um die Planungsthematik ihren Höhepunkt, flauten dann aber schlagartig ab. Die Verteufelung aller Ansätze, soweit sie nicht nur eine politische Ratifikation der Planungsziele des Monopolkapitals bezweckten, erinnerte dabei fatal an die unerfreulichen Begleiterscheinungen der Planungsdebatte in den sechziger Jahren. Schon damals hatten selbst Lenkungs-konzeptionen, die objektiv das gesamt-kapitalistische Interesse nach reibungsloser Verwertung ausdrückten, gegen die politische Borniertheit besonders reaktionärer Gruppen der herrschenden Klasse Westdeutschlands und deren beinahe sprichwörtliche Planungsangst zu kämpfen.¹¹⁴ Nunmehr waren die seinerzeit eingeführten Mechanismen der Krisenregulierung, das zeigte die Hilflosigkeit der bürgerlichen Vulgärökonomie in Anbetracht des neuerlichen Ausbruchs einer »Weltrezession«, »selbst in die Krise geraten und in ihrer Funktionsweise stark gestört. Die internationale Inflation hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Waffen der Wirtschaftspolitik sind weitgehend stumpf geworden, nicht zuletzt deswegen, weil der kapitalistische Staat in nahezu allen Ländern in einer andauernden Finanzkrise steckt«.¹¹⁵ Einen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nicht, solange die Alternativvorstellungen einer antimonopolistischen Wirtschaftspolitik aufgrund der unveränderten Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen keine Realisierungschance besitzen. Der demokratischen und Arbeiterbewegung in der BRD aber sind die Leitlinien ihres Handelns vorgezeichnet:

»Die Perspektive der Überwindung und Verhinderung der kapitalistischen Krisen liegt (. . .) nicht in einer Verzichtspolitik, die sich auf die immer wieder neue Krisen produzierende ›Sachlogik‹ des Kapitals einläßt, sondern in einem schrittweisen Zurückdrängen und Außerkraftsetzen der Möglichkeiten und Zwänge zur Profitakkumulation der großen Konzerne, in einer Strategie, die über Preiskontrolle, verschärfte

Profitbesteuerung, Investitionslenkung und eine Reihe anderer Instrumente Elemente gesellschaftlicher Planung gegenüber den Monopolen durchsetzt; in diesen Elementen gesellschaftlicher Planung werden die Interessen der werktätigen Bevölkerung ebenso realisiert, wie den nichtmonopolistischen Kapitalen in der Ausarbeitung ihrer Rolle in einer demokratischen Gesamtplanung eine längerfristige krisensichere Perspektive eröffnet würde.«¹¹⁶

2.2. Modelle der Wirtschaftsprogrammierung im kapitalistischen Ausland

Wenn im folgenden mittels einer groben Übersicht versucht wird, die Regulierungspraxis in Frankreich und Schweden vergleichend darzustellen, so einmal, weil beide zu den im Hinblick auf ihre Planungsmethoden hochentwickeltesten imperialistischen Ländern gehören, und zum anderen, weil diese Modelle in der westdeutschen Lenkungsdebatte noch am ehesten eine Rolle gespielt haben. Vor allem von rechtssozialdemokratischen Politikern wurden die französische Planification und die schwedische Fondslösung vielfach als richtungsweisend angesehen. Dennoch müssen wir uns darauf beschränken, die Planungsorganisation der genannten Länder kurz zu skizzieren, die Konturen ihrer historischen Entwicklung nachzuzeichnen und das Wesen dieser Konzeptionen herauszukristallisieren. Trotz aller spezifischen Unterschiede gegenüber dem Regulierungssystem der BRD ergeben sich gewisse Parallelen, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen, sofern man bedenkt, daß die in Frankreich und Schweden gemachten Erfahrungen Modellcharakter annehmen, aber auch den fortschrittlichen Kräften zur Warnung dienen können.

2.2.1. Frankreich

Die französische Planification unterscheidet sich von den Regulierungs- bzw. Programmierungsformen, wie sie seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts in der BRD praktiziert werden, hauptsächlich dadurch, daß wir es bei dem Musterland staatsmonopolistischer Steuerung mit einer Planung der Wirtschaft, nicht nur mit einer Planung der Wirtschafts-

und Finanzpolitik zu tun haben. Ein weiteres sofort ins Auge springendes Kennzeichen: Die einzelnen Unternehmen werden weder auf die Planziele verpflichtet, noch unterliegen sie einer demokratischen Kontrolle. Obwohl nach Branchen aufgeschlüsselt, ist der französische Plan »gewissermaßen nur ein technischer Rahmen, in dem sich die Investoren in ihrem eigenen Interesse am besten bewegen«. ¹¹⁷ Ulrich Scheuner spricht denn auch im Hinblick auf Frankreich von einem »influenzierten« Plan. »Über den bloß indikativen Plan setzt hier der Staat die Mittel seiner Wirtschaftspolitik ein, um gewisse Ziele und Richtlinien zur Durchsetzung zu bringen. Nicht notwendigerweise wird ein solcher Plan bestimmte Planziele festlegen, obwohl dies auch in der französischen Planung in gewissem Umfang geschieht. Es genügt, daß er Akzente setzt, daß er die Richtung weist, in der entweder eine Entwicklung gefördert oder zugunsten anderer Zwecke zurückgehalten werden soll (. . .). Die französische Planung begnügt sich mit dieser Form der Durchführung. Sie setzt keine bindenden Planziele, sie wendet im allgemeinen keine Weisungen an, sondern bedient sich der Überredung und des Anreizes durch wirtschaftliche und steuerliche Vorteile oder der Wirkung umgekehrt entsprechender Nachteile.« ¹¹⁸ Dies gilt mit Einschränkungen auch für Teile des staatlichen Sektors: »Der französische Plan, der vor allem ein Investitionsprogramm ist, hat nur für diejenigen öffentlichen Unternehmen normative Kraft, die eine Monopolstellung einnehmen oder sich in starker finanzieller Abhängigkeit vom Staat befinden.« ¹¹⁹ Wie an diesen Regelungen bereits deutlich, aber im einzelnen auch noch zu zeigen sein wird, bestimmt das mit dem Staat vielfach auch personell eng verflochtene Großkapital – und hier wieder dessen einflußreichste Gruppen – Ziele und Methoden der französischen Planung. »Der antidemokratische Charakter der Planifikation äußert sich in der Unterordnung des investitionsgeplanten öffentlichen Sektors unter die durch die staatliche Wirtschaftspolitik treibhausartig geförderte Monopolmacht, in der unternommenen Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes und des Marktes überhaupt, in der außerhalb des Entwicklungsplans und jeglicher öffentlicher Kontrolle betriebenen staatlichen Fusionsförderung.« ¹²⁰

Der französische Regulierungsmechanismus ist einzig und allein darauf ausgerichtet, die monopolistische Konkurrenz von Restriktionen zu befreien, um sie auf einer höheren Stufe kapitalistischer Systemrationa-

lität zu reproduzieren. Planmäßig und systematisch werden die Verwertungsbedingungen der durchsetzungskräftigsten Kapitalfraktion verbessert, wird das staatlich garantierte ökonomische und außerökonomische Machtmonopol der Konzerne gegenüber kleineren Unternehmen wie dem Heer der Lohn- und Gehaltsempfänger ausgeweitet. »Die großen Kapitalgesellschaften, die an der Planung interessiert sind, weil sie sie für ein Mittel halten, die Unsicherheiten der Investition zu mindern und eine geordnete Entwicklung ihrer Märkte zu erreichen, üben (. . .) Druck aus. Der Plan spiegelt weitgehend ihre Idee wider – oder zumindest einen Kompromiß zwischen ihren Wünschen und den Wünschen der für die staatliche Wirtschaftspolitik verantwortlichen Beamten.«¹²¹ Die eigentlichen Nutznießer der von Jean Monnet kreierten Philosophie einer »économie concertée« waren die Kapitalmagnaten und ihre Beauftragten, für die Werktätigen fielen nur Brosamen des durch ihrer Hände Arbeit erwirtschafteten Reichtums ab. Auch von bürgerlichen Kommentatoren »muß zugegeben werden, daß der Plan bis heute (. . .) trotz einiger Verbesserungen das Werk einer relativ kleinen Gruppe von Kadern aus Wirtschaft und Verwaltung ohne großen direkten Einfluß auf die breite, sich nicht direkt berührtühlende Masse der Bevölkerung geblieben ist.«¹²²

Bevor wir auf die wichtigsten Planungsorgane zu sprechen kommen, soll der Wandlungsprozeß thematisiert werden, dem das französische Lenkungssystem seit seiner Einführung im Jahre 1946 unterlag. Ursprünglich die demokratischen Neuordnungsvorstellungen innerhalb der antifaschistischen Widerstandsbewegung krönend, wurde die Planifikation mit dem Erstarken der prokapitalistischen Kräfte im Sinne staatsmonopolistischer Regulierungsmethodik umfunktioniert und entgegen den Intentionen ihrer geistigen Väter pervertiert. Die Entwicklung des Planungssystems kann insofern als getreues Spiegelbild der dominierenden sozioökonomischen Tendenzen einerseits und der parallel verlaufenden Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse im Nachkriegsfrankreich andererseits begriffen werden. Schon bald nachdem die Reaktion nicht zuletzt wegen der weitgehenden personellen Kontinuität in den Führungsfunktionen des Staatsapparates die Ansätze zur sozialistischen Umgestaltung zunichte gemacht und die antimonopolistische Massenstimmung eingedämmt hatte, war eine massive Entdemokratisierung und Bürokratisierung des Planungsprozesses zu

verzeichnen. Der im Laufe der sechziger Jahre vollzogene Übergang zu globaler wirkenden Maßnahmen einer kapitalorientierten Wirtschaftspolitik mußte aufmerksamen Beobachtern gar als »déplanification« erscheinen, ein Trend, der gegenwärtig anhält.

»In Frankreich ist die Entstehung der Programmierung das unmittelbare Ergebnis der technisch-ökonomischen Rückständigkeit der Wirtschaft vor 1945, der Krisen- und Stagnationserscheinungen in den dreißiger Jahren, der Zerstörungen durch den zweiten Weltkrieg, des wachsenden Einflusses der antimonopolistischen Kräfte und der Verstaatlichungen von 1944/45.«¹²³ Erleichtert wurde die Einrichtung der Planification zweifellos durch die starken zentralistischen Traditionen Frankreichs, wohingegen föderalistische Strukturen eine übergreifende Steuerung verhindern können oder die Konzentration der Lenkungs-kompetenzen beim Bund erheblich erschweren. Günstig wirkte sich auch die Existenz eines verhältnismäßig großen staatlichen Sektors aus, der durch die Vergesellschaftungsmaßnahmen der Volksfrontregierung Blum und entsprechende Gesetzesinitiativen der Nachkriegsregierung de Gaulle, an der sich auch die Kommunistische Partei beteiligte, entstanden war. In Gemeineigentum übergeführt wurden damals u. a. mehrere Großbanken, Versicherungskonzerne, der Kohlebergbau, Unternehmen der Luftfahrtindustrie sowie die Renault-Automobilwerke. Über die Notwendigkeit weiterer Nationalisierungen bestand zunächst Einigkeit bis hinein ins Lager der gemäßigten Rechten. Als vordringlich erachtete man allgemein die Modernisierung des völlig überalterten Produktionsapparates und die Heranführung der französischen Industrie an den auf dem Weltmarkt inzwischen erreichten Standard. Dieser mit nationalistischen Ideologieversatzstücken drapierten Aufgabenstellung sollte die Planification dienen. Von daher war das Ziel der ersten Mehrjahrespläne »die Konzentration der Produktion in einer geringen Zahl kapital- und leistungsstarker Monopolunternehmen, die Entwicklung eines modernen Wirtschaftspotentials in diesen Unternehmen und die Anpassung der nationalen produktionstechnischen wie ökonomisch-materiellen, d. h. monopolkapitalistischen Wirtschaftsstruktur an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution und des verschärften Konkurrenzkampfes.«¹²⁴ Tatsächlich läßt der rasch voranschreitende Monopolisierungsprozeß unschwer erkennen, »daß die vom Staat verfolgte, im Plan vorgesehene Konzentrationspoli-

tik, was die Zahl der Fusionen anbelangt, von Erfolg gekrönt worden ist«. ¹²⁵ Damit schließt sich der Teufelskreis staatsmonopolistischer Programmierung: Indem die Wirtschaftspolitik den Zusammenschluß kleinerer Unternehmenseinheiten zu Mammutkonzernen unterstützt, verstärkt sich der ohnehin bedeutende Einfluß des Monopolkapitals auf die staatliche Entscheidungsfindung, die wiederum zugunsten des Konzentrationskurses ausschlägt.

Die wichtigsten mit der Planaufstellung befaßten Organe sind das Plankommissariat und die sogenannten Modernisierungskommissionen, denen mehrere wissenschaftliche Institute zur Seite stehen.

Nachdem es vorübergehend in den Zuständigkeitsbereich des Finanz- und Wirtschaftsministers eingegliedert worden war, untersteht das Generalkommissariat für den Plan seit Anfang der sechziger Jahre wieder direkt dem französischen Ministerpräsidenten. Die aufgrund ihrer Sonderstellung gegenüber anderen Verwaltungskörpern privilegierte Behörde wird von einem Plankommissar geleitet, der an Planungsfragen berührenden interministeriellen Zusammenkünften teilnimmt, qua Amt einer Reihe weiterer Gremien (z. B. dem Nationalen Kreditrat) angehört und Zugang zu allen Wirtschaft bzw. Wirtschaftspolitik betreffenden Informationen hat. Erster Amtsinhaber war der Großindustrielle Monnet, nach dem der 1946 kurzfristig erstellte Wiederaufbauplan benannt wurde. Obwohl nur mit beratender Funktion gegenüber der Regierung ausgestattet, ist das Generalkommissariat gehalten, die Ausführung des Planes zu überwachen und über den Stand der Planrealisierung regelmäßig Bericht zu erstatten.

Die Modernisierungskommissionen werden jeweils zum Zweck der Planausarbeitung gebildet. Vertikale Kommissionen fungieren als Instrumente der Branchenplanung und bringen sektorale Gesichtspunkte in das Planaufstellungsverfahren ein, während sich horizontale Modernisierungskommissionen der Analyse gesamtwirtschaftlicher Problemkreise widmen (Arbeitskräftepotential, Finanzierung, Bildungswesen, Forschung usw.). Auf der Basis von Prognosen für die einzelnen Wirtschaftszweige entwerfen die Kommissionen detaillierte Branchenpläne, die das Generalkommissariat zusammenfaßt. In den Modernisierungskommissionen, deren ehrenamtlich tätige Mitglieder auf Vorschlag des Plankommissars per Regierungserlaß berufen werden, übertrifft das Kontingent der Unternehmer, Abgesandten der Monopolverbände und

Beamten die Anzahl der Gewerkschaftsvertreter bei weitem. Für den V. Plan (1966–1970) werden in der Fachliteratur folgende Zahlen genannt:

Gewerkschafter	291	
Landwirte	67	
Unternehmer	406	
Vertreter der Arbeitgeberverbände	450	(430)
Beamte	457	
Verschiedene	299	

Insgesamt haben etwa 4000 Personen an der Ausarbeitung des Plans teilgenommen.¹²⁶ Diese krasse Unterrepräsentation der »Arbeitnehmerseite« suchen einige Autoren mit dem angeblichen Mangel an qualifizierten Gewerkschaftsfunktionären zu rechtfertigen;¹²⁷ eine selbst für bürgerliche Ohren wenig glaubhaft klingende Schutzbehauptung.

Das Parlament verleiht dem Plan zwar Gesetzeskraft, wurde allerdings erst aufgrund einer 1962 beschlossenen Neuerung dadurch in den Planaufstellungsprozeß einbezogen, daß bereits über alternative Entwürfe befunden werden kann, bevor die Regierung dem Plankommissariat genaue Direktiven erteilt. Wie für die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung keinerlei Möglichkeit besteht, auf den Plan durch Änderungsanträge einzuwirken, so beschränkt sich das Mitspracherecht des Wirtschafts- und Sozialrats darauf, über die dem Planentwurf zugrunde liegenden Optionen und die endgültige Fassung abzustimmen. Dieses Gutachtergremium, das sich aus von der Regierung für mehrere Jahre ernannten Repräsentanten sämtlicher Sparten des Wirtschaftslebens (Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Konsumenten, Gewerkschaften, Genossenschaften usw.) rekrutiert, soll Empfehlungen in bezug auf wirtschafts- und sozialpolitische Reformen abgeben.

Das Planerstellungsverfahren läßt sich in drei Stufen gliedern: »Die erste Phase umfaßt die Anfertigung eines Planentwurfs durch das Plankommissariat, in dem die für die jeweilige Periode allgemein anzustrebende Entwicklung der französischen Wirtschaft sowie die ihr entsprechenden Globalziele fixiert werden. (. . .) In der zweiten Phase wird dieser Entwurf dann in den einzelnen Modernisierungskommissionen diskutiert mit dem Ziel, die den allgemeinen Hypothesen angepaßten Ziele für die einzelnen Wirtschaftsbereiche zu bestimmen. Die dritte

Phase ist die der Synthese im Sinne einer Abstimmung zwischen den im Entwurf enthaltenen allgemeinen Zielsetzungen und den in den Plankommissionen erarbeiteten Programmen für die einzelnen Sektoren.«¹²⁸ Müssen auch weitere Einzelheiten ebenso unerwähnt bleiben wie die im Laufe der Zeit erfolgten Modifikationen und Verfeinerungen der Planaufstellungsprozedur, so interessiert uns doch die Frage, auf welche Weise die Um- bzw. Durchsetzung der nicht nur den öffentlichen Sektor betreffenden Investitionsprogramme gelingt. Bernard Cazès macht es sich zweifellos etwas zu einfach, wenn er schreibt: »Der Plan wird in gewisser Weise (. . .) schon durch eine ganze Reihe sozialpsychologischer Mechanismen durch sich selbst wirksam.«¹²⁹ Ähnlich unbefriedigend bleibt Heinz Schleichers Erklärungsversuch, als Hauptgrund für die aufgetretene Diskrepanz zwischen Planprojektionen und Istziffern »die liberale Haltung der französischen Regierung gegenüber der Industrie zu sehen«.¹³⁰ Hier gilt es, den Blick auf die tieferliegenden sozialstrukturellen Zusammenhänge zu richten.

Die Planification kann nur in dem Maße »erfolgreich« sein, wie ihr prognostisches Netzwerk mit den Interessen des hochkonzentrierten Kapitals übereinstimmt. Ist diese Konformität nicht gegeben, ergreift der Staat entsprechende Stützungsaktionen. An der Spitze des komplexen Instrumentariums, das als Rückgrat des französischen Lenkungssystems bezeichnet werden darf, steht ein finanz- sowie geld- und kreditpolitisches Maßnahmenbündel. »Die Geldpolitik wird von den mächtigen Kreisen der Großindustrie und Hochfinanz beeinflusst, und gerade diese können sich am lautesten bemerkbar machen, wenn es gilt, »Aufmunterungen« durch den Plan zu erhalten. (. . .) Das Geld ist niemals »neutral«, ein Plan, der »neutral« wäre, könnte nicht bestehen. Wer nicht »neutral« ist, ist entweder »für« oder »gegen«. Unter den gegebenen Umständen sind das Geld und der Plan für die größten und einflußreichsten Produktionseinheiten und Finanz- und Wirtschaftsverbände.«¹³¹ Was für die französischen Programmierungsmethoden allgemein gilt, trifft auch auf jene Regelungen zu, deren sich die Finanzverwaltung bedient, um »die Investitionen nach den Richtlinien des Planes zu lenken. Erwähnt seien zuerst im Zusammenhang mit der Ausgabenpolitik des Staates die bedeutenden Infrastrukturausgaben, die durch den Staat selbst oder über Staatsbeihilfen durch Lokalbehörden oder halböffentliche Körperschaften vorgenommen werden. Weitere Einflußmöglich-

keiten sind die Investitionen der staatlichen Betriebe sowie schließlich die Privatinvestitionen, die der Staat durch Subventionen oder fiskalische Maßnahmen globaler oder selektiver Art begünstigen will«. ¹³² In den Genuß von Steuergeschenken und Kredithilfen gelangen primär Unternehmen, deren Anlageobjekte sich in den Rahmen des Investitionsprogramms einfügen. »Bei der Förderung von Investitionen wird (. . .) die Bedingung gestellt, daß die Investitionen dem staatlichen Plan folgen. Dafür soll nicht zuletzt die Beteiligung des französischen Plankommissars bei der Kreditvergabe sorgen.« ¹³³ In sogenannten Quasi-Kontrakten verpflichten sich die Unternehmen gegenüber der Finanzbehörde, bei Gewährung von Prämien, Steuernachlässen, Abschreibungsvergünstigungen o. ä. bestimmte Investitionen vorzunehmen, also plankonforme Leistungen zu erbringen. Angesichts dieser den Entscheidungsspielraum des privaten Produktionsmittelbesitzers in keiner Weise beschneidenden Regulierungsmechanismen wäre es nach Auffassung Eberhard Rheins verfehlt, die französische Version einer gesamtwirtschaftlichen Investitionsplanung mit Investitionslenkung gleichzusetzen. ¹³⁴ Wichtiger als solche terminologischen Differenzierungen sind die Folgen des dreißigjährigen Bestehens der Planification. Obwohl beim Wiederaufbau der Wirtschaft ebenso hilfreich wie in bezug auf die Regionalplanung »hat der Plan weder heftige Inflationen noch plötzliche Senkungen der Wachstumsraten infolge von Abwertungen verhindern können«. ¹³⁵ Die sozialen Gegensätze wurden durch das Lenkungssystem nicht gemildert, sondern weiter verschärft. Selbst für Andrew Shonfield »besteht kein Zweifel, daß die Planung, wie sie in Frankreich betrieben wird, den systematischen Einfluß verstärkt hat, den die Großindustrie auf die Wirtschaftspolitik ausübt«. ¹³⁶ Die herrschende Planung ist immer die Planung der Herrschenden. Wenig überraschen kann denn auch »die unterschiedliche Haltung der französischen Unternehmerschaft dem Plan gegenüber: Während die Großindustrie, die dank ihres erheblichen Einflusses in den Kommissionen die vielen direkten und indirekten Vorteile des Planes in die gewünschte Richtung zu lenken und zu nutzen weiß, dem Plan durchaus bejahend gegenübersteht, werden die Maßnahmen der Planification von den mittleren und kleineren Unternehmen, denen diese Einflußmöglichkeit weitgehend verschlossen bleibt, meist in scharfer Form abgelehnt«. ¹³⁷ Wie wir noch sehen werden, bietet sich hier ein wichtiger Ansatzpunkt,

um die Bündnisperspektive zwischen Arbeiterklasse und anderen nichtmonopolistischen Gesellschaftsschichten an im konkreten Fall gleichgelagerten Interessen festzumachen und in eine strategische Konzeption zur Überwindung des Kapitalismus einzubringen.

2.2.2. Schweden

Im Gegensatz zu Frankreich steht Schweden in der angelsächsischen Planungstradition. Aufgrund der Tatsache, daß sie an beiden Weltkriegen nicht teilgenommen hatten, ergab sich für die Skandinavier Mitte der vierziger Jahre eine im Vergleich zu den übrigen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern günstigere Ausgangslage. Die seit der Weltwirtschaftskrise regierenden Sozialdemokraten machten sich schon frühzeitig Gedanken über die Organisation der schwedischen Wirtschaft und des staatlichen Regulierungssystems nach Einstellung der Kampfhandlungen. 1947/48 wurde nach britischem Vorbild ein Nationalbudget aufgestellt, das in tabellarischer Form Aufschluß über die prognostizierte Entwicklung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Globalgrößen (Bruttosozialprodukt, Import, Export, Staatsverbrauch, privater Konsum usw.) gab. »Der schwedische Staat verfolgt die im Nationalbudget angegebenen Plan- bzw. Prognoseziele weniger konsequent als zum Beispiel der französische Staat, setzt aber ebenfalls eine Reihe steuer-, kredit-, finanz- und arbeitsmarktpolitischer Instrumente ein, um die Unternehmen durch Gewährleistung von Vergünstigungen zu einem plankonformen Verhalten zu veranlassen. Die verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen des schwedischen Staates tragen dazu bei, unter Ausnutzung des Profitinteresses bestimmte Bereiche oder wissenschaftlich-technische Entwicklungstendenzen zu fördern bzw. zu hemmen. Sie nutzen das Gesetz des Monopolprofits, um eine den internationalen Entwicklungslinien entsprechende Gestaltung der Gesamtwirtschaft zu erreichen und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu verbessern.«¹³⁸

Bis heute dominieren konsultative Planungsmethoden, die sich staatlicherseits auf die Veröffentlichung von Prognosen und Projektionen kaprizieren. Infolgedessen »ist kein Zentralplan für die Investitionstätigkeit innerhalb der Privatwirtschaft und ihrer verschiedenen Zweige vorhanden«.¹³⁹ Überhaupt läßt das schwedische Lenkungssystem so-

wohl die Komplexität als auch die Konsistenz der Planifikation in Frankreich vermissen. »Besonders interessant zu beobachten ist, wie die schwedische Regierung dadurch, daß sie sich mit der Steuerung kurzfristiger Konjunkturschwankungen befaßte, unaufhaltsam zur systematischen langfristigen Planung getrieben wurde. Es ist genau umgekehrt wie bei den Franzosen, wo Langfristigkeit die ursprüngliche und überragende Überlegung war, während die kurzfristigen Probleme erst allmählich als ein bedeutsamer Faktor der Wirtschaftspolitik erkannt wurden (. . .). Beide Vorgänge illustrieren die Pressionen in der zeitgenössischen kapitalistischen Gesellschaft, die Regierungen dazu treiben, ihre wirtschaftlichen Ziele im Rahmen eines umfassenden nationalen Plans immer präziser zu formulieren.«¹⁴⁰ Weil die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ihre programmatischen Versprechen bezüglich einer Verstaatlichung von Großunternehmen und Banken nicht einlöste, blieb der staatliche Sektor in Schweden klein. Entsprechend gering sind die Möglichkeiten der direkten Einflußnahme auf die Privatwirtschaft, deren Initiative Priorität genießt. »Nur im öffentlichen Wirtschaftsbereich (Eisenbahnen, Straßen, einem Teil der Stromversorgung, dem Schulwesen, einigen Krankenhäusern, einigen Industrieunternehmen, dem Verwaltungswesen usw.) hat die schwedische Regierung einen direkten und entscheidenden Einfluß auf Produktion, Investition und Beschäftigung.«¹⁴¹ Weiterreichenden Lenkungsmaßnahmen stellen sich die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse um so mehr in den Weg, als wenige Familien der Finanzoligarchie das schwedische Wirtschaftsleben beherrschen. Aufgrund dieser extrem hohen Kapitalkonzentration sind der staatlichen Wirtschaftspolitik die Hände gebunden, wann immer ihre Ausrichtung mit den Interessenpräferenzen der Monopolbourgeoisie konfligiert. Unverbindliche Absprachen und Empfehlungen sollen eine solche Frontstellung von vornherein verhindern. Das originellste Element der schwedischen Regulierungskonzeption aber bilden die Investitionsfonds, auf deren Funktionsweise wir unten zurückkommen.

Erst mit der Zeit nahm auch die schwedische Langfristplanung festumrissene Konturen an. Die 1948 unter dem Vorsitz des renommierten Planungswissenschaftlers Ingvar Svennilson zusammengetretene Fachkommission hatte in ihrem Gutachten für die Regierung zunächst nur den Versuch eines Problemaufrisses gestartet, Entwicklungsperspektiven der schwedischen Volkswirtschaft erörtert und statistisches

Material gesichtet, ohne mehr als vage Orientierungspunkte zur Gestaltung der staatlichen Wirtschaftspolitik abzustecken. Dieses Verfahren, ökonomische Trends unter Berücksichtigung alternativer Schätzwerte durchzurechnen, behielt man bei, bis 1962 der Planungsrat gegründet wurde, ein um Vertreter von Regierung, Arbeitsmarktbehörde, Forschungsinstituten, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften erweitertes Expertengremium, dem ein Stab in der Wirtschaftsabteilung des Finanzministeriums zuarbeitet. Die Einrichtung eines ständigen Sekretariats sollte eine »rollende« Planung, d. h. die Revision der Projektionen während des Planungszeitraumes, ermöglichen. Hier zeigt sich die Beschränktheit des schwedischen Steuerungssystems: »Zielsetzungen und Trends werden nur für volkswirtschaftliche Aggregate oder breite Bereiche der Wirtschaft angegeben, z. B. die Landwirtschaft, die Hauptbranchen der Industrie, das Wohnungswesen und die Hauptzüge des Schul- und Ausbildungswesens. Man kann von »Rahmen« für die Entwicklung der Wirtschaftsbereiche sprechen; der eigentliche Inhalt dieser Rahmen: Produktion, Investition, Beschäftigung und Standortbestimmung bleibt den entsprechenden Wirtschaftseinheiten zu entscheiden und zu füllen überlassen.«¹⁴² Dennoch wollen die an der Planerstellung beteiligten Ökonomen mit ihrem Programm natürlich »ein Bild der realisierbaren Entwicklung vermitteln. Die Unverbindlichkeit der Planziele für die privaten Unternehmen und die staatliche Wirtschaftspolitik ist insofern relativ, als die Plankommission bei maßgeblicher Mitwirkung der Unternehmerverbände Empfehlungen abgibt, wie nach ihrer Ansicht durch ein plankonformes Verhalten von Kapitalisten und Regierung das angenommene Ziel erreicht werden könnte. Dieser Kompromiß zwischen Prognose und Zielsetzung und die Unsicherheit darüber, ob sich die Regierung zu den empfohlenen Maßnahmen bekennt, gestattet ein Urteil über den Einfluß der Programmierung auf die Reproduktion. Die hauptsächliche Funktion der Pläne besteht darin, den auf die Zukunft bezogenen Entscheidungen einen Hintergrund zu geben und sie in eine längerfristige Perspektive einzubauen.«¹⁴³

Zu Beginn der sechziger Jahre wurde die seit dem Budgetplan von 1946 im Finanzministerium betriebene langfristige Budgetierung dadurch institutionalisiert, daß man ein Büro mit der prognostischen Bearbeitung der Entwicklung von Staatseinnahmen und -ausgaben betraute. Über die Abstimmung mit dem jährlichen Haushalt hinaus gilt auch

hier das Prinzip der periodischen Planrevision. »Ähnlich wie die langfristigen Wirtschaftspläne sollen die langfristigen Budgets keine fixierten Programme darstellen, sondern eher als Hilfsmittel bei einer langfristigen Planung dienen. Der Zweck besteht ausschließlich darin, die wahrscheinlichen Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, um die verantwortlichen Stellen in die Lage zu setzen, die Maßnahmen, die zur Lösung eventueller Anpassungsprobleme notwendig sind, rechtzeitig einzuleiten.«¹⁴⁴ Um ein integriertes Lenkungssystem zu erhalten, wurden in den letzten Jahren Versuche unternommen, die Haushaltspläne für einen Fünfjahreszeitraum besser mit der aktuellen Budgetpolitik zu koordinieren und beide stärker als früher in die Langfristplanung einzubeziehen. Die hierbei aufgetretenen Schwierigkeiten lassen erkennen, daß sich die Irrationalität des sozioökonomischen Systems auf der Ebene staatlicher Regulierungstätigkeit in Form von Widersprüchen zwischen einzelnen Planungselementen reproduziert.

Eine Besonderheit unter den der Planrealisierung dienenden Steuerungsinstrumenten der schwedischen Wirtschaftspolitik »stellt der Investitionsreservefonds dar, dessen Regelungen darauf hinauslaufen, daß dem privaten Investor je nach einer konjunkturpolitisch zeitlich günstig vorgenommenen oder regionalpolitisch erwünscht plazierten Investition Steuersubventionen gewährt werden.«¹⁴⁵ Bereits vor Jahrzehnten eingerichtet, wurde der IR-Fonds erst in letzter Zeit dem Zustand der Vergessenheit entrissen und zu einem integrierten Bestandteil der schwedischen Programmierungskonzeption aufgewertet. Früher hatte er ein Mauerblümchendasein als beschäftigungspolitisches Hilfsmittel gefristet, heute wächst seine Bedeutung auf dem Gebiet der Konjunktur-, Regional- und Strukturpolitik ständig. Die Palette der Verwendungsmöglichkeiten des Fonds wird vom Staat verstärkt im Sinne einer Lenkung privater Investitionsströme genutzt, was sich am Steigen der in IR-Fonds gebundenen Mittel ablesen läßt. Je nachdem, ob es sich um forstwirtschaftliche oder Gewerbebetriebe handelt, können diese bis zu 10 bzw. 40 Prozent ihres Gewinns dadurch einer Besteuerung entziehen, daß sie die Mittel in einen freiwilligen Investitionsfonds überführen. Ein Teil der Summe (46 Prozent) wird auf einem Sperrkonto der schwedischen Reichsbank »eingefroren«, ohne Zinsen zu tragen. Der Rest (54 Prozent) verbleibt als Kapital im Unternehmen. Sobald sich die konjunkturelle Situation verschlechtert, entscheidet die Regierung über

ein zeitlich limitiertes Freiwerden der akkumulierten Fondsmittel. Als ausführendes Organ prüft das Amt für Arbeitsmarktfragen auf Antrag der Unternehmen, ob und unter welchen Auflagen der IR-Fonds zur Finanzierung bestimmter Investitionsvorhaben herangezogen werden darf. Wenn ein Unternehmen die Anweisungen der Behörde ignoriert oder ohne Genehmigung zur Auflösung der Fondsrücklage schreitet, wird nicht nur der Gesamtbetrag nachversteuert, sondern auch eine 10prozentige Strafsteuer erhoben. Bei Verwendung der Sperrkontomittel kann ein Anlageobjekt sofort voll abgeschrieben werden, wodurch sich ein zusätzlicher Steuervorteil gegenüber den sonst üblichen Abschreibungsregelungen ergibt. «Das Fondssystem ist demnach (. . .) eine Form des Steuerkredits, dessen Wert für das Unternehmen abhängt von der Zahl der Jahre, in denen das betreffende Investitionsprojekt normalerweise steuerlich abgeschrieben wird.»¹⁴⁶ Ein anschauliches Beispiel für die Anwendungsvielfalt des IR-Fonds nennt Holger Heide, dessen Analyse der schwedischen Langfristplanung den nicht zu unterschätzenden Stellenwert der Fondsbildung im Kalkül der kapitalistischen Wirtschaftspolitik bestätigt. Dieser Hebel verschafft dem schwedischen Staat einen erheblichen Einfluß auf die private Anlagetätigkeit, können die IR-Fonds doch »sowohl kurzfristig als konjunktur- und beschäftigungspolitisches Mittel selektiv eingesetzt werden – z. B. können bei einem die Vollbeschäftigung gefährdenden Konjunkturrückgang im Maschinenbau die Investitionsfonds für Investitionen in Maschinen freigegeben werden – als auch als Mittel zur Erhöhung der Kapazität oder Produktivität bestimmter für die langfristige Entwicklung wichtiger Wirtschaftszweige (z. B. Exportindustrien).«¹⁴⁷

Der Beeinflussung privater Investitionen im Sinne einer Aufrechterhaltung, Modernisierung und Effektivierung des staatsmonopolistischen Ausbeutungssystems dient auch der »Arbeitsmilieufonds«, in den Unternehmen ab einer bestimmten Größe 20 Prozent ihres Gewinns einzahlen. Aus dieser Rücklage bei der Reichsbank lassen sich innerhalb einer Fünfjahresfrist Mittel für Investitionen abrufen, sofern diese die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern geeignet erscheinen und vom Betriebsrat bzw. vom zuständigen Arbeitsschutzkomitee gutgeheißen werden. Was die Unternehmer erfahrungsgemäß nicht daran hindert, mit den Fondsrücklagen Rationalisierungsinvestitionen zu finanzieren und die Erhöhung der Arbeitsintensität sowie die

Einsparung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt ihres Engagements zu stellen! Wird der Arbeitsmilieufonds nicht in Anspruch genommen, hat das Unternehmen die Rücklage als Reingewinn zu versteuern.

Neben weiteren Lenkungsinstrumenten, über die der schwedische Staat verfügt (Verweigerung der sogenannten Ingangsetzungsgenehmigung mit dem Ziel einer zeitlichen Abstimmung der privaten Anlagetätigkeit durch die Arbeitsmarktbehörde, Erhebung einer Investitionssteuer zur Verhinderung unerwünschter Investitionen usw.), spielen die Rentenfonds (AP-Fonds) auf dem Kreditsektor eine wichtige Rolle. Die von Staat und Privatunternehmern zu entrichtenden Abgaben der Zusatzrentenversicherung fließen in mehrere Fonds, deren Verwaltung unterschiedlich (aus Vertretern der Regierung, der Kommunen, der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften) zusammengesetzten Vorständen obliegt. Mit der Gewährung von Investitionskrediten üben die Rentenfonds einen nicht unerheblichen Einfluß auf das schwedische Geschäftsleben aus. Trotz formeller Unabhängigkeit flankieren sie den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung, wobei ihre respektable Stellung auf dem nationalen Kapitalmarkt die AP-Fonds zu einem bedeutsamen Faktor des Steuerungssystems werden läßt.

Über straffere Lenkungsformen und eine Demokratisierung der Planung wurde in Schweden bis vor kurzem kaum diskutiert. »Die Privatwirtschaft hat die auf manchen Gebieten sehr weitreichende staatliche Langfristplanung als notwendig anerkannt und wird, wie das durch die Zusammensetzung der Gutachtenkomitees gesichert ist, jeweils konsultiert.«¹⁴⁸ Doch auch im skandinavischen Wirtschaftsraum hat die krisenhafte Entwicklung des als »Wohlfahrtsstaat« ausgegebenen staatsmonopolistischen Kapitalismus ihre desillusionierende Wirkung in bezug auf Wachstumsperspektiven und soziale Korrekturmöglichkeiten nicht verfehlt. »Die Diskussion über eine Ausweitung der Investitionslenkung in Schweden ist lebhaft. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und ihrer wirtschaftspolitischen Arbeitsgruppe sowie beim Schwedischen Gewerkschaftsbund, besonders bei der Metallarbeitergewerkschaft, gibt es starke Kräfte, welche die Entwicklung in Richtung auf eine branchenorientierte Lenkung weitertreiben wollen.«¹⁴⁹ Trotz vielfältiger Schwierigkeiten bei der Planrealisierung gelingt es den systemtragenden Kräften, zu denen nicht zuletzt die führenden Reprä-

sentanten des reformistischen Flügels der schwedischen Arbeiterbewegung gehören, immer wieder, kritische Impulse zu vereinnahmen und auf den Rahmen der staatsmonopolistischen Programmierung zu begrenzen. Beim gegenwärtigen Stand der Klassenauseinandersetzungen in Schweden und den restriktiven Bedingungen des demokratischen Massenkampfes unter dem Regiment einer Partei, die ihre sozialistischen Ideale während eines jahrzehntelangen Anpassungsprozesses an vorgefundene Machtstrukturen aufgegeben hat, ist eine grundlegende Änderung des kapitalorientierten Planungssystems zunächst undenkbar. Tatsächlich behandelt nicht nur die staatliche Wirtschaftspolitik das private Eigentums- und Verfügungsrecht über die Produktionsmittel als heilige Kuh, als unverzichtbares Fundament menschlichen Zusammenlebens. »Man akzeptiert so gut wie vollständig den Wirtschaftsverlauf, der sich aus den Einzeldispositionen ergibt.«¹⁵⁰ Analog der französischen Planification erweist sich das schwedische Lenkungsmodell als Instrumentarium zur Perfektionierung der monopolistischen Verwertung und ihrer Absicherung in sozialer, politischer und ideologischer Hinsicht. Den Emanzipationsbestrebungen einer übergroßen Bevölkerungsmehrheit dient es nicht.

3. Zur Typologie der Planung

In der Literatur zur Investitionslenkung werden verschiedene Begriffe, wie etwa Investitionskontrolle, -lenkung, -planung und -steuerung zur Kennzeichnung des oftmals gleichen Sachverhaltes verwendet. Eine genaue Begriffsklärung ist noch nicht vorgenommen worden. Es erscheint aber um so notwendiger, dies zu tun, als etwa der Begriff der Investitionskontrolle in der Literatur auch im Sinne einer Erfolgskontrolle der einzelwirtschaftlichen Investition verwendet wird.¹⁵¹ Die inhaltliche Ausfüllung des Begriffs der Investitionslenkung wurde bisher nur ansatzweise geleistet. So versteht Meißner unter Investitionslenkung »die öffentliche Beeinflussung der (sektoralen und regionalen) Struktur des Aggregats ›private Investitionen‹«. ¹⁵² Daneben wird Investitionslenkung auch als die »gesellschaftliche Regulierung der privaten Investitionstätigkeit« ¹⁵³ definiert. Hier soll eine möglichst umfassende Definition zugrunde gelegt werden, um die verschiedenen Aspekte der Auseinandersetzung, sowohl ökonomischer als auch politisch-ideologischer Art, zu erfassen. Investitionslenkung soll im folgenden verstanden werden als die Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit durch staatliche oder gesellschaftlich kontrollierte Organe. Wir verwenden die Bezeichnung »Investitionslenkung« durchgängig. Andere Termini – etwa die oben genannten – werden synonym gebraucht. Mit dem Begriff der Investitionskontrolle ist nunmehr ein bestimmtes Verfahren der Investitionslenkung in einem konkreten Modell, nämlich der Investitionslenkung durch Kontrolle, gemeint. Auf dieses spezielle Verfahren gehen wir noch gesondert ein.

Angesichts der üppigen Vielfalt mehr oder weniger präzisierter Modellvorschläge zum Thema »Investitionslenkung« ergeben sich naturgemäß Probleme bei dem Versuch einer in sich schlüssigen Schematisierung nach bestimmten Kriterien, über die in der einschlägigen Literatur zudem Dissens herrscht. Allerdings erscheint eine solche systematische Ordnung der verschiedenen Lenkungsarten keineswegs, wie Thilo Sarrazin glauben machen will, von vornherein unmöglich. ¹⁵⁴ Zwar lassen sich die einzelnen Steuerungskonzepte schwerlich in ein aussagekräftiges, Planungsziele und -methoden gleichermaßen berücksichtigendes

Klassifikationsschema pressen; Rückschlüsse auf technisch-organisatorische wie politisch-inhaltliche Grundlagen erlaubt jedoch schon die Einteilung nach dem Grad der Vollzugsverbindlichkeit für die privaten Entscheidungsträger, obwohl dieser nicht unbedingt positiv mit einem Machtzuwachs für die arbeitende Bevölkerung bzw. deren Organisationen korreliert. Die in der Diskussion befindlichen Lenkungsmethoden unterscheiden sich eben nicht nur »durch den Grad der staatlichen Intervention in den Marktprozeß voneinander (...).«¹⁵⁵ Vielmehr werden die Formen der staatlichen Steuerung »vor allem durch folgende Kriterien bestimmt:

1. Umfang des staatlichen Sektors
2. Verbindlichkeitsgrad der Planung (Verhältnis Prognose und Plan)
3. Einfluß der Planung auf den Reproduktionsprozeß
4. Einfluß der verschiedenen Klassen auf die Planung.«¹⁵⁶

Aus Gründen der Systematik soll hier dennoch dem Vorschlag Wilfried Höhnens gefolgt werden, die wichtigsten Lenkungsmodelle danach zu rubrizieren, in welchem Maße sie die Investitions- oder Dispositionsautonomie des Unternehmers einengen, ob sie direkt (imperativ, normativ) wirken, also Gebote und Verbote auszusprechen oder indirekt (indikativ, orientierend) über die Manipulation des unternehmerischen Entscheidung determinierenden Datenkranzes auf unverbindliche Art das Investitionsverhalten der Privatwirtschaft zu steuern beabsichtigen. Die auf dem rechten Flügel von SPD und F.D.P. beheimateten Verfechter der letztgenannten Lenkungsversion lehnen dieses Klassifikationsprinzip oft mit dem Argument ab, eine korrekte Grenzziehung sei ausgeschlossen: »Der Übergang zwischen indikativer und imperativer Investitionslenkung ist durchaus fließend; es ist eine solche Einengung des Rahmens, etwa durch Variationen des Steueransatzes, denkbar, daß die indikative Lenkung de facto imperativ wirkt.«¹⁵⁷ Auf den ersten Blick plausibel, muß allerdings der rein hypothetische Charakter dieses Einwands beachtet werden. Außerdem offenbart der Umkehrschluß, daß im Falle eines Investitionserfordernisses die Profiterwartung des Anlegers bis ins Unermeßliche gesteigert werden müßte, um auch hier de facto eine imperative Wirkung zu erzielen. Die Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte wären wohl ebenso katastrophal wie der gesellschaftspolitische Effekt solcher rein kapitalorientierten Steuerungsvarianten.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich vermerkt, daß es sich bei den Termini »direkt« und »imperativ« bzw. »indirekt« und »indikativ« strenggenommen nicht um Synonyme handelt, auch wenn sie häufig sinngleich gebraucht werden. »Die Unterscheidung zwischen indikativen und imperativen Plänen orientiert sich an der verwaltungsrechtlichen Kategorie des Zwangs, der hoheitlichen Anordnung und unvermittelten Inanspruchnahme durch Befehl.«¹⁵⁸ Demgegenüber bezeichnet die Charakterisierung von Lenkungsmodellen als »direkt« oder »indirekt« den Intensitätsgrad ihrer Intervention. In diesen Zusammenhang gehört auch die Differenzierung zwischen global wirkenden und selektiven Maßnahmen. »Direkte Eingriffe in private Investitionsentscheidungen sind solche, die nicht den parametrischen Charakter zur Veränderung des Entscheidungs- und Kalkulationsrahmens für private Investitionen haben, sondern durch Auflagen und Gesetze diesen Handlungsrahmen präziser definieren. Diese direkte Eingriffe haben generellen Zuschnitt, wenn sie für alle privaten Investoren gleich sind (...). Sie haben selektive Ausrichtung, wenn einzelne private Investitionen, die bestimmte Kriterien erfüllen, angemeldet, geprüft oder genehmigt werden müssen (...).«¹⁵⁹ Eine andere Unterscheidungsmöglichkeit bevorzugt Albert Schunk, der die ordoliberalere Einteilung in marktkonforme sowie -inkonforme Steuerungsmechanismen verwirft und statt dessen eine Differenzierung gemäß dem Begriffspaar »Restriktion« und »Promotion« vornimmt. »Letzteres sollte das Kernstück einer aktiven Strukturpolitik sein, ersteres dient mehr der Verhütung einzelner Fehlentwicklungen. Man kann einerseits Investitionen behindern bis verbieten und andererseits fördern bis gebieten.«¹⁶⁰ Damit aber taucht die Frage nach dem Zwangscharakter der Pläne in neuem Gewand auf, während die willkürlich gewählte Zweipoligkeit einer solchen Skala formal bleibt und wenig Realitätsnähe besitzt, weil der ihr zugrunde liegende Gegensatz in praxi kaum relevant wird.

Vor der detaillierten Darstellung der einzelnen Investitionslenkungsmodelle soll ein kurzer Überblick über die in der gegenwärtigen Diskussion befindlichen Investitionslenkungs-konzeptionen gegeben werden. Systematisiert ergeben sich vier verschiedene Ansätze, die in der theoretischen Debatte dominieren:

- 1) Die indirekte (indikative) Investitionslenkung mittels Globalsteu-

erung und strukturpolitischer Feinsteuerung über ein finanzielles Anreizsystem, welches in Sonderfällen durch direktere Auflagen ergänzt werden kann. Dieses Modell ist hauptsächlich von Ehrenberg und Schlecht in die Diskussion eingebracht worden.

2) Die sektorale Investitionslenkung über paritätisch besetzte Branchenausschüsse, bei der die Investitionslenkung über abgestufte Maßnahmen, von indirekten Finanzhilfen bis zum Investitionsverbot, erfolgt. Dieses Modell ist von der IG Chemie ausgearbeitet worden. Eine Zuordnung der sektoralen Investitionslenkung zur direkten oder indirekten Investitionslenkung ist nicht unproblematisch, da die vorgeschlagenen Maßnahmen sowohl zum Bereich der direkten als auch der indirekten Investitionslenkung zu zählen sind. Wegen der vorgesehenen Investitionsverbote ist es jedoch zweckmäßig, die sektorale Investitionslenkung zu den direkten Investitionslenkungs-konzeptionen zu zählen.

3) Die direkte Investitionslenkung durch Investitionskontrollen. Eine gesamtwirtschaftliche Investitionslenkung auf der Basis neuer Institutionen (Investitionskontrollamt) im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Entwicklungsplanung. Repräsentanten dieser Vorstellungen sind Zinn, Wiczorek und Meißner.

4) Eine direkte Investitionslenkung im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung auf der Grundlage einer weitestgehenden Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Banken. Diese Vorstellungen sind, wenn auch erst in Ansätzen, von marxistischen Autoren entwickelt worden und finden sich auch im gemeinsamen Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich.

Alle Modelltypen werden anschließend umrissen und kritisch gewürdigt.

3.1. Die indirekte (»marktkonforme«, indikative) Investitionslenkung

Die einzelnen Planungskonzepte werden erst vor dem Hintergrund der gesellschaftsanalytischen Position verständlich, die ihnen zugrunde liegt. Herbert Ehrenberg hält den Kapitalismus in der BRD für überwunden. Zum Beweis seiner These führt er verständlicherweise nicht die Eigentumsverhältnisse an – denn diese würden gerade das Gegenteil,

eine Verschärfung des unser Wirtschaftssystem kennzeichnenden Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital offenbaren –, sondern verweist auf die dem bürgerlichen Staat von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten abgetrotzten Zugeständnisse und moderne Formen staatsmonopolistischer Programmierung: »Der Stand der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, gemeinwirtschaftliche Unternehmen und der Einfluß öffentlich rechtlicher Betriebsformen, die Kraft der Gewerkschaften bei voller Tarifautonomie und die weit über die liberale ›Nachtwächterrolle‹ hinausgehende Datensetzung durch die staatliche Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Umweltschutzpolitik verbieten bei objektiver Analyse, die Bundesrepublik als einen spätkapitalistischen Staat zu bezeichnen.«¹⁶¹ Um die obskure Behauptung vom »postkapitalistischen« Charakter der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufrechterhalten zu können, muß die Validität der Forschungsergebnisse des wissenschaftlichen Sozialismus abgestritten werden. Folgerichtig bezweifelt Ehrenberg, obwohl die Konzentration des Produktivvermögens in wenigen Händen erwiesenermaßen weiter voranschreitet, »daß die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln immer noch jene dominierende Rolle hat, die ihr in der marxistischen Analyse zugewiesen wird.«¹⁶² Während die periodischen Konjunkturinbrüche den fundamentalen Interessengegensatz, der Produktionsmittelbesitzer und abhängig Beschäftigte (die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft) voneinander trennt, nur um so klarer hervortreten läßt, scheuen bürgerliche Ideologen selbst vor durchsichtigsten Tatsachenverdrehungen nicht zurück, wenn es gilt, den sozialökonomischen Status quo in Krisenzeiten zu verteidigen. Bei der Entwicklung geeigneter Gegenstrategien profilieren sich vor allem promonopolistische Exponenten des sozial-liberalen Lagers mit detaillierten Modellvorschlägen zur indirekten Investitionssteuerung.

Den Ausgangspunkt der Überlegungen von Ehrenberg bildet die »Verteilungsfrage« innerhalb des Investitionssektors, das Problem der optimalen Ressourcenallokation auf private und öffentliche Investitionen. Zur Lösung dieser Verteilungsfrage schlägt er eine staatliche Rahmenplanung der öffentlichen Investitionen, der sog. Infrastrukturinvestitionen, vor. Diese staatliche Ressourcenverwendungsplanung der öffentlichen Investitionen ist konzipiert als langfristige Rahmenplanung der Infrastrukturinvestitionen. Der zugrunde liegende Planungsbegriff

faßt Planung »im Sinne langfristiger Problemanalysen mit darauf aufbauenden ›Überlegungen über die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten‹ und der Entscheidung über alternative Lösungen.«¹⁶³ Die Entscheidung über die Verwendung der knappen Ressourcen, über die Priorität der einzelnen Sektoren, erfolgt im politischen Bereich auf der Basis der im Rahmenplan erstellten Alternativrechnungen. Damit soll eine möglichst flexible und reagible Planung sichergestellt werden. Die langfristige Infrastrukturplanung wäre verbunden mit einer Ausweitung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt,¹⁶⁴ welche die Bedeutung einer solchen Planung erhöhen und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit kollektiven Gütern ermöglichen soll.

Eine staatliche Rahmenplanung im Bereich der Infrastrukturinvestitionen stellt eine Lenkung der Investitionen dar, bei der die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse im Rahmen eines demokratischen Entscheidungsprozesses über die legislativen und exekutiven staatlichen Institutionen (als Mehrheitswillen der Bevölkerung) zum Tragen kommen sollen. Dies ist jedoch, wie Ehrenberg meint, in den Bereichen des privaten Konsums und der privaten Investition aufgrund mangelnder Orientierungsmöglichkeiten eines Planungssystems nicht möglich. Daneben ergibt sich nur in einem dezentralisierten Entscheidungssystem auf privatwirtschaftlicher Grundlage die notwendige Elastizität und Flexibilität,¹⁶⁵ die nach Ehrenberg ein wie immer konzipiertes Planungsmodell im Bereich der privaten Investitionen nicht bieten kann.

Andererseits kommen auch Ehrenberg und Schlecht nicht umhin, gewisse »Systemschwächen« zu konzederen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Schwächen der marktwirtschaftlichen Ordnung wären demnach Auswüchse, die systemimmanent behoben werden können, also etwa

- Umweltverschmutzung und -gefährdung als Ergebnis privater Investitionen;
- Diskrepanz zwischen der Versorgung mit Konsumgütern und komplementären öffentlichen Gütern, wie etwa eine PKW-Produktion, die über das durch den Straßenbau gegebene Produktionspotential hinausgeht.¹⁶⁶

Ziel ist es, die aus der privatwirtschaftlichen Orientierung der Investitionen stammenden Fehlentwicklungen durch eine Reihe von Maßnahmen einzudämmen. Diese Maßnahmen sind indirekter Art und sol-

len über eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Daten die privaten Investitionen mittelbar beeinflussen. Die Quintessenz des Modells besteht darin, die »Struktur der Investitionen indirekt zu beeinflussen (. . .) mit Hilfe eines vielfältigen (. . .) finanziellen Prämierungs- und Belastungssystems (z. B. Steuern und Abgaben bzw. Steuervergünstigungen und Subventionen), das durch ein System von zusätzlichen Geboten und Verboten (z. B. in den Bereichen Umweltschutz und Raumordnung) ergänzt wird.«¹⁶⁷ Der zugrunde gelegte Planungsbegriff beinhaltet die bereits im Rahmen der Globalsteuerung praktizierte »parametrische« Rahmenplanung. Er kennzeichnet eine Planungsmethode, bei der über die staatliche Haushalts-, Kredit- und Steuerpolitik eingrenzende Daten gesetzt werden, die eine Beeinflussung der autonomen Wirtschaftssubjekte über die Marktfunktionen in einer für optimal erachteten Richtung bewirken sollen.¹⁶⁸

Meißner hat nachgewiesen, daß auch staatliche Wirtschaftspolitik der Vergangenheit, z. B. Subventionen, investitionslenkende Wirkung hatten; investitionslenkend, weil es Maßnahmen mit strukturverändernder Wirkung waren, die vom Staat unter diesem Gesichtspunkt eingesetzt wurden.¹⁶⁹ Es ergab sich für den Zeitraum zwischen 1959 und 1966 ein steigender Anteil von investitionslenkenden Subventionen an den gesamten Staatssubventionen. Die Konzeption der indirekten Investitionssteuerung stellt deshalb kein wirklich neues Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik dar. Ein bereits vorhandenes Instrumentarium wird nur stärker in Richtung auf eine Beeinflussung der privaten Investitionstätigkeit genutzt und um einige Instrumente erweitert. In der Vergangenheit handelte es sich daneben um punktuelle Einzelmaßnahmen, nicht um eine kontinuierliche, in ein Rahmenprogramm integrierte staatliche Lenkungsaktivität.

Im einzelnen sind folgende Instrumente der indirekten Investitionslenkung möglich, die bei den Kosten privater Investitionen ansetzen:

- Direkte staatliche Zuschüsse, also finanzielle Staatshilfen mit Verwendungsaufgabe, die insbesondere bei innovativen Investitionsprojekten investitionslenkend wirken.
- Außergewöhnliche Belastungen, wie Sonderausgaben bzw. Strafsteuern für bestimmte Investitionen. Für bestimmte umweltgefährdende Investitionen käme z. B. eine selektive Investitionssteuer in Betracht.

– Zinszuschüsse bzw. Strafzinsen, was eine Beeinflussung der Aufnahme von Fremdkapital bedeutet und über diesen Kostenfaktor Investitionen induziert bzw. erschwert.

– Sonderabschreibungen und Bewertungsvorteile, die zu einer Erhöhung des Einkommens nach Versteuerung führen und einen direkten staatlichen Einfluß auf die Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmer darstellt. Eine solche Maßnahme vermeidet einen direkten staatlichen Transfer und kann regional oder branchenmäßig differenziert werden.

– Unmittelbarer Steuerverzicht des Staates. Die investitionslenkende Wirkung liegt in der Steuerbefreiung einzelner Produktionen, ist aber nicht sehr stark, da es keinen direkten Zusammenhang zwischen der privaten Investitionstätigkeit und der Steuerbefreiung gibt.

– Die Erhebung von Strafsteuern in Form einer fortlaufenden ertrags- oder umsatzabhängigen Zusatzsteuer.

– Staatlicher Zinsverzicht durch die Vergabe zinsbegünstigter staatlicher Kredite.

– Staatliche Risikoübernahme durch Staatsbürgschaften oder Zuschüsse bei Innovationen.

– Ein betrieblicher Investitionsfonds, in dem Unternehmen einen bestimmten Anteil ihrer Gewinne zurückstellen können oder müssen. Diese Mittel dürfen dann nur für bestimmte wachstums- und strukturpolitisch erwünschte Investitionen verwendet werden.

Diese Instrumente wären im Rahmen einer indirekten Investitionslenkung einsetzbar, um eine Beeinflussung der privaten Investitionstätigkeit über die Kostenseite zu erreichen.

Hier ist eine möglichst vollständige Systematik aller denkbaren Instrumente, welche die genannten Bedingungen erfüllen, vorgenommen worden. Welche Instrumente davon im Rahmen einer indirekten Investitionslenkung eingesetzt werden sollen, wird von den Vertretern dieses Modells nicht explizit ausgeführt. Es wird nur generell von einem »finanziellen Prämierungs- und Belastungssystem« gesprochen.¹⁷⁰

Eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung der privatwirtschaftlichen Investitionen wird jedenfalls abgelehnt. Statt dessen soll mittels der dargestellten Instrumente in Bereichen, in denen die marktwirtschaftliche Allokation der Investitionen zu unleugbaren Disproportionalitäten geführt hat, »den privaten Investitionen entsprechend ein-

grenzende gesamtwirtschaftliche Daten«¹⁷¹ vorgegeben werden. Diese Datensetzung soll auf Vorschlag von Otto Schlecht im Rahmen der bereits jetzt praktizierten »Globalsteuerung« erfolgen¹⁷². Gesamtwirtschaftliche Daten würden im Rahmen der Globalsteuerung durch ein finanzielles Prämierungs- und Belastungssystem so verändert, daß eine Investitionslenkung mit dem Ziel erfolgt, eine ausgewogene sektorale und regionale Verteilung der Investitionen zu erreichen und Fehlentwicklungen sowie unerwünschte Auswirkungen privater Investitionen zu vermeiden. Daneben sollen flankierende Maßnahmen ergriffen werden, wie etwa Regelungen zur Herstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs und solche, die der außenwirtschaftlichen Absicherung dienen.

Die Konzeption der indirekten Investitionslenkung umfaßt zusammengefaßt folgende Instrumente und Maßnahmen¹⁷³:

1) Grundlage der indirekten Investitionslenkung ist eine langfristige staatliche Planung der Infrastrukturinvestitionen. Die investitionslenkende Wirkung einer solchen Planung besteht in der Datensetzung durch den Infrastrukturbereich, der sich die private Investitionstätigkeit anzupassen hat. Die Prioritätsverlagerung auf den Infrastrukturbereich erfordert eine Ausdehnung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt. Daneben wäre bei einer langfristigen Infrastrukturplanung eine Abkehr von der antizyklischen Fiskalpolitik notwendig. Nach den Vorstellungen von Herbert Ehrenberg ist eine Verlagerung der Konjunktursteuerung auf die Einnahmeseite der Haushalte erforderlich.¹⁷⁴

2) Zur Beseitigung von regional-, branchen- und strukturpolitischen Fehlentwicklungen, zur Erreichung einer ausgewogenen regionalen und sektoralen Verteilung der Investitionen sowie zur Verhinderung von unerwünschten Folgen der privaten Investitionstätigkeit (z. B. Umweltverschmutzung) dient eine indirekte Investitionslenkung. Sie erfolgt über die Setzung von eingrenzenden gesamtwirtschaftlichen Daten, welche die Kostenseite der Unternehmen beeinflussen, also über ein finanzielles Anreiz- und Belastungssystem. Die Auswahl der einzelnen Instrumente ist dabei abhängig von der konkreten Situation.

3) Die Schaffung einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung durch eine verschärfte Wettbewerbsgesetzgebung. Vermachtete Märkte, also Märkte mit monopolistischer oder oligopolistischer Struktur, sollen im Zuge einer verschärfen Wettbewerbsgesetzgebung (z. B.

verschärfte präventive Fusionskontrolle) aufgelöst und die Herstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs gesichert werden.¹⁷⁵

4) Daneben soll eine Reihe von flankierenden Maßnahmen die Konzeption der indirekten Investitionslenkung unterstützen. So müßte im Zuge einer Steuerrechtsänderung verhindert werden, daß Ausgaben für manipulative Werbung steuerlich absetzbar sind. Durch staatlich geförderte Verbraucheraufklärung will man die Konsumentensouveränität weitestgehend gewährleisten.¹⁷⁶ Eine eventuell notwendige Beschneidung der Unternehmergewinne könnte mittels eines veränderten Steuersystems erfolgen.¹⁷⁷ Globale kredit-, währungs- und finanzpolitische Maßnahmen sollen die binnen- und außenwirtschaftliche Stabilität gewährleisten.

Diese vier Punkte umreißen die Konzeption der indirekten Investitionslenkung, wie sie von Ehrenberg und Schlecht entwickelt wurde.

Die Kritik an der indirekten Investitionslenkung ist breitgefächert. Allerdings gibt es keine Kritik derart, daß die indirekte Investitionslenkung von einem »marktwirtschaftlichen« Standpunkt aus explizit abgelehnt würde, wohl aber Bedenken gegenüber einzelnen Instrumenten im Rahmen einer solchen Lenkung. Diese Kritik hat aber in der Investitionslenkungsdiskussion wenig Relevanz und betrifft auch nicht die Konzeption der indirekten Investitionslenkung als solche. Unsere kritische Auseinandersetzung mit der indirekten Investitionslenkung entspricht der von den Vertretern direkter Lenkungsmodelle ausgearbeiteten. Da es aufgrund mangelnder empirischer Fundierung kaum möglich ist, die ökonomische Wirkung des Instrumentariums der indirekten Investitionslenkung im einzelnen zu analysieren, haben sich ihre Gegner darauf beschränkt, einige spezifische Probleme herauszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen.¹⁷⁸

Ein wichtiges Ziel in der Konzeption der indirekten Investitionslenkung ist die angestrebte Erhöhung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, also eine Umschichtung zugunsten des Staates in der Verwendung des Bruttosozialprodukts. Eine Lenkung der privaten Investitionen soll über eine Variation und Ausweitung des Staatsverbrauchs und der Staatsinvestition betrieben werden. Die Verwendung der Staatsinvestitionen erfolgt dabei planmäßig, im Rahmen einer langfristigen staatlichen Infrastrukturplanung. Die Brauchbarkeit eines solchen »nachfrageorientierten Lenkungsansatzes«,¹⁷⁹ wie er etwa im ersten

von der SPD diskutierten »Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985« niedergelegt war, ist auf zwei Ebenen zu erörtern. In einem ersten Schritt sollen Möglichkeiten und Grenzen der investitionslenkenden Wirkung einer Variation von Staatsverbrauch und Staatsinvestition bei gegebener Staatsquote analysiert werden. Anschließend wollen wir die Problematik einer Umschichtung zugunsten des Staates in der Verwendung des Bruttosozialproduktes innerhalb der Konzeption der indirekten Investitionlenkung behandeln.

Die Struktur des Staatsverbrauchs, der sich zusammensetzt aus den staatlichen Käufen sowie den Löhnen und Gehältern für die beim Staat Beschäftigten, ist gekennzeichnet durch ein starkes prozentuales und auch absolutes Anwachsen der Löhne und Gehälter.¹⁸⁰ Diese stiegen zwischen 1962 und 1972 von 36,0 Prozent auf 43,5 Prozent, also um 7,5 Prozent, wohingegen der Anteil der Käufe um 3,8 Prozent, von 1962 (44 Prozent) auf 40,2 Prozent im Jahre 1972, zurückging. Löhne und Gehälter stellen feste Verpflichtungen des Staates dar. Durch ihr starkes Wachstum sind die potentiell investitionslenkenden Teile im Rahmen des Staatskonsums zurückgedrängt worden. Sie haben an Bedeutung verloren. Die Struktur der staatlichen Käufe in ihrer Aufteilung auf militärische und nichtmilitärische Käufe, wobei erstere Mitte der sechziger Jahre rund 30 Prozent aller Käufe für die laufende Produktion ausmachten, engt den potentiellen investitionslenkenden Teil der Käufe weiter ein, weil zu bezweifeln ist, ob sie mit der für einen gezielten Einsatz im Rahmen der Investitionslenkung notwendigen Variabilität und Flexibilität, also mit einem hinreichend großen Spielraum in der Streuung der Aufträge, eingesetzt werden können. Gleiches gilt für den Bereich der nichtmilitärischen Käufe (Ausrüstungsgüter für Krankenhäuser, Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen usw.). Auch hier dürften sektorale Substitutionsmöglichkeiten, also Möglichkeiten einer breiten sektoralen Streuung der Staatsaufträge, in geringem Maße gegeben sein. Die Chancen eines gezielten, investitionslenkenden Einsatzes der staatlichen Käufe, besonders im Hinblick auf eine sektorale Wachstumslenkung, sind als sehr gering zu betrachten.

Für den Bereich der Staatsinvestitionen – hiermit sind die Sachinvestitionen des Staates, nicht die Finanzinvestitionen gemeint – weist Meißner einen Rückgang des Anteils der Staatsinvestitionen von 20 Prozent im

Jahre 1962 auf 16,9 Prozent im Jahre 1972, also um insgesamt 3,1 Prozent, nach. Auch hier ist anteilmäßig ein quantitativer Rückgang der Staatsinvestitionen, und damit ein Rückgang ihrer Bedeutung, festzustellen. Die investitionslenkende Wirkung der Infrastrukturinvestitionen kann einmal auf der Nachfrageseite bei der Lieferindustrie wirksam werden und zum anderen durch die Datensetzung, die Infrastrukturmaßnahmen bedeuten, eine regionale Beeinflussung der Industriean siedlung bewirken. Der Rückgang der Bedeutung der Staatsinvestitionen wird noch durch die Investitionsstruktur unterstrichen. Die Investitionsnachfrage des Staates besteht zu 80 Prozent aus Bauleistungen und zu 20 Prozent aus Ausrüstungsgütern. Die Investitionsnachfrage wird bei diesem hohen Anteil an Bauleistungen besonders von den starken Preissteigerungen im Bausektor betroffen. Die überdurchschnittlichen Preissteigerungen für Bauleistungen haben die Bedeutung der Staatsinvestitionen zurückgedrängt. Es hat praktisch eine »Entwertung« der Staatsinvestitionen durch die starken Preissteigerungen stattgefunden.¹⁸¹ Die Investitionslenkungswirkung der Infrastrukturinvestitionen ist dadurch zurückgedrängt worden.

Die sinkende Bedeutung der Staatsinvestitionen zeigt sich auch an ihrem sinkenden Anteil an den gesamten Anlageinvestitionen (private und staatliche Bruttoanlageinvestitionen). Die Möglichkeit, Staatsinvestitionen investitionslenkend einzusetzen, ist damit allein von ihrer quantitativen Relevanz her stark eingeschränkt. Eine regionale Investitionslenkung über staatliche Infrastrukturinvestitionen zur Beeinflussung von Industriean siedlungen ist jedoch möglich. Eingeengt wird dieser Spielraum durch die tendenzielle Abnahme der zur Verfügung stehenden Mittel, besonders durch die Preisexplosion im Bausektor. Die Möglichkeit zur sektoralen Investitionslenkung über die Staatsnachfrage nach Baumaßnahmen und Ausrüstungsinvestitionen sind damit erheblich eingeschränkt. Die notwendige Flexibilität und Variabilität bei der Vergabe von Aufträgen, die zur sektoralen Investitionslenkung notwendige Verschiebung von Aufträgen auf verschiedene Industriebereiche, ist kaum gegeben. Es besteht nur die Möglichkeit, die Kapazitätsauslastung der Lieferindustrie im durch den monetären Rahmen bestimmten Maße zu beeinflussen. Eine ausführlichere Analyse der Möglichkeiten der Investitionslenkung über eine Variation von Staatsausgaben und Staatsinvestitionen ist notwendig, weil sie einen wesentlichen

Punkt der Gesamtkonzeption ausmacht und auch die Probleme bei einer Ausweitung der Staatsquote veranschaulicht. Allenfalls wird der monetäre Spielraum für Staatsaufträge und -investitionen erweitert. Die Probleme bleiben, besonders im Bereich der sektoralen Lenkung, bestehen. Die Möglichkeiten der regionalen Investitionslenkung werden allerdings vergrößert.

Eine globale Erhöhung der Staatsquote wirft verschiedene zusätzliche Probleme auf. Die Konzeption der indirekten Investitionslenkung stellt nach Ulrich Steger Instrumente zur Förderung der privaten Investitionstätigkeit in den Mittelpunkt und vermag nicht plausibel zu begründen, wie mit solchen Instrumenten die angestrebte Umschichtung in der Verwendung des Bruttosozialprodukts erreicht werden kann.¹⁸² Die Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts darf daneben nicht unabhängig von der Produktionsstruktur betrachtet werden. Eine Umschichtung in der Verwendungsstruktur zugunsten des Staates hätte erhebliche sektorale »Strukturverschiebungen« zur Folge, die gemäß der Konzeption der indirekten Investitionslenkung über den Markt gesteuert werden.¹⁸³ Wegen mangelnder Konkretisierung der Konzeption der indirekten Investitionslenkung und unzureichender empirischer Belege lassen sich die regionalen, sektoralen und konjunkturpolitischen Konsequenzen einer globalen Erhöhung der Staatsquote kaum abschätzen.¹⁸⁴ Steger stellt jedoch fest, daß eine solche Umschichtung mit den »traditionellen« Instrumenten der Finanzpolitik nicht durchgeführt werden kann. Dies aus folgenden Gründen:¹⁸⁵

– Die geplante Umschichtung wird zu Lasten des privaten Konsums gehen, weil dieser sich am leichtesten zurückdrängen läßt. Ein Rückgang des privaten Konsums ist aber mit wachsender privater Investition unvereinbar und führt zu Friktionen, da den neugeschaffenen Kapazitäten keine entsprechende Nachfrage gegenübersteht.

– Aufgrund der dargestellten erheblichen Preissteigerungen im Bereich der staatlichen Investitionsnachfrage führt eine Ausweitung dieser Nachfrage zu »stabilitätspolitischen« Problemen.

– Die staatliche Datensetzung durch Infrastrukturvorleistungen bietet nur einen Anreiz für private Investitionen, ohne die Richtung des Wachstumsprozesses zu beeinflussen.¹⁸⁶ Statt durch eine sinnvolle Lenkung die »sozialen Kosten« zu verringern, müssen vermehrte Haushaltsmittel für die Beseitigung eines ungesteuerten Wachstums-

prozesses bereitstehen, weil die indirekte Investitionslenkung (wegen ihres Ansatzes an den Gewinnerwartungen der Unternehmer, welche die »sozialen Kosten« nicht widerspiegeln) dazu nicht in der Lage ist.

Wie Steger richtig bemerkt, basiert die Konzeption der indirekten Investitionslenkung auf der Prämisse eines »adaptiven« Unternehmensverhaltens. »Die Ehrenberg'sche Konzeption geht davon aus, daß die Unternehmen sich an die staatliche Datensetzung anpassen, ohne auf die »Daten« selbst Einfluß zu nehmen oder zu versuchen, sie zu unterlaufen.«¹⁸⁷ Eine indirekte Investitionslenkung mittels staatlicher Rahmendaten ist nur dann funktionsfähig, wenn sich die Unternehmer diesen Daten auch in ihren Plänen anpassen und ihre Handlungen daran ausrichten.¹⁸⁸ Ein solches adaptives Unternehmensverhalten ist aber dann wenig realistisch, wenn es zu Konflikten zwischen den Einzelinteressen der Betroffenen und gesamtwirtschaftlichen Interessen kommt. Dies zeigen nach Steger die Erfahrungen mit der französischen Planification, die mit der Konzeption einer indirekten Investitionslenkung vergleichbar ist. Dort zeigte sich, wie Steger ausführt, daß die staatliche Datensetzung nur dann von den Unternehmen angenommen wurde, wenn sie mit den Kapitalinteressen übereinstimmte, ansonsten aber unterlaufen wurde.¹⁸⁹ Die Beibehaltung der privaten Investitionsautonomie ermöglicht es gerade umsatzstarken und besonders multinationalen Konzernen, die staatliche Datensetzung zu konterkarieren. Dies wird noch durch eine Untersuchung über das Verhalten von Managern gestützt, die gezeigt hat, daß die unternehmerische Dispositionsfreiheit gegen Kontrollansprüche verteidigt wird.¹⁹⁰ Wenn im Rahmen von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Interessengegensätzen eine unternehmerische Ausweichstrategie zu politischen Konflikten führt, kann der Staat nur dann seine eigenen Planvorstellungen über die Datensetzung realisieren, wenn er die private Dispositionsfreiheit einschränkt. Andernfalls muß er seine Daten der jeweiligen Unternehmensstrategie anpassen und auf eigene Datensetzung verzichten.¹⁹¹

Außerdem ergeben sich durch die im Rahmen der Konzeption der indirekten Investitionslenkung vorgesehene Beibehaltung der Unternehmerautonomie Probleme der Information und Kontrolle, so im Bereich der Gebots- und Verbotsgesetzgebung (etwa auf dem Gebiet des Umweltschutzes). Bei Informationsmanipulationen und Verweigerung entsprechender Kontrollbefugnisse kann der Staat bestimmte Maßnahmen

nicht durchsetzen. Neben der Unternehmerfreiheit ergeben sich nach Steger auch Komplikationen durch die Tarifautonomie. Er befürchtet daher einen stärkeren staatlichen Druck auf die Gewerkschaften, um diese zur Änderung ihrer Tarifpolitik zu zwingen.¹⁹² Allerdings vermag Steger nicht deutlich zu machen, inwieweit eine Inkompatibilität zwischen Tarifautonomie und Investitionslenkung besteht. Einen weiteren schwerwiegenden Nachteil der indirekten Investitionslenkung sehen reformistische Planungstheoretiker in der »verteilungspolitischen Nebenwirkung«, die einer solchen Konzeption anhaftet. Ansatzpunkt der indirekten Investitionslenkung ist der Unternehmergewinn. Die »Sensibilisierung« des Gewinns zur Steuerung des Unternehmergeverhaltens über ein finanzielles Anreiz- und Belastungssystem verhindert die Verwirklichung größerer Verteilungsgerechtigkeit und trägt zu einer Art »Vermögensbildung in Unternehmerhand« bei.¹⁹³ Die Steuerung der unternehmerischen Disposition über den Profitmechanismus ist mit gleichzeitigen Forderungen nach größerer Verteilungsgerechtigkeit, z. B. durch Steuerreform und Vermögensbildung, die ja ebenfalls am Unternehmergewinn ansetzen müssten, schwerlich vereinbar.¹⁹⁴

Auch ist die Annahme berechtigt, daß den Unternehmern auferlegte Belastungen, besonders bei dem erreichten Monopolisierungsgrad, über den Preis auf die Endverbraucher abgewälzt werden. Ein Anreiz- und Belastungssystem, wie es die Konzeption der indirekten Investitionslenkung vorsieht, führt damit im Ergebnis zu Verschiebungen im Bereich der Einkommensverteilung, welche die Kapitaleseite begünstigen.¹⁹⁵ Überdies ist zu fragen, ob nicht die erheblichen zusätzlichen Aufwendungen für finanzielle Staatshilfen, die allerdings noch nicht zu quantifizieren sind, zu einer weiteren Belastung des Staatshaushalts führen. Dadurch kann es zu einer Einschränkung der Möglichkeiten staatlicher Handlungen durch monetäre Restriktionen, besonders im Bereich der Sozialpolitik, kommen. Die Möglichkeiten einer staatlichen Reformpolitik würden durch eine Austrocknung der verfügbaren finanziellen Ressourcen stranguliert.

Nachdem wir Stegers immanenter Kritik an der indirekten Investitionslenkung bis hierher gefolgt sind, sollen abschließend die wichtigsten marxistischen Einwände zusammengefaßt werden. Die Unantastbarkeit unternehmerischer Investitionsentscheidungen bildet den Kerngehalt des Konzepts der indirekten Investitionslenkung. Das be-

reits mit der Globalsteuerung eingeführte Prinzip der indirekten Lenkung durch finanzielle Anreiz- oder Sanktionsmechanismen ist nur erweitert worden. Die Wirtschaftspolitik wird verstärkt darauf ausgerichtet, durch staatliche Maßnahmen die Verwertungsbedingungen des Großkapitals zu verbessern. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus »hat die Vergesellschaftung der Produktion ein solches Niveau erreicht und entwickelt sich mit einem solchen Tempo, daß sich mit dem daraus ergebenden Fall der Durchschnittsprofitrate die Gefahren einer Überakkumulation (beziehungsweise Überproduktion) von Kapital, die Gefahren von Schwankungen in der Entwicklung der Profite usw. verstärken«. ¹⁹⁶ Die indirekte Investitionslenkung würde dazu dienen, Störungen im Kapitalverwertungsprozeß zu beheben und durch staatliche Anreize die Profitaussichten des Kapitals zu verbessern.

Eine planvolle Koordination der einzelnen Investitionen nach Maßgabe gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse wird explizit abgelehnt. Die Koordination und Planung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen ist zwar wünschenswert, die Abhängigkeit staatlicher Haushaltspolitik von den Konjunkturzyklen, und damit die Unterordnung staatlicher Haushaltspolitik unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals, bleibt indes bestehen. Die indirekte Investitionslenkung kann die zyklischen Krisen des Systems nicht abbauen, weil die Ursache dieser Krisen letztlich im Privateigentum an den Produktionsmitteln zu suchen ist. Die Beseitigung von Überkapazitäten und Engpässen durch ein System finanzieller Anreize vermag schon aufgrund von Informationsrestriktionen krisenhafte Entwicklungen höchstens abzuschwächen, nicht aber zu beseitigen.

Die Profitaussichten der Konzerne werden verbessert und das Investitionsrisiko durch Umverteilung des Volkseinkommens gemildert. Das kapitalistische Krisenmanagement wird durch eine indirekte Investitionslenkung ausgebaut. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals wird weiter begünstigt, wie staatliche Wirtschaftspolitik der Vergangenheit gezeigt hat, und damit die ökonomische und politische Macht der Monopole erhöht. Auch entschiedene Anhänger der kapitalistischen Marktwirtschaft räumen ein, daß indirekte Lenkungsimpulse einen konzentrationsfördernden Effekt haben: »Staatliche Investitionshilfen erreichen die, die investieren können, und das sind vor allem die starken Unternehmen. So werden die Großen größer und die kleinen

Unternehmen weniger.«¹⁹⁷ Die Umverteilung des Volkseinkommens würde die ohnehin schon skandalösen Einkommens- und Vermögensverteilung weiter zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung verändern. Die Finanzmasse des Staates für dringend notwendig Reformen wird durch eine Subventionspolitik für die Monopole weiter verringert. Somit erweist sich die indirekte Investitionslenkung als eine Art »Superglobalsteuerung«, als ein Instrument kapitalistischen Krisenmanagements. Sie befestigt die bestehenden Machtverhältnisse und verstärkt die Abhängigkeit der Werktätigen von den Profitinteressen der Monopole.

3.2. Die direkte (imperative) Investitionslenkung

Direkte Lenkungsvarianten tauchten hauptsächlich im Gewerkschaftsbereich auf. Den Einzelgewerkschaften des DGB ist es jedoch bis heute nicht gelungen, über die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Ansätze zu einem Lenkungsmodell zu kommen, das konsensfähig und zieladäquat zugleich wäre. Selektive Branchensteuerung und Investitionskontrolle haben sich als erste Problemlösungsversuche herausgeschält, ohne indes die genannten Kriterien zu erfüllen. Während die Überlegungen der IG Chemie zur sektoralen Investitionslenkung Eingang in das Beschlußpaket des Hamburger DGB-Kongresses fand, obwohl z. B. die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft Bedenken anmeldete, wurde dem Konzept der Investitionskontrolle in der westdeutschen Planungsdiskussion außerordentlich viel Beachtung geschenkt, weshalb wir es auch ausführlich darstellen und gründlicher Kritik unterziehen wollen.

3.2.1. Sektorale Investitionslenkung

Auslösendes Moment für Vorstöße hinsichtlich branchenbezogener Lenkungsmodelle waren Krisenerscheinungen in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie in den Jahren 1971 und 1972, die das Problem sektoraler Überkapazitäten bewußt werden ließen.¹⁹⁸ Infolge günstiger Profiterwartungen stiegen beispielsweise die Produktionskapazitäten in der Aluminiumindustrie der BRD binnen weniger Jahre von 250 000 auf 600 000 Tonnen.¹⁹⁹ Dies führte bei rückläufigen Verbrauchszuwachsraten und Paritätsveränderungen der DM zu Überkapazitäten

und einer Krise der Aluminiumindustrie in der Bundesrepublik. Die bevorstehenden Massenentlassungen wurden von der IG Chemie zum Anlaß für die Ausarbeitung der Konzeption einer sektoralen Investitionslenkung genommen. Eine Investitionslenkungs-konzeption erschien dringend geboten, weil eine Steuerung über den Markt nicht möglich war und auf die »Marktsignale« seitens der Unternehmen nicht reagiert wurde.²⁰⁰

– Neue Produktionsverfahren, Folge des technischen Fortschritts, führen bei Anlageinvestitionen zu einer sprunghaften Kapazitätsausweitung. Die Folge sind Überkapazitäten.

– Der Wettbewerb um Marktanteile im Bereich der Aluminiumindustrie war zu einem »Verdrängungswettbewerb« geworden, bei dem trotz kurzfristiger Gewinneinbußen oder Verluste nicht auf eine Kapazitätsausweitung verzichtet wurde. Durch einen erfolgreichen Verdrängungswettbewerb sollten diese kurzfristigen Verluste kompensiert werden.

– Begonnene Investitionsprogramme können aufgrund langfristiger Lieferverträge nur sehr schwer wieder gestoppt werden.

– Die Besonderheiten der Produktionsverfahren in diesem Industriebereich gestatten nur eine vollständige Auslastung oder eine Stilllegung der Kapazitäten. Eine nur begrenzte Kapazitätsauslastung ist nicht möglich.

– Staatliche Strukturförderungsmaßnahmen sorgten zusätzlich für Investitionsanreize.

Die genannten Gründe führten zu temporären Überkapazitäten in diesem Industriezweig. Unter dem Vorwand drohender Arbeitslosigkeit wurden Forderungen der Unternehmer nach Anpassungsleistungen durch den Staat laut.²⁰¹ Um nach einer solchen »Sozialisierung der Verluste« nicht in kurzer Zeit wieder die gleichen Probleme vorzufinden, schlug die IG Chemie die Bildung eines sektoralen Branchenausschusses (Aluminiumausschuß) vor, der sich drittelparitätisch aus Vertretern des Staates, der Unternehmer und der Lohnabhängigen zusammensetzen sollte. Die Aufgabe des Branchenausschusses bestünde darin, eine sektorale Investitionslenkung durchzuführen, deren einziges Ziel es ist, sektorale Überkapazitäten zu verhindern.²⁰²

Dies soll in der Konzeption der sektoralen Investitionslenkung durch folgenden Dreistufenplan erreicht werden:

1) Auf einer ersten Stufe müssen dem sektoralen Branchenausschuß alle Investitionen gemeldet werden. Es wird damit eine Meldepflicht für Investitionen geschaffen. Die Investitionspläne werden dann mit der für die Zukunft prognostizierten Nachfrageentwicklung verglichen. Aufgrund dieser Informationen spricht das paritätisch besetzte Gremium bei zu erwartenden oder drohenden Überkapazitäten Warnungen aus.

2) Werden die Warnungen nicht beachtet, so schlägt man auf einer zweiten Stufe den zuständigen staatlichen Institutionen eine selektive oder totale Streichung von Investitionshilfen vor. Der Branchenausschuß entscheidet darüber mit einfacher Mehrheit.

3) Auf einer dritten Stufe, die jedoch erst in Kraft tritt, wenn der Ausschuß anhand bestimmter Kriterien (wie: Ausmaß möglicher Überkapazitäten, Entwicklung der Preissituation u. ä.) das Erreichen dieser Stufe sorgfältig geprüft hat,²⁰³ ist der Ausschuß ermächtigt, ein totales oder teilweises Investitionsverbot auszusprechen. Er kann aber auch durch ein entsprechendes Votum die Inbetriebnahme bereits vorhandener oder bisher nicht genutzter Kapazitäten hinausschieben.

Im Rahmen einer solchen Konzeption der Investitionslenkung wird dem Branchenausschuß nur die Aufgabe übertragen, sektorale Überkapazitäten zu verhindern. Die Branchensteuerung umfaßt damit nicht die Möglichkeit, Investitionsgebote auszusprechen, um damit eventuell auftretende Engpässe zu bekämpfen.

Die Auseinandersetzung um die sektorale Investitionslenkung hat in der Investitionslenkungsdiskussion insgesamt nur einen begrenzten Stellenwert. Die Vertreter indirekter Lenkungskonzeptionen nennen als Hauptpunkt ihrer Kritik an der sektoralen Investitionslenkung, die Konstituierung eines sektoralen Branchenausschusses führe zur Bildung eines Investitionskartells unter Beteiligung der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand.²⁰⁴ Ein solches Investitionskartell beinhalte eine entscheidende Einschränkung des Wettbewerbs²⁰⁵ und müsse damit wettbewerbspolitische Ziele unterlaufen. Zur Vermeidung des Kartellcharakters eines solchen Branchenausschusses hat Krüper wegen der erhobenen Kritik vorgeschlagen, dem Branchenausschuß einen Unterausschuß vorzuschalten, der zur Vertraulichkeit verpflichtet und mit unabhängigen Sachverständigen besetzt ist. Ihm sollten die Informationen über geplante oder durchgeführte Investitionen zugänglich gemacht werden.²⁰⁶ Generell wäre jedoch festzuhalten – und auch Schlecht ge-

steht dies zu –, daß bereits unter den heutigen (monopolistischen) Bedingungen der Informationsstand über geplante Investitionsprojekte zwischen den einzelnen Unternehmen recht gut ist, denn Großinvestitionen lassen sich vor der Konkurrenz nicht verbergen.²⁰⁷

Die Kritik an der Konzeption der sektoralen Investitionslenkung von den Vertretern direkter Lenkungskonzepte geht davon aus, daß eine sektorale Investitionslenkung ihre Zielsetzung, die Vermeidung von sektoralen Überkapazitäten, nicht erreichen kann, weil weder gesamtwirtschaftliche Interdependenzen in das Modell eingehen, noch eine Entscheidung darüber, wann und wo Überkapazitäten drohen, effizient gefällt werden kann.²⁰⁸

Die Ex-post-Koordination über den Markt soll durch eine Ex-ante-Koordination der Investitionen ersetzt werden, um mögliche Fehlinvestitionen zu verhindern. Für die Sektoren, auf welche die Konzeption anzuwenden ist, also Krisenbranchen, stellt sich in besonders vordringlicher Weise das Prognoseproblem. Prognosen sind hier von außerordentlich vielen Unsicherheitsfaktoren begleitet und können kaum erstellt werden. Gerade in diesen Industriezweigen ist – im Gegensatz zur These Krüpers²⁰⁹ – der Informationsbedarf besonders hoch. Aufgrund vorhandener Informationsrestriktionen, die aus dem Zwang zur Profitverschleierung erwachsen und im Modell der sektoralen Investitionslenkung gänzlich unberücksichtigt bleiben, wird ein zu geringer Informationsanfall die Konzeption nicht in der angegebenen Zielrichtung wirken lassen.

Ein weiteres Manko dieser Konzeption wird von Steger angesprochen. Es bleibt offen, nach welchen Kriterien auf der dritten Stufe Investitionsverbote ausgesprochen werden sollen.²¹⁰ Hier bietet die Konzeption der sektoralen Investitionslenkung keine befriedigende Lösung an. Wegen der Unteilbarkeit der Einzelinvestitionen ist eine gleichmäßige prozentuale Kürzung nicht durchführbar. Werden keine generellen, sondern nur partielle Investitionsverbote verhängt, kann diese Konzeption zu erheblichen Konflikten zwischen den von den Investitionsverboten betroffenen Unternehmen und dem jeweiligen Branchenausschuß kommen. Es besteht kein Zweifel daran, daß Großkonzerne der Branche aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Hegemonialstellung diese Konfliktsituation für sich entscheiden werden.

Die vorgestellte Konzeption soll ihrer allgemeinen Zielsetzung nach

der Vermeidung von sektoralen Überkapazitäten dienen. Das von der IG Chemie aus der Erfahrung mit der Aluminiumkrise entwickelte Modell einer sektoralen Investitionslenkung stellt jedoch zu speziell auf diesen Sektor ab, ohne die im privatkapitalistischen Eigentum wurzelnden Widersprüche der Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Diese argumentative Bruchstelle scheint auch Manfred Krüper zu ahnen, wenn er anmerkt, »daß die Diskussion um die sektorale Investitionslenkung ergänzt werden muß durch die Diskussion über die gesamtwirtschaftliche Investitionslenkung. Solange ein gesamtwirtschaftliches Lenkungskonzept nicht realisiert ist, d. h. vor allem solange kein gesamtwirtschaftlicher Prioritätskatalog existiert, ist das Aufstellen von sektoralen Plänen und ihre mehr oder weniger imperative Durchsetzung problematisch«. ²¹¹ Werner Meißner warnt vor der Illusion einer wirksamen Planung mittels dezentraler Regulierungsmechanismen. Tatsächlich »setzt eine branchenspezifische Lenkung auch eine Einbettung in ein gesamtwirtschaftliches Konzept voraus«. ²¹² Partikuläre Lösungen überbewerten das Phänomen sektoraler Überinvestitionen, kapitulieren aber vor dem Problem der Unterversorgung in anderen Bereichen. Zudem besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften in den Branchenausschüssen nach dem Muster der Konzertierten Aktion eingebunden und im Sinne einer imaginären »Sozialpartnerschaft« auf die Prinzipien kapitalistischen Krisenmanagements festgelegt werden. »Antimonopolistische Wirtschaftspolitik allein auf der Branchenebene und unter ausschließlich syndikalistischen Vorzeichen ist (...) hinsichtlich ihrer Erfolgsaussichten gering einzuschätzen. Angesichts der zwischenzeitlichen und internationalen Verflechtung des Monopolkapitals ist dessen Macht nicht primär in einer Branche zurückzudrängen oder gar zu brechen. (...) Erst wenn die entscheidenden Kommandohöhen, wenn die monopolistischen und staatlichen Entscheidungszentren über die wichtigsten Investitionen von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen erobert sind, besteht berechtigte Aussicht darauf, daß die zyklische Entwicklung der Kapitalakkumulation, deren wesentliche Erscheinungsform die Überakkumulation ist, einer planvollen proportionalen und kontinuierlichen ökonomischen Entwicklung weicht.« ²¹³

3.2.2. Investitionskontrolle

Das von den sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftlern Werner Meißner, Norbert Wieczorek und Karl Georg Zinn entwickelte Modell einer Investitionskontrolle bildet als Gegenstück zur indirekten Investitionslenkung die innerparteiliche Diskussionsalternative, mit der die reformistische SPD-Linke den sich im ersten Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens manifestierenden Vorschlägen promonopolistischer Programmierung entgegentrat. Man erhob die Forderung, das von der »Globalsteuerung« in den Vordergrund geschobene Profitmotiv bei der Investitionstätigkeit privater Unternehmen durch eine gesellschaftliche Produktionssteuerung zu ersetzen.²¹⁴ Einem oftmals ethisch begründeten, rein emotionalen Antikapitalismus dient eine sich an marxistische Kernaussagen anlehrende Gesellschaftskritik als Ausgangspunkt strategischer Überlegungen, in denen die Investitionslenkung einen wichtigen Platz einnimmt. Die Kritik der Reformisten am spätkapitalistischen System der Bundesrepublik Deutschland ist nicht grundsätzlicher Natur, sondern bezieht sich auf bestimmte Mängel, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:²¹⁵

– Der demokratischen Grundnorm des Gleichheitsprinzips stehen Verteilungsstrukturen und Chancenungleichheit gegenüber, die dieser Grundnorm widersprechen und durch den Marktmechanismus noch gesteigert werden.

– Das private Gewinnmaximierungsstreben hat soziale Verhältnisse zur Folge, welche den Freiheitsspielraum des Einzelnen durch Privilegierung und Unterprivilegierung in einer hierarchisierten Gesellschaftsordnung einschränken. Der Produktivitätsfortschritt dient fast ausschließlich der Konsumausweitung. Mögliche emanzipatorische Alternativen werden unterdrückt.

– »Die aus ökonomischer Macht erwachsenden politischen Einflüsse führen zusammen mit der extremen Verteilungsungleichheit zu Produktionsstrukturen, die eine den gesellschaftlichen Bedürfnissen gerechte Versorgung unterbinden (partielle Überproduktionen und Faktorverschwendung bei gleichzeitiger Unterversorgung mit lebenswichtigen Individual- und Kollektivgütern.«²¹⁶

– Der marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismus kann keine zyklen- und inflationsfreie Wirtschaftsentwicklung gewährleisten.

Diese allgemeine Kritik umfaßt ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte. Daraus ergibt sich für das Investitionskontrollmodell eine Zielsetzung, die in ihrer allgemeinen Formulierung lautet: »Verminderung der genannten Mängel kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Ordnungen.«²¹⁷ Schon hier offenbart sich nicht nur die Beschränktheit eines politischen Ansatzes, der dem Kapitalismus wesenseigene Schwachstellen eliminieren möchte, ohne das System selbst aus den Angeln zu heben, sondern auch die Funktion reformistischer Problemlösungen, nämlich Bekämpfung der Symptome statt der wahren Ursachen unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung.

Anderen Planungsmodellen hat die Investitionskontrolle voraus, daß sie bezüglich ihrer institutionellen Ausgestaltung durchdacht ist. Das Investitionskontrollmodell stützt sich auf eine »längerfristige Kernplanung« der wirtschaftlichen Entwicklung, um eine Abkehr von einem punktuellen Interventionismus zu vollziehen und die Fehlentwicklungen des Marktmechanismus planmäßig zu korrigieren.²¹⁸ Die Basis einer solchen »perspektivischen Kernplanung« ist eine längerfristige Prognose und Projektion der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung sowie deren Relevanz und Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung.²¹⁹ Da die ökonomische Versorgung der Gesellschaft sowohl im Rahmen der privaten Produktion und Investition als auch durch die öffentlichen Güter, Dienstleistungen und Investitionen erfolgt, wird die Bedarfsentwicklung der Gesellschaft im Rahmen der längerfristigen Kernplanung durch beide als komplementär angesehenen Güterkomplexe bestimmt. Das unkoordinierte Nebeneinander von privater und öffentlicher Investitionstätigkeit soll durch eine »perspektivische Ressourcenplanung« ersetzt werden, welche die Interdependenz privater und öffentlicher Investitionen betont und durch das Erstellen von »Komplementärgüterkomplexen« innerhalb der Planung berücksichtigt. Um die Verwendung der begrenzten Faktorbestände für die Produktion von Komplementärgüterkomplexen im Rahmen der perspektivischen Ressourcenplanung nach Maßgabe gesamtwirtschaftlicher Rationalität sicherzustellen, müssen Alternativrechnungen auf der Grundlage einer Analyse der »opportunity costs« erstellt werden. Um bei dieser Rechnung die Verwendungsmöglichkeiten der Produktionsressourcen zu erfassen, disaggregiert man die Komponenten der Keyneschen makroökonomischen Nachfrageaggregate nach den ein-

zelenen Bedarfskomplexen (Energie, Verkehr, Ernährung usw.), wobei die privaten und öffentlichen Nachfragegrößen gemäß ihrer Komplementärbeziehungen aufeinander abgestimmt werden.²²⁰ Sind solche Komplementärbeziehungen nicht vorhanden, werden die Güterkomplexe als selbständige Bedarfsgruppen behandelt. Dies ist z. B. im Bereich der Bildung oder der Unterhaltungselektronik der Fall.

Auf der institutionellen Ebene soll diese Aufgabe von einem an das Parlament angegliederten wissenschaftlichen Institut übernommen werden. Das erarbeitete Material würde dann dem Parlament als Entscheidungshilfe dienen.²²¹ Diese Form der Planung versteht sich als eine bedarfsorientierte Planung, die sich nach den Bedürfnissen ausrichtet, für die knappe volkswirtschaftliche Ressourcen eingesetzt werden sollen. Die Ermittlung der Bedürfnisse vollzieht sich in einem zweiten Schritt, der mehrere Stufen umfaßt. Zinn spricht in diesem Zusammenhang von der »Entwicklung einer Art gesellschaftsbezogenen Marketings«.²²² Zum ersten muß das »Bedarfsgruppenschema« durch die Setzung von »Bedarfprioritäten« in eine »Bedarfsrangskala« umgewandelt werden. »Festlegen von Bedarfprioritäten ist Voraussetzung für einen Perspektivplan, der auf der Grundlage einer prognostischen Abschätzung der technologischen Entwicklungsmöglichkeiten Angaben enthält über die angestrebte Wachstumsrate, über Aufteilung des Gesamtprodukts auf Konsum und Investition, über die Aufteilung zwischen kollektiv und individuell zu deckendem Bedarf und damit über die Relation von privater und öffentlicher Nachfrage; weiter über die angestrebte Wirtschaftsstruktur und damit über die sektorale und regionale Allokation öffentlicher und privater Investitionen.«²²³ Die Prioritätensetzung, aus der dann die Bedarfsrangskala resultiert, soll im Rahmen eines demokratischen Zielfindungsprozesses erfolgen, welcher den Demokratisierungsaspekt der Planung in den Mittelpunkt stellt und erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Mitglieder der Gesellschaft eröffnet.²²⁴ Grundsätzlich soll die Entscheidung über die Bedarfsrangskala im Rahmen des »demokratisch-parlamentarischen Mechanismus« erfolgen. Die Bevölkerung befindet mit ihrer Wahlentscheidung auch über alternative Bedarfprioritäten.

Um die gesellschaftlichen Bedürfnisse solcherart zu ermitteln, ist eine permanente Rückkoppelung durch Abstimmungen bzw. Wahlen erforderlich. Damit soll verhindert werden, daß sich bestimmte Prioritä-

ten gegen die Wünsche der Bevölkerungsmajorität Bahn brechen. Als Medium der Vermittlung fungieren die Einrichtungen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. »Die Diskussion und die Entscheidung über die Aufstellung von Bedarfsprioritäten wird im Rahmen dieses Systems erfolgen müssen. Das ist nichts Neues. Die teilweise heftigen Auseinandersetzungen um die individuellen oder kollektiven Transportformen in Ballungsgebieten oder um die Zweckmäßigkeit ständiger und hoher Exportüberschüsse sind nur zwei Beispiele. In einer parlamentarischen Demokratie mit ihren fast kontinuierlichen Wahrrückkopplungen wird es kaum möglich sein, Prioritäten gegen den Willen und die Konsumpräferenzen der Betroffenen durchzusetzen. Diese können allerdings mithelfen, ihre eigenen Interessen dort gegen die Interessen der privaten Kapitalverwertung durchzusetzen, wo beide auseinanderfallen.«²²⁵ Die Demokratisierung der Planung soll ihren institutionellen Ausdruck in der Schaffung eines Bundeswirtschafts- und Sozialrates finden, der dem Parlament als Beratungs- und Informationsgremium dienen soll. Seine Zusammensetzung und Funktion wäre noch genauer zu bestimmen. Daneben sollen »Basis-Organisationen«, Kommissionen auf Gewerkschafts- und Parteiebene, aber auch institutionalisierte Bürgerinitiativen, ihre Bedürfnisse artikulieren, um eine weitere Demokratisierung der Planung zu erreichen.²²⁶

Ein Bedarfsgruppenschema könnte nach Meißner, Wiczorek und Zinn folgendes Aussehen haben:

- »1. individueller Grundbedarf
2. öffentlicher Grundbedarf
- A ergänzend zum individuellen Grundbedarf
- B gesellschaftspolitisch erwünschte Bedarfsdeckung (soziale Dienste, emanzipativ orientierte Ausgaben)
- C Wachstumsinvestitionen
- a) bildungsökonomische Komponente
- b) produktionstechnische Komponente
3. gehobener Individualbedarf
4. öffentlicher Zusatzbedarf:
internationale Leistungen, Erhöhung der Qualität der Kollektivversorgung, wissenschaftliche Experimentalprogramme, öffentliche Risikoinvestitionen u. a.
5. privater Luxus und Leistungsbilanzüberschüsse.«²²⁷

Eine solche Bedarfsskala dient dazu, die heutigen Investitionsentscheidungen auf eine zukünftige Struktur des Bedarfs auszurichten. Folgende Ziele sollen erreicht werden:²²⁸

– Vermeidung von Kapazitätsengpässen und Überkapazitäten durch die nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Verwendung der Ressourcen;

– die gesamtwirtschaftliche Investition wird mit der Ersparnis in Einklang gebracht;

– eine kontinuierliche Investitionsentwicklung.

Die Beeinflussung der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit geschieht auf der Grundlage der Bedarfsrangskala durch eine neuzuschaffende Institution, etwa ein Bundesamt für Investitionskontrolle, analog zum Bundeskartellamt.²²⁹ Ein solches Bundesamt hätte die Aufgabe, Investitionsvorhaben zu erfassen, zu prüfen und dann zu genehmigen oder zu verwerfen. Die Investitionslenkung würde durch eine Kontrolle der Investitionen erfolgen. Auf einer ersten Stufe müßten die Investitionsvorhaben erfaßt werden. Eine solche Erfassung ist wegen des parlamentarischen Rahmens für die öffentlichen Investitionen problemlos. In bezug auf die Erfassung der geplanten privaten Investitionen (zugrunde gelegt wird das Bruttoinvestitionsvolumen) sollen folgende Kriterien gelten:

»1) Angaben über den erforderlichen Kapitalaufwand. Der Schwellenwert soll so bemessen sein, daß einerseits kleinere Bagatellinvestitionen herausfallen, andererseits darf er nicht so niedrig liegen (hier müßte es ›hoch‹ heißen – Anm. d. Verf.), daß er – technisch und wirtschaftlich – die Aufspaltung größerer Vorhaben in Teilprojekte ermöglicht.

2) Angaben über die mit der Investition geschaffenen oder wegfallenden Arbeitsplätze. Eine hohe Zahl neuzuschaffender Arbeitsplätze kann in Ballungsgebieten zu infrastrukturellen Überlastungen führen. Investitionen mit hohen Kapitalintensitäten können andererseits aus regionalen Arbeitsmarktaspekten weniger günstig sein.«²³⁰

Die genannten Anhaltspunkte dienen der Erfassung der geplanten privaten Investitionen beim Investitionskontrollamt, welches damit über umfangreiche Informationen über die geplante Investitions- und Kapazitätsentwicklung der Wirtschaft verfügt.

Für die Unterwerfung der privaten Investitionen unter das Genehmi-

gungsverfahren gelten neben den genannten noch folgende Zusatzkriterien, die auf die Art der Investitionen abstellen:²³¹

– Investitionen, die der Bereitstellung von Produktionskapazitäten für den Infrastrukturbereich dienen.

– Investitionen, welche hohe »Sozialkosten« nach sich ziehen (z. B. Umweltbelastung).

– Investitionen, welche hohe öffentliche Komplementärinvestitionen voraussetzen oder nach sich ziehen. Damit sollen die öffentlichen Investitionen ihres »Folgecharakters« beraubt werden.

– Investitionen in strukturbestimmenden und Schlüsselsektoren.

– Investitionen für Produktionsbereiche, deren hauptsächlicher Abnehmer der Staat ist.

– Investitionen, die wichtige natürliche Ressourcen, deren Vermehrbarkeit begrenzt ist (Wasser, Bodenschätze, Boden usw.), stark beanspruchen.

Das Investitionskontrollamt prüft in einem nächsten Schritt die genehmigungspflichtigen Investitionen und entscheidet über eine Genehmigung bzw. ein Verbot anhand folgender Orientierungspunkte:²³²

1) Übereinstimmung des Produkts mit der aus dem demokratischen Willensbildungsprozeß einer bedarfsorientierten Ressourcenplanung entstandenen Prioritätenskala.

2) Mögliche drohende Überkapazitäten in bestimmten Sektoren. Als Indikator dient dabei die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Vergangenheit.

3) Belastung der Umwelt und Infrastruktur.

4) Verträglichkeit von Investitionen und außenwirtschaftlicher Absicherung.²³³

5) Im Rahmen der Betroffenenanhörungen gewonnene Erkenntnisse.

Diese Prüfsteine sollen dem Investitionskontrollamt eine flexible Entscheidung bei genehmigungspflichtigen Investitionen ermöglichen. Das Investitionskontrollamt hat im Rahmen dieser Konzeption die Möglichkeit, geplante Investitionen, die nicht den dargestellten Kriterien genügen, zu verbieten. Es wirkt damit prohibitiv.

Die Kontrolle der Investitionen, darauf weist Zinn hin, sollte sich zunächst auf Großunternehmen beschränken. Mit zunehmender Erfahrung soll sie ausgedehnt werden. Eine gesamtwirtschaftliche Entwicklungssteuerung wäre durch die Investitionskontrollkonzeption zu er-

reichen, indem über eine Kontrolle der Großinvestitionen auch die als Zulieferer oder Abnehmer fungierenden kleineren und mittleren Unternehmen indirekt beeinflußt würden.²³⁴ Diese Hebelwirkung verstärkt sich aufgrund der Investitionsstruktur in der BRD. Bereits durch die Kontrolle der Bruttoanlageinvestitionen von 1164 Großbetrieben des produzierenden Gewerbes (ohne Energiewirtschaft und Wasserversorgung) würden etwa 54,3 Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen von 63 530 Betrieben erfaßt.²³⁵ Für einzelne Bereiche ist der Anteil der Großunternehmen (über 1 Mrd. DM Umsatz pro Jahr) an den gesamten Sachanlageinvestitionen der Branche noch erheblich höher.²³⁶

Das Investitionskontrollkonzept umfaßt neben den dargestellten Instrumenten und Institutionen eine Reihe weiterer Maßnahmen und Ergänzungen. So zum Beispiel Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutzgesetze.²³⁷ Eine wichtige Funktion als flankierende Maßnahme im Rahmen des Investitionskontrollmodells hat die paritätische Mitbestimmung. Sie soll dazu dienen, zum einen die Interessen der Arbeiter und Angestellten bei der unternehmerischen Investitionstätigkeit in den Entscheidungsprozeß einzubringen und darüber hinaus eine verstärkte Einflußmöglichkeit der abhängig Beschäftigten bei der Kontrolle wirtschaftlicher Macht zu sichern.²³⁸ Dies gilt besonders für die Machtkontrolle bei multinationalen Konzernen, um mögliche Ausweichstrategien, also eine Umgehung der Kontrollmaßnahmen, zu verhindern.²³⁹

Auch beim Investitionskontrollmodell sollen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine parametrische Beeinflussung des Investitionsverhaltens privater Unternehmer durch ein Prämierungs- und Belastungssystem hinauslaufen. Dabei würden steuerpolitische Regelungen dominieren.²⁴⁰ Die Durchsetzung des Investitionskontrollmodells sollen eine Reihe von Maßnahmen erleichtern, die eine schrittweise Ausweitung des staatlichen Einflusses auf die privaten Investitionsentscheidungen ermöglichen. Solche Reformen könnten etwa in der Einführung der paritätischen Mitbestimmung, der Ausdehnung des staatlichen Sektors und der Übernahme von Investorfunktionen durch die öffentliche Hand bestehen.²⁴¹

Die Diskussion um das Investitionskontrollmodell wird sowohl von Vertretern direkter als auch indirekter Lenkungs-konzeptionen geführt. Allerdings überwiegt die Kritik von rechts, was deshalb nicht überraschen kann, weil die Investitionskontrollkonzeption mit den gängigen

Marktwirtschaftsprinzipien bricht und ein Planungssystem intendiert, das die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit über einen komplizierten Kontrollmechanismus mit den gesellschaftlichen Bedürfnisstrukturen in Einklang bringt und Fehlentwicklungen verhindert. Aus diesem Grunde wird dem Modell Meißners, Wieczoreks und Zinns nur eine differenzierte Betrachtungsweise gerecht, insofern sie jenes Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit, das für die Investitionskontrolle charakteristisch ist, mit einbezieht. Die Kritik entzündet sich am institutionellen Rahmen des Kontrollmodells ebenso wie an den Inhalten der Bedarfsrangskala, aber auch am systemkonformen Charakter der in Aussicht gestellten Absicherungsmaßnahmen.

Daß sich die Entscheidung über konkrete Investitionsvorhaben an einer Prioritätenliste orientiert, deren Bedarfsdispositionen eine kollektive Zielsetzung erkennen lassen, mußte die neoliberalen Streiter für den Individualismus der bürgerlich-kapitalistischen Welt auf den Plan rufen. »Wird (...) durch ein Investitionskontrollamt die Genehmigung für Investitionsprojekte selektiv verweigert, dann werden dadurch letztlich Käuferpräferenzen und die hinter ihnen stehenden Zielverwirklichungsabsichten von Menschen behördlich oder politisch als nicht wünschenswert eingestuft und die Realisierung dieser Ziele verhindert. Der freien Entfaltung der Persönlichkeit würden durch behördliche Willkür Grenzen gesetzt. Das wäre (...) ein Frontalangriff auf die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte des Individuums«. ²⁴² Immer wieder wurde eingewandt, eine unter Benutzung von Bedarfsrangskalen arbeitende Investitionskontrolle schränke den Freiheitsspielraum der Konsumenten ein. ²⁴³ Soche Vorwürfe weisen die Verfechter der Investitionskontrollkonzeption zurück: »Die polemischen Attacken gegen gesamtgesellschaftliche Bedarfskonzeptionen und Investitionskontrollen werden im allgemeinen unter dem Banner der ›Freiheit‹ geführt. Genaueres Hinsehen offenbart, daß damit primär die Freiheit der Kapitalverwertung und sekundär die sogenannte Konsumfreiheit verstanden wird.« ²⁴⁴

Demgegenüber bemängelt Ulrich Steger, daß die Planungsinitiative weiterhin bei den Unternehmen liegt. »Offen bleibt dabei, wie

– Investitionen induziert werden, die im Hinblick auf die ›Bedarfsrangskala‹ notwendig sind, aber nicht von den Unternehmen vorgeschlagen werden,

– die Koordinierung der nur die privaten Investitionen umfassenden Kontrolle mit den öffentlichen (Komplementär-)Investitionen erfolgen soll und

– wie die Behörde entscheiden soll, wenn der nicht unwahrscheinliche Fall eintritt, daß mehr Investitionsvorhaben angemeldet werden – die alle die von Zinn genannten Kriterien erfüllen –, als Mittel zur Verfügung stehen (also eine Auswahl unter zulässigen Alternativen vorliegt).«²⁴⁵

Vor allem aber geriet das Kernstück der von Meißner, Wieczorek und Zinn erarbeiteten Konzeption, die Bedarfsrangskala, ins Kreuzfeuer der Kritik. Skeptisch äußert sich etwa Gerhard Kade, kommt man doch seiner Meinung nach nicht umhin, diese Prioritätenliste »als das Ergebnis einer Introspektion einzustufen, die sich nur im kleinbürgerlichen Milieu eines deutschen Universitätsprofessors abspielen konnte. Aber nicht nur das konkrete Ergebnis dieser Nabelschau, das Mitleid nach unten mit einer Mischung aus Liebäugelei und Lustverdrängung nach oben geschickt zu kombinieren weiß, erschreckt ob seiner Naivität, vielmehr ist es die Tatsache, daß hier per Dekret ein Zielsystem vorgegeben wird, das sich höchstens noch auf die Irrationalität unseres Wirtschaftssystems beruft.«²⁴⁶ Horst Hinz beklagt die Eindimensionalität der Bedürfnisse, welche Aufnahme in die Musterrangskala der drei Modellverfechter fanden. »Der Zielkatalog bleibt (. . .) im politikfreien Bereich des Rein-Ökonomischen, d. h. die entscheidende, (macht-)politische Frage nach dem Rang des (immateriellen) Gutes ›Entscheidungsbefugnis‹ wird innerhalb des Zielkatalogs – wohin Entscheidungsbefugnisse als ›Grundbedarf‹, der z. B. auch durch Aktienkauf gedeckt werden kann, gehören – nicht aufgeworfen.«²⁴⁷ Dieser Argumentation schließt sich auch Bernd Güther an, der gleichfalls den Primat der Politik einer privaten Konsumorientierung bei der Erstellung von Bedarfsprofilen entgegenhält. »Bedürfnisse nach Friedensproduktion, Abbau der Rüstungsindustrie, nach progressiver Besteuerung der Monopolprofite und Preisstopp werden gar nicht angesprochen. Ebenso wenig kommen die Bedürfnisse der Lohnarbeiter in der Produktion selbst konkreter zur Sprache. Bedürfnisse reduzieren sich bei den Autoren auf die Konsumtion.«²⁴⁸ Tatsächlich kann die Bedarfsrangskala, so wie sie konstruiert ist, nicht als getreues Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher oder von Interessenpräferenzen der arbeitenden Bevölkerung gelten.

Vielmehr erfaßt der Zielkatalog nur einen kleinen Ausschnitt der sozial-ökonomisch vermittelten Bedarfspalette. Von daher ist dem vernichtenden Urteil zuzustimmen, das Güther über diesen Bestandteil der Investitionskontrollkonzeption fällt: »Der prinzipielle Einwand gegen Meißner/Wieczorek/Zinn ist nicht, daß sie überhaupt die Bedürfnisplanung zum Ausgangspunkt jeglicher demokratischer Planung gemacht haben, sondern diese Bedürfnisse erstens abstrakt formuliert haben, zweitens ungenügend mit dem demokratischen Willensbildungsprozeß der werktätigen Massen – von der Betriebsebene bis zu Verbraucherausschüssen, regionalen und nationalen Wirtschafts- und Sozialräten usw. – verknüpft haben, drittens die massenmobilisierenden anti-monopolistischen Grundbedürfnisse ausgespart haben und viertens Illusionen über die Chancen der Durchsetzung des Primats der Bedürfnisse bei der Bestimmung der grundlegenden Produktionsziele innerhalb des Kapitalismus haben.«²⁴⁹

Die Bedarfsskala ist ein wesentlicher Kriterienlieferant für die Auswahl von Investitionen. Investitionen für eine Güterproduktion, deren gesamtgesellschaftliche Bedeutung geringer einzustufen ist als die zusätzlich notwendigen öffentlichen Leistungen, sollen untersagt werden. Durch die Bedarfsrangskala wird jedoch nicht eine Prioritätenliste über Investitionen festgelegt, sondern eine Rangordnung von Aggregaten der Endnachfrage bestimmt. Es entsteht damit die Problematik, die in der Bedarfsrangskala erfaßten Aggregate der Endnachfrage mit Investitionen zu verbinden, die vertikal vom Endverbrauch sehr weit entfernt durchgeführt werden.²⁵⁰ Um die Funktionsfähigkeit der Bedarfsrangskala zur Kontrolle aller Investitionen sicherzustellen, bedarf es einer Reihe von Zusatzkriterien zur Erfassung von Investitionen, die entfernter vom Endverbrauch getätigt werden. Andernfalls kann sich die postulierte Ausrichtung der Produktionsstruktur an die sich in der Bedarfsrangskala ausdrückenden Bedürfnisse nur indirekt durchsetzen, und zwar über eine Veränderung von Investitionen für Endprodukte, welche erst mit einem »lag« und nach erheblichen Anpassungsfriktionen eine Veränderung der Investitionen für Vorprodukte bewirken. Der Einwand Krüpers,²⁵¹ die Aufstellung einer Bedarfsrangskala, unter der er die aggregierten individuellen Bedürfnisse versteht, scheitere am Arrowschen Abstimmungsparadoxon,²⁵² ist nicht stichhaltig, weil sich die Auswahl in der Praxis auf verschiedene alternative Bedarfsrangskala-

len – etwa angeboten von den verschiedenen Parteien – beschränken würde. Die Aufstellung einer konsistenten Bedarfsrangskala müßte also möglich sein.

Alternative Bedarfsrangskalen sollen Bestandteil der Regierungsprogramme werden, die von den politischen Parteien vor der Wahl zum Bundestag jeweils aufzustellen und zu vertreten sind. Diese Fixierung auf die eingespielten Mechanismen bürgerlich-parlamentarischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse wirft eine Reihe neuer Probleme auf. So macht Krüper gegenüber einer Einbeziehung von Bedarfsrangskalen in den Wahlkampf schwerwiegende Bedenken geltend: »In Anlehnung an das Modell der Parteienkonkurrenz läßt sich nämlich bezweifeln, ob die Zielkataloge der Parteien hinreichend klar voneinander abgegrenzt würden. Ohne eine solche klare Abgrenzung wäre die Abstimmung reine Makalatur.«²⁵³ Bleiben schon die Regierungsprogramme häufig genug im Unverbindlichen stecken, muß die hier gestellte Frage dahingehend beantwortet werden, daß eine Bedarfsrangskala nur in die Realität umgesetzt würde, sofern ihre Prioritäten deckungsgleich mit den Interessen der stärksten Monopolgruppen wären.

Da die Planungsinitiative nicht auf staatliche oder gesellschaftlich kontrollierte Organe übergeht, bedarf es zur Beseitigung von Engpässen im Rahmen des Investitionskontrollmodells finanzieller Anreize. Die Stimulierung der Investitionstätigkeit bleibt damit jedoch einem Anreizmechanismus überlassen, dessen negative verteilungspolitische Konsequenzen bereits angedeutet wurden. Dennoch verbinden die Fürsprecher der Investitionskontrolle mit ihrem Modellvorschlag recht nebulöse »Umverteilungsvorstellungen«, die den Gegensatz von Kapital und Arbeit nicht berühren, sondern im Konsumbereich angesiedelt und mit der Ausweitung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt gekoppelt sind. Kontrollmaßnahmen wiederum können bestimmte Investitionen dann verhindern helfen, wenn z. B. die Gefahr droht, daß die geplante Investitionsquote überschritten wird. Prognosefehler privater Unternehmen und aus dem ungezügelter Expansionsdrang der Monopole resultierende Fehlinvestitionen sollten durch Investitionskontrolle teilweise zu korrigieren bzw. aufzufangen sein, weil die Möglichkeit besteht, die private Anlagetätigkeit zu beschränken.

Um so weniger Reaktionsmöglichkeiten eröffnet das Kontrollmodell im umgekehrten Fall der Notwendigkeit zur Schließung von Investi-

tionslücken. Eine Steuerung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im Sinne einer Verstetigung seines zyklischen Verlaufs scheitert an dieser Schwachstelle, die Investitionskontrollen in Boomphasen angemessen erscheinen, bei fehlender Investitionsneigung des Kapitals aber die trotz institutioneller Sperren erhofften Lenkungsimpulse wirkungslos verpuffen läßt. Der Einfluß auf das unternehmerische Investitionsgebaren kommt schon deshalb kaum zur Geltung, weil Investitionsgebote nicht vorgesehen sind. Überdies schützen Verbote nicht vor illegaler Investitionstätigkeit. Ernst Günter Vetter hat in einem anderen Zusammenhang auf die Problematik von Schwarzinvestitionen hingewiesen und Betrachtungen darüber angestellt, »daß mit dem Investitionsverbot allein die Errichtung neuer Werke oder die Erneuerung von Anlagen nicht unterbunden werden kann.«²⁵⁴ Diesem Argument, das für eine sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse spricht, begegnen die Begründer des Investitionskontrollmodells mit dem Hinweis, »daß Teilbereiche der kapitalistischen Marktwirtschaft vergesellschaftet werden können. Sollte die Zielsetzung und Durchführung von Investitionslenkung allzu massiv von denjenigen gefährdet werden, welche das private Kapitalinteresse für das vorrangigste Element einer sozial geläuterten und weiterzuentwickelnden Marktwirtschaft halten, so stellt sich die Frage der Vergesellschaftung (. . .) mit größerer Eindringlichkeit.«²⁵⁵ Daß erst die Entmachtung des hochkonzentrierten Kapitals Maßnahmen der Investitionskontrolle überhaupt voll durchschlagen läßt, und die demokratische Nationalisierung bestimmter Wirtschaftsbereiche kein Drohmittel, sondern eine Grundbedingung des Funktionierens ihres Modells darstellt, verdrängen Meißner, Wieczorek und Zinn.

Auf den ersten Blick erscheint die Konzeption einer Investitionslenkung mittels eines Investitionskontrollamtes, welches souverän im Interesse der »gesamtgesellschaftlichen Entwicklung« tätig ist und die größten Disproportionen des kapitalistischen Wirtschaftssystems beseitigt, durchaus verlockend. Karl Georg Zinn charakterisiert das Modell selbst als Interventionismus plus direkte Investitionskontrollen und spricht von einem reformistischen Ansatz. Reformistisch, weil das private Eigentum an den Produktionsmitteln von der Konzeption nicht tangiert wird. Lediglich die Verfügungsgewalt privater Kapitaleigner soll eingengt werden. »In dem Maße, in dem die Verfügungsgewalt

über die Produktion von den privaten Eigentümern in die gesellschaftliche Hand verlagert wird, wird sich der gesellschaftspolitische Charakter der Investitionslenkung von einem systeminternen Steuerungsinstrument zu einer reformistischen und systemändernden Maßnahme verschieben.«²⁵⁶ Die Vorstellung einer schrittweisen Transformation des Kapitalismus mittels »Vergesellschaftung der Verfügungsgewalt« und damit unter Umgehung der Eigentumsfrage erscheint aus dem Kontext des Investitionskontrollmodells jedoch wenig realistisch.

Meißner, Wieczorek und Zinn lassen keinen Zweifel daran, daß es den Unternehmern gerade infolge des in neue Dimensionen vorgestoßenen Monopolisierungsprozesses mühelos gelingt, ihre aus dem privaten Produktionsmittelbesitz erwachsende wirtschaftliche Macht in Druck auf staatliche Organe umzumünzen. Obwohl die sozialökonomischen Strukturzusammenhänge nicht immer durchschaut werden, beharrt man auf der Feststellung einer »systembedingten Mangelhaftigkeit des Kapitalismus. Diese Erkenntnis bezieht sich auf die Erfahrung der zunehmenden Vermachtung des Wirtschaftsbereichs in Konzernen und des damit endgültigen Nachweises der Nichthaltbarkeit der marktwirtschaftlichen Modellvorstellung von der Selbststeuerung und Selbstkontrolle der Wirtschaftsprozesse durch marktwirtschaftliche Konkurrenzmechanismen. Im Zuge der Vermachtung wird die Entscheidungsgewalt über das Wie und Was der Produktion zunehmend konzentriert. Damit wird die Gestaltung der Art und Weise und des Inhalts des Produktionsprozesses und davon abhängig des Reproduktionsprozesses zunehmend Inhalt von Entscheidungen von Konzernleitungen. Unternehmerische Entscheidung wird nicht durch den Markt determiniert, sondern sie zielt auf Beeinflussung des Marktes über Bedürfnisgestaltung durch Marketing und Einkommensgestaltung – Einkommens- und Preispolitik zur Beeinflussung der Vorstellungen und Verhaltensweise der Konsumenten – und auf Beeinflussung der Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit durch Ausübung von wirtschaftlicher und davon abhängiger politischer Macht in Form von Beeinflussung gesellschaftlicher Wertvorstellungen (z. B. privater Individualkonsum als »Freiheits«wert gegenüber kollektiv nutzbaren öffentlichen Gütern), Drohung mit Verlust der Beschäftigungsmöglichkeit, Einfluß auf die Informationsmittel (Abhängigkeit der Presse von Anzeigen), Lobby usw.«²⁵⁷ Daraus folgt für das Modell: wenn es nicht

gelingt, mittels Investitionskontrollen die ökonomische und politische Macht der monopolistischen Zentren des Kapitals wirksam einzuschränken, wird ein solches Modell nicht in der angegebenen Zielrichtung wirken können, sondern vom Kapital »umfunktioniert« werden.

Die Möglichkeit einer solchen Entartung des Modells ist nicht von der Hand zu weisen, weil es bei ungebrochenen kapitalistischen Eigentumsverhältnissen staatliche Institutionen zum Träger demokratischer Veränderungen macht. Heinz Jung konstatiert denn auch als Hauptschwäche linkssozialdemokratisch-reformistischer Investitionslenkungs-konzeptionen »eine illusionäre Einschätzung des Staates und die ungenügende Bewältigung der Dialektik von Reform und Revolution unter den heutigen Bedingungen«. ²⁵⁸ Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich das Bundesamt für Investitionskontrolle als moderne Schaltstelle monopolistischer Wirtschaftskoordination vorzustellen, zumal der Staat in eine Art Maklerrolle hineingedrängt wird, die ihn als monopolistisches Herrschaftsorgan jedoch überfordern müßte. »Staat und Großunternehmen weisen bereits heute im Verhältnis zu mittleren und kleineren Unternehmen einen längeren Planungshorizont auf. Eine institutionalisierte Koordination der bereits praktizierten Langfristplanung von Staat und Großunternehmen stellt somit keinen Widerspruch, sondern eine sinnvolle Fortentwicklung der bisher gehandhabten Praxis dar.« ²⁵⁹ Die hier vertretene Staatsauffassung verrät Anklänge an neutralistische Ideologeme, deren Funktion darin besteht, einen über den Klassen stehenden »Schiedsrichterstaat« aus dem Blickfeld der sozialen Konflikte zu rücken. Dementsprechend überbetont man den partiellen Gegensatz von Staat und Monopolen bzw. Privatkapital und sitzt der Täuschung auf, die Weiterentwicklung der staatsmonolistischen Programmierung decke sich mit dem gesellschaftlichen Fortschritt. ²⁶⁰ Reformistische Ökonomen verkennen den Charakter des bürgerlichen Staats als »eine wesentliche kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist«. ²⁶¹ Es lassen sich »in einem politischen Planungsprozeß (...) nicht nur fortschrittlichere Strukturen entwickeln, sondern auch konservative Strukturen planen und lenken, mit denen bestimmte Privilegien erhalten und bestehende gesellschaftliche Machtverteilungen stabilisiert werden«. ²⁶² Dies trifft besonders dann zu, wenn die Umsetzung von Investitionslenkungsmaßnahmen mittels und über den Staat bei bestehenden kapitalistischen Eigentums-

verhältnissen erfolgt und der Bedeutung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse für einen Demokratisierungsprozeß nicht ausreichend Rechnung getragen wird. »Die Investitionskontrollen dürften in wachsendem Maße zu einer Konzentration der Zusammenarbeit von Kontrollbehörden und Großunternehmen führen.«²⁶³ Die von Zinn aufgezeigte Analogie von Investitionskontroll- und Bundeskartellamt könnte den Charakter einer »Zusammenarbeit« von Kontrollbehörden und Großunternehmen verdeutlichen. Die Hilflosigkeit des Bundeskartellamtes gegenüber den Monopolen veranschaulicht die realen Machtverhältnisse unserer Gesellschaft. »So wie eine Behörde, die den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter Kontrolle bringen sollte, durchaus vereinbar war mit wachsender Konzentration des Kapitals, so könnten auch Kontroll- und Lenkungsbehörden, die den gegenwärtig herrschenden Eigentumsverhältnissen aufgestülpt werden und deren Ziel es sein soll, die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern, wirkungslos sein, weil sie vom Kapital vereinnahmt werden.«²⁶⁴ Eine solche Perspektive ist nicht von der Hand zu weisen, weil tendenziell bereits im Modell angelegt.

Dieser objektiven Entwicklungsmöglichkeit steht eine gesellschaftliche Situation gegenüber, in der jeder Versuch zur Demokratisierung der Wirtschaft auf äußersten Widerstand von seiten der herrschenden Klasse stoßen wird. Welche Konsequenzen die Anwendung von Investitionslenkungsmaßnahmen haben könnte, deutet Schlecht mit geradezu verblüffender Offenheit an: »Wieviel drastischer die Reaktion (des Kapitals – Anm. d. Verf.) auf die Ankündigung (!) von Lenkungsmaßnahmen sein könnte, vermögen auch Pessimisten kaum realistisch auszumalen.«²⁶⁵ Zu welchen Reaktionen das Kapital gegebenenfalls bereit ist, um demokratische Veränderungen zu verhindern, konnte man in Chile studieren. Wenn auch nicht gleich ein faschistischer Militärputsch, so wären doch abgestufte Sanktionsmöglichkeiten des Kapitals, wie Kapitalflucht, Verlagerung der Produktion ins Ausland und Investitionsstreiks, denkbar und wahrscheinlich, um die Funktionsfähigkeit von Investitionslenkungsmaßnahmen zu sabotieren. Eine derartige Reaktion ist möglich, weil die ökonomischen Machtzentren des Kapitals unangetastet bleiben. Die von den Autoren empfohlene Kontrollfunktion der paritätischen Mitbestimmung ist unzureichend, wenn sich der

»Klassenkampf von oben« entscheidend verschärft und die Arbeiterbewegung nicht entsprechend vorbereitet ist.

Das vorgestellte Modell wird diesen Anforderungen allerdings nicht gerecht. Vielmehr nährt man durch ein solches »rationales Kalkül« die Illusion einer konfliktfreien Veränderung ökonomischer Machtverhältnisse ohne eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse. »Dennoch wird Vergesellschaftung notwendig werden, wenn der Widerstand gegen die Investitionslenkung zu groß ist. Bei der politischen Machtausinandersetzung wird sich die Frage der Vergesellschaftung stellen (...).«²⁶⁶ Es stellt sich allerdings die Frage, warum solche Überlegungen keinen Eingang in die Konzeption gefunden haben, sondern nur beiläufig erwähnt werden. Wenn von Teilen der Gewerkschaft Vergesellschaftung und Investitionslenkung als alternative Forderungen bzw. Reformstrategien²⁶⁷ dargestellt und diskutiert werden, so manifestiert sich darin eine Desorientierung der Arbeiterbewegung. Bei einer eventuellen gesetzlichen Realisierung eines Systems von Investitionskontrollen müssen die Grenzen solcher Maßnahmen im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik verdeutlicht werden, und es sind antimonopolistische Perspektiven zu eröffnen.

Die Forderung nach Investitionskontrolle ist sinnvoll, wenn sie von der Arbeiterbewegung im Sinne einer Konfliktstrategie zur Verankerung von Gegenmachtpositionen genutzt wird, und die Einsicht in die Begrenztheit dieser Maßnahme Mobilisierungschancen eröffnet. Die Institutionalisierung des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit ermöglicht eine öffentliche Austragung dieses Konflikts und damit eine erhöhte Transparenz der hinter den ökonomischen Entscheidungen stehenden Interessen, was wiederum eine verstärkte Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung für ihre Interessen zur Folge haben kann. Die Durchsetzung einer demokratischen Wirtschaftspolitik ist somit abhängig vom Mobilisierungsgrad der arbeitenden Bevölkerung für eine demokratische Alternativkonzeption. Eine antimonopolistische Massenbewegung ist Grundvoraussetzung jedes sozialen Fortschritts. Im Rahmen einer antimonopolistischen Gesamtstrategie muß die machtmäßige Voraussetzung für eine weitestgehende Substitution des Kapitalverwertungsprinzips durch eine planmäßige Entfaltung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten im Interesse der Gesellschaft geschaffen werden.

4. Gesamtgesellschaftliche demokratische Planung als wirtschaftspolitische Alternative

Wie das Monopol die freie Konkurrenz verdrängt und dieser nicht mehr weicht, so gibt es auch auf dem Weg zur immer umfassenderen Planung sozialer, ökonomischer und politischer Prozesse kein Zurück. Die Irreversibilität der Entwicklung auf diesem Gebiet bedeutet jedoch keineswegs, daß die quantitative Zunahme planerischer Eingriffe im staatsmonopolistischen Kapitalismus automatisch einen qualitativen Umschlag nach sich zieht. Vielmehr dient die monopolistische Wirtschaftsregulierung bzw. -programmierung der Reproduktion eben dieser sozio-ökonomischen Verhältnisse; ihr Versagen müßte den Zusammenbruch des kapitalistischen Herrschaftssystems herbeiführen oder zumindest beschleunigen. Im Übergang zum Sozialismus erfährt die Wirtschaftslenkung des Staates quantitative wie qualitative Veränderungen, die ihr Wesen, ihre Funktion und ihre Methoden gleichermaßen betreffen.

Willy Wyniger verweist auf die Allokationsfunktion des Gewinns im Kapitalismus, wodurch Investitionen in besonders rentable Anlage-sphären gelenkt werden. »Diese anarchisch-spontane Investitionslenkung wird im sozialistischen Wirtschaftssystem ersetzt durch geplante Verteilung der Investitionen.«²⁶⁸ Solche Unterschiede gewinnen auf der Schwelle zur Übergangsgesellschaft an Aktualität, denn die materiellen Bedingungen des Sozialismus reifen schon in der bürgerlichen Gesellschaft heran. »Niemals zuvor waren die objektiven Voraussetzungen für die notwendige sozialistische Umgestaltung, nämlich der Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Vergesellschaftungsgrad der Produktion, so umfassend entfaltet wie heute in den industriell hoch entwickelten Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus.«²⁶⁹ Immer unabweisbarer wird dementsprechend »die Notwendigkeit, eine Programmierung in Gang zu setzen, die demokratisch ist in den Zielen, die sie sich stellt, in den Mitteln, die sie anwendet und in den Kräften, die an ihrer Verwirklichung beteiligt sind.«²⁷⁰

Wie wir sahen, ist die im staatlichen Überbau angesiedelte Planungsorganisation von den Produktionsverhältnissen, auf denen sie beruht, und deren Reproduktion sie zu gewährleisten hat, nicht abzulösen.

Aber nicht nur die Produktivkraftentwicklung und der Charakter des bestehenden Wirtschaftssystems determinieren Form und Inhalt staatlicher Planungstätigkeit; auch das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen wirkt modifizierend auf diese ein. Modelle der Investitionskontrolle und -lenkung können deshalb, sofern sie unmittelbar an die Bedürfnisse der lohnabhängigen Massen anknüpfen und aus den Erfordernissen des antimonopolistischen Kampfes erwachsen, hier und heute einesteils bewußtseinbildend wirken, andernteils Gegenmachtpositionen erobern helfen und die Lage der Werktätigen verbessern. Zentrales Bewertungskriterium für den politisch-strategischen Karatgehalt von Planungskonzepten ist und bleibt die Frage, »ob Möglichkeiten zur Mobilisierung der Arbeiterklasse, zum Geltendmachen und zur Durchsetzung ihrer Interessen gegeben sind oder ob diese weiter eingeengt werden.«²⁷¹ Denn waren auch die bisher vorgestellten Investitionslenkungsmodelle nicht oder nur bedingt geeignet, eine demokratische Veränderung einzuleiten, so läßt sich daraus keinesfalls schlußfolgern, daß die Investitionslenkung als Mittel einer alternativen Wirtschaftspolitik ungeeignet wäre. Soll die Wirtschaftspolitik an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausgerichtet werden, dann müssen die ökonomischen Entscheidungen auch gesamtgesellschaftlich getroffen werden. Dies ist jedoch nur bei einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung der Fall. Im Rahmen einer solchen Planung erhält auch die Investitionslenkung ihre eigentliche Funktion. »Investitionslenkung als Mittel der Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft kann nur dann wirklich greifen, wenn die Veranlassung und Verhinderung von Investitionen nicht nur unter der Nebenbedingung privater Profitmaximierung erfolgen, d. h. nur dann, wenn durch Verbote und Gebote sichergestellt werden kann, daß bestimmte, im nationalen Entwicklungsplan festgelegte Eckwerte für bestimmte Investitionen auch tatsächlich erreicht werden und Investitionen, die weit darüber hinausgehen, auch tatsächlich unterbleiben. Notwendig ist also eine direkte Investitionslenkung, die auf der Basis demokratischer Bedarfs- und Rahmenplanung die Realisierung der globalen und strukturellen Planziele durch direkte Einflußnahme auf unternehmerische Entscheidungen und Maßnahmen vorantreibt.«²⁷²

4.1. *Marxismus und Planung*

Die rationale Nutzung der volkswirtschaftlichen Ressourcen unterscheidet den Sozialismus von den ihm vorausgehenden Gesellschaftsformationen. Bei Marx nimmt die Tätigkeit des Planens, der bewußten Gestaltung sozialer Prozesse, einen solch zentralen Platz ein, daß er sich ihrer bedient, um die Arbeit gegenüber tierischen Verhaltensformen abzugrenzen: »Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also ideell vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß. Und diese Unterordnung ist kein vereinzelter Akt. Außer der Anstrengung der Organe, die arbeiten, ist der zweckmäßige Wille, der sich als Aufmerksamkeit äußert, für die ganze Dauer der Arbeit erheischt, und um so mehr, je weniger sie durch den eignen Inhalt und die Art und Weise ihrer Ausführung den Arbeiter mit sich fortreißt, je weniger er sie daher als Spiel seiner eignen körperlichen und geistigen Kräfte genießt.«²⁷³

Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben immer wieder auf die überragende Bedeutung der Wirtschaftslenkung für den materiellen und kulturellen Menschheitsfortschritt hingewiesen, obgleich es ihnen schon aufgrund des niedrigen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte im vormonopolistischen Kapitalismus nicht möglich war, eine ausformulierte Planungstheorie zu entwickeln und mehr als einige allgemeingültige Prinzipien für die Organisation der Produktion unter sozialistischen Vorzeichen herauszukristallisieren. Das wohl berühmteste Klassikerzitat zur Problematik der Wirtschaftssteuerung im Übergang stammt von Engels und sei hier in voller Länge wiedergegeben: » Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen

Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die nun zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyiert gegenüberstand, wird jetzt ihre eigne freie Tat. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.«²⁷⁴

Den Kern der marxistischen Planungstheorie bildet die axiomatische Erkenntnis, daß eine umfassende und demokratische Steuerung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses allein auf der Basis des Gemeineigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln stattfinden kann. Als Planungsträger fungiert das Subjekt der sozioökonomischen Umgestaltung, die Arbeiterklasse. Mit ihr bestimmen alle fortschrittlichen Kräfte über den Gang der revolutionären Entwicklung und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. »Erst die von der Ausbeutung befreite Arbeiterklasse kann ein einheitliches gesellschaftliches Gesamtinteresse als Grundlage für eine komplexe, von antagonistischen Widersprüchen freie Planung schaffen, weil ihre Zielfunktion nicht in der Bereicherung des einen auf Kosten des anderen besteht.«²⁷⁵ Zunächst bedarf es allerdings eines strategischen Konzepts, das den Lohnabhängigen und ihren Organisationen die Chance eröffnet, nach Eroberung der politischen Macht im Zuge tiefgreifender ökonomischer Strukturveränderungen das Fundament für ein sozialistisches Lenkungssystem

zu errichten. »Demokratische Wirtschaftsprogrammierung und -planung würde auf der Basis der bereits fortgeschrittenen objektiven Vergesellschaftung der Produktion durchgesetzt, die bereits das kapitalistische System zur Einführung bestimmter Planungs- und Regulierungsmechanismen gezwungen hat. Demokratische Planung ist nicht die abstrakte Negation dieser bereits geschaffenen Regulierungsformen und -instrumente, sondern sie greift diese auf und verändert sie, ergänzt sie und schafft neue Formen und Instrumente. Aus dem großen Arsenal staatlicher Pläne und Institutionen kann unter veränderten politischen Bedingungen mit Sicherheit einiges übernommen und zum Instrument demokratischer Planung gemacht werden.«²⁷⁶ Als schwierige und langwierige, aber prinzipiell lösbare Kampfaufgabe stellt die Verwirklichung eines die Bedürfnislage der arbeitenden Menschen zur Richtschnur sämtlicher Entscheidungen machendes Lenkungs- und Leitungssystems keinen einmaligen schöpferischen Akt dar, sondern einen widersprüchlich verlaufenden Prozeß, in dem die Interessen der beteiligten Klassen und Schichten hart aufeinanderprallen. »Die Programmierung berührt die Grundinteressen aller Klassen und gesellschaftlichen Gruppen und verknüpft sie zu einem einzigen Netz von antagonistischen Widersprüchen. Jeder Punkt des Planes kann und muß zu einem neuen Frontabschnitt des sozialen Kampfes werden.«²⁷⁷

Dies gerade in Anbetracht dessen, daß der Keim für eine neuerliche Überakkumulationskrise schon wieder gelegt ist. Das Auseinanderklaffen von gesellschaftlicher Produktions- und Konsumtionskraft determiniert die Folgekrise, auch wenn sich deren Dauer, Verlauf usw. noch nicht absehen läßt. Indem die Wirtschafts- und Finanzpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung auf die Steigerung der Massenkaufkraft wenig Wert legte, hat man die Disproportionalitäten im Distributionsbereich weiter verschärft. Die Weltmarktbeziehung des Kapitals kann zwar den nächsten Konjunkturreinbruch »abmildern«, wenn sich die Gleichzeitigkeit der nationalen Zyklen, wie sie die Krise 1974/76 kennzeichnete, nicht zu bald wiederholt; vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Kapitalismus werden sich die periodischen Überproduktionskrisen jedoch zwangsläufig vertiefen. »Der neue Zyklus ist nicht eine bloße Wiederholung der vorhergehenden: Jeder Zyklus ist zugleich eine Stufe in der Geschichte des Kapitalismus, die ihn um ein Stück seinem Ende entgegentreibt. Jede Krise vernichtet eine große Zahl von

kleinen Kapitalisten, bedeutet einen weiteren Fortschritt der Zentralisation: Jeder Aufschwung bedeutet eine große Neuanlage von fixem Kapital, eine sprunghafte Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, wodurch die Bedingungen einer neuen Krise rascher heranreifen, da der Widerspruch zwischen dem unbegrenzten Ausdehnungstrieb des Kapitals und der engbegrenzten Konsumtion der Massen (...) in kürzester Zeit so scharf wird, daß nur eine neue Krise die Produktion und Konsumtion wieder gewaltsam vereinigen kann.«²⁷⁸

Aufgrund der Tatsache, daß der imperialistische Staat nicht mehr nur die Akkumulation flankiert, sondern kapitalmobilisierend, unmittelbar akkumulationsfördernd interveniert, gleichzeitig aber die gegensätzlichen Interessen rivalisierender Kapitalfraktionen und Monopolgruppen Widersprüche im Staatsapparat wie in seiner Regulierungstätigkeit freisetzen, ist er weit davon entfernt, einen konjunkturellen Nivellierungseffekt zu erzielen. Programmierungsmaßnahmen halten das Getriebe nicht mehr zusammen, die monopolistische Wirtschaftsregulierung kapituliert vor den ökonomischen Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus, also »muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen«.²⁷⁹

Das sozialistische Planungssystem läßt sich von folgenden Prinzipien leiten, deren konkrete Ausgestaltung dem Entwicklungsstand der materiellen Produktion und den Erfolgen der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau folgt:²⁸⁰

1) Die Planung ist wissenschaftlich. Ihre Methoden orientieren sich an den Erkenntnissen der marxistischen Politökonomie, fügen sich ein in den Bezugsrahmen historisch-materialistischer Analyse.

2) Die Planung ist zentralistisch organisiert. Bedingt durch die fortgeschrittene Vergesellschaftung der Produktion, verlangt die Volkswirtschaft nach zentraler Leitung. Die Dominanz partikularer Interessen muß um jeden Preis vermieden werden.

3) Die Planung ist normativ. Nachgeordnete Planungsinstanzen (Regionen, Unternehmen usw.) folgen den Direktiven der Zentrale, an deren Planvorgaben sich ihre Autonomie bricht.

4) Die Planung ist demokratisch. Sie strebt nach möglichst umfassender Beteiligung der Werktätigen und ihrer Organisationen am Pla-

nungsprozeß. Die zentrale Planungsinstanz unterliegt demokratischer Kontrolle.

5) Die Planung ist flexibel. Laufende und Perpektivpläne werden korrigiert, sofern sich Basisdaten oder Zielprojektionen als haltlos erweisen.

4.2. Die Bedeutung des antimonopolistischen Dreiklangs von Mitbestimmung, Vergesellschaftung und Investitionslenkung

Antikapitalistische Strategie muß unter imperialistischen Bedingungen antimonopolistische Strategie sein, was beinhaltet, demokratische und soziale Reformen als Zwischenziele zu formulieren, um die Macht der Monopole zu brechen und die Voraussetzungen für eine grundlegende Veränderung der sozioökonomischen Strukturen zu schaffen. Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft läßt sich nur als Resultat der Verknüpfung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen nichtmonopolistischen Schichten gegen die Macht des Großkapitals verwirklichen. Im Übergang zum Sozialismus sind die fortschrittlichen Kräfte bemüht, »der Bourgeoisie den Weg zur offenen Gewalt nach Möglichkeit zu verlegen, die herrschende Klasse auf den Weg der Reformen zu drängen und diese Reformen zu benutzen, um den politischen Druck der Werktätigen zu einem ständigen und zunehmenden Faktor zu machen, der das Wirken des Staates bestimmt. Es geht darum, unter den Bedingungen einer sich friedlich entfaltenden Revolution allmählich den sozialen Charakter der staatlichen Regulierung zu ändern, seine ökonomische Hauptbasis, den nationalisierten Sektor, zu erweitern, und nacheinander die Bindungen zu lösen, die den Staat mit den kapitalistischen Monopolen vereinen, sowie den bereits entstandenen und funktionierenden Mechanismus der zentralen Einmischung in die gesellschaftliche Reproduktion für die Befriedigung der gesellschaftlichen Interessen und nicht der Klasseninteressen der Ausbeuter einzusetzen«. ²⁸¹

Eine solche Planungskonzeption muß folgende Zielsetzungen haben: ²⁸²

- Demokratisierung ökonomischer Entscheidungsstrukturen,
- Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der arbeitenden Be-

völkerung, also weitestgehende Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals,

- Durchbrechung und Substitution des Kapitalverwertungsprinzips,
- Gestaltung der Produktion nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen.

Diese Zielprojektionen beinhalten eine tiefgreifende Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation und die Einleitung einer Politik, die sich konsequent an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert, den Konkurrenz- bzw. Profitmechanismus weitestgehend einzuschränken und die ökonomische Entwicklung nach demokratischen Prinzipien zu gestalten sucht. Eine derartige Konzeption darf nicht von außen an die politischen Aktionen der Arbeiterbewegung herangetragen werden. Sie ist deshalb durch eine Reihe von Forderungen und Maßnahmen, die am aktuellen Stand der Klassenauseinandersetzungen anknüpfen, in die Arbeiterbewegung integriert. Diese Maßnahmen verstehen sich als ökonomische Notwendigkeiten, um eine funktionsfähige Durchsetzung der Konzeption sicherzustellen:

1) Die paritätische Mitbestimmung im Sinne einer progressiven, auf die Errichtung von Gegenmachtpositionen abzielenden Mitbestimmungspraxis,

2) Verstaatlichung des gesamten Bankenbereiches, um eine planmäßige Steuerung des Kreditsektors zu gewährleisten. Dies hat besondere Bedeutung für die Investitionen der Klein- und Mittelbetriebe, die von der Investitionslenkung nicht erfaßt werden. Da ihre Investitionen überwiegend fremdfinanziert werden, ist deren Steuerung über die Kreditvergabe möglich.

3) Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Anzupeilen ist eine Mindestschwelle der Nationalisierung, welche die Macht der monopolistischen Zentren brechen soll, um den ökonomischen und außerökonomischen Gegenstrategien des Kapitals wirksam begegnen zu können.

4) Verhinderung der Kapitalflucht durch strenge gesetzliche Maßnahmen.

4.2.1. Mitbestimmung als Gegenmacht

Seit langem gehört die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, auf Unternehmens- und gesamtwirtschaftlichen Ebene zu den wichtigsten Etappenzielen des proletarischen Emanzipationskampfes. Kaum eine Forderung der Arbeiterbewegung war und ist jedoch bis in die marxistische Linke hinein ähnlich umstritten. Tatsächlich herrschen integrationsistische und reformistische Mitbestimmungskonzeptionen vor, für die sich in der Parität von Kapital und Arbeit soziale Partnerschafts- und Harmonievorstellungen verwirklichen. Die Ambivalenz der Mitbestimmungsforderung besteht darin, daß sie sowohl zur Bewußtseinsbildung unter den Werktätigen und zur Verbesserung ihrer Kampfbedingungen als auch zur institutionellen Kanalisierung des Klassenkonflikts führen kann. »Berücksichtigt man den Entwicklungsgrad des Klassenkampfes in der Bundesrepublik, besonders den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse und das politisch-ideologische Kräfteverhältnis in den Gewerkschaften, so wird offensichtlich, daß der Kampf um die unmittelbaren sozialen, ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten der notwendige Ansatzpunkt der Entwicklung des Klassenkampfes ist, und daß eine längerfristige demokratisch-antimonopolistische Etappe des Kampfes nicht übersprungen werden kann. In diesem Sinne wird der Kampf um Mitbestimmung ein Element der anti-imperialistischen und anti-monopolistischen Strategie der sozialistischen Arbeiterbewegung. Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß in einigen Teilforderungen, nimmt man diese für sich, eine Überlappung mit Interessen des herrschenden Systems auftreten kann, daß vor allem zusätzliche institutionelle Einflußmöglichkeiten, die als Erweiterung demokratischer Rechte erscheinen, in die Integrationspolitik der herrschenden Klasse eingeordnet werden können.«²⁸³ Deshalb muß in jeder Phase der Auseinandersetzung um adäquate Mitbestimmungsmodelle Klarheit darüber bestehen, daß die bloße Formalisierung und Kodifizierung des kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisses noch keinerlei Änderung seiner sozialen Inhalte bedeutet. Gefährlich wäre die Beschränkung auf den institutionellen Rahmen der Mitbestimmung. Im Mittelpunkt hat vielmehr der Mobilisierungsaspekt zu stehen, weil sich sonst »die Mitbestimmungsidee in eine Unterwerfungs- und Disziplinierungspraxis umkehren und – aufgrund ge-

setzlicher Bindungen – die Interessensolidarität zwischen Belegschaften, Gewerkschaften und Belegschaftsvertretern zerstören kann«. ²⁸⁴

Ein »Mitbestimmungs«gesetz, das den Kapitalvertretern in den Aufsichtsgremien von Großunternehmen ein Letztentscheidungs- oder Vetorecht einräumt, verdient seinen Namen nicht. Abzulehnen ist auch die Aufspaltung der Belegschaften in Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte, womit ein »Mehrklassenwahlrecht« in den Betrieben eingeführt wird. Weder sollten die Repräsentanten der Lohn- und Gehaltsempfänger im Aufsichtsrat auf das »Unternehmenswohl« verpflichtet, noch dürfen sie an eine Schweigepflicht gebunden werden. Als Kriterien, nach denen Mitbestimmungsmodelle beurteilt werden können, wären zu nennen:

»1. Fördern sie die Initiative und Selbsttätigkeit der lohnabhängig Beschäftigten zur Wahrnehmung ihrer Interessen?

2. Lenken sie die Initiative gegen die realen Machtzentren des Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Systems?

3. Erweitern sie die reale Informationsbasis der Arbeiterklasse?

4. Begründen und fördern sie Gegenmachtpositionen der Arbeiterklasse?« ²⁸⁵

Die Mitbestimmung der Werk­tätigen, im kämpferischen Sinne verstanden als Kontrolle monopolistischen Eigentums, zielt auf die Beeinflussung des Reproduktionsprozesses ab, ohne Illusionen bezüglich eines evolutionären Hineinwachsens in den Sozialismus oder einer dem »Gemeinwohl« dienenden Klassenkollaboration zu hegen. Sie begreift sich nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung der Vergesellschaftung strukturbestimmender Wirtschaftssektoren. Eine solche Mitbestimmungsregelung würde sich selbstredend nicht nur auf die Arbeitsorganisation, sondern auch auf Fragen des Managements im engeren Sinne, wie Preisfestsetzung, Gewinnausschüttung, Modellpolitik u. ä., erstrecken. »Das Grundproblem der Mitbestimmung besteht (...) in der Verbindung des Kampfes um die unmittelbaren Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren historischen Klasseninteressen. Die Vermittlung beider Aspekte ist die Orientierung auf tiefgehende Eingriffe in die Profitsphäre des Kapitals. Im Verlauf sich zuspitzender Kämpfe um materielle Forderungen kann Massenbewußtsein für weitreichende strukturelle Veränderungen entstehen. Und erst in derartigen Kämpfen weiten sich ökonomische Konflikte aus und beziehen sich

nicht mehr nur auf die Verteilung des Neuwertes, sondern auch auf grundlegende Fragen der Verwendung des Mehrproduktes und damit auf Fragen der ökonomischen und politischen Macht.«²⁸⁶

4.2.2. Die Mindestschwelle der Nationalisierung

Grundlage der gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung ist die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktions- und Zirkulationsmittel. Hat die Verstaatlichung im Kapitalismus die Funktion, unrentable Bereiche der Wirtschaft aus der Verantwortung des Privatkapitals herauszunehmen, um durch diese Form der Kapitalentwertung die Folgen chronischer Überakkumulation möglichst gering zu halten, so begnügt sich die demokratische Nationalisierung nicht mit der Übertragung des Eigentumstitels auf den Staat, sondern führt eine qualitative Veränderung der unternehmerischen Leitungsstrukturen herbei. Unter Vermeidung syndikalistischer und betriebsegoistischer Vereinseitigungen gilt es, die Initiative der Werktätigen bei der eigenverantwortlichen Produktionsgestaltung voll zur Entfaltung zu bringen. Als strategisches Kernstück des Marxismus ermöglicht die Sozialisierung die Zurückdrängung der Monopolmacht und die Selbstverwirklichung der arbeitenden Menschen. Nachdem die Arbeiterklasse bzw. ihre Organisationen im Verein mit den übrigen werktätigen Schichten die Staatsmacht erobert haben, wälzen sie mit deren Hilfe die Produktionsverhältnisse um, verwandeln zunächst den Finanzsektor und die industriellen Schlüsselbereiche in Gemeineigentum und legen dadurch den Grundstein einer neuen, klassenlosen Gesellschaft. Die Verstaatlichung löst noch nicht die Vielzahl der im Spätkapitalismus besonders prekären sozialen und ökonomischen Probleme, aber sie birgt den Schlüssel zu ihrer Lösung in sich.²⁸⁷

Die ständig zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals verschärft bei fortschreitender Vergesellschaftung der Produktion den Widerspruch zwischen den Planungsbedürfnissen der Monopole und der die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnenden Anarchie aller ökonomischen Beziehungen. Dieser Widerspruch entlädt sich in zyklischen Überakkumulationskrisen, die, unterstützt von der Wirtschaftspolitik des bürgerlichen Staates, zur Vernichtung nichtmonopolistischen Kapitals beitragen und den längst dominierenden Mammut-

konzernen die Realisierung von Extraprofiten erlauben. So gelingt es dem Großkapital, das Gesetz vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate zu unterlaufen, dem Prozeß des Profitratenausgleiches zu trotzen und kontinuierlich Monopolprofite zu erzielen. Die Entwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals vollzieht sich nicht zuletzt über das Ensemble der nationalisierten Unternehmen. »In allen kapitalistischen Ländern hat sich der staatliche Sektor (. . .) in einer Reihe von Bereichen entwickelt, die sehr ähnliche Merkmale aufweisen: Kohlenbergbau, Produktion von Elektroenergie, See-, Eisenbahn- und Lufttransport, Luft- und Raumfahrt, Atomenergie usw. Es handelt sich in der Regel um Bereiche, in denen das fixe Kapital, das heißt die Gesamtheit der für die Produktion notwendigen Einrichtungen und Maschinen, besonders hoch und kostspielig ist. Auf Grund dieses hohen Anteils an fixem Kapital reagieren diese Bereiche auf den kapitalistischen Konkurrenzkampf und die periodisch wiederkehrenden Krisen sehr empfindlich. Das fixe Kapital kann in schwierigen Situationen nicht ohne Komplikationen von einem Bereich in einen anderen übergeführt werden. Auch kann es bei Arbeitslosigkeit oder Produktionsrückgang nur sehr schwer verringert, sondern höchstens ›brachgelegt‹ werden. Mit der Konzentration des Marktes wirken sich Preisstürze hier weit schwerwiegender aus als in anderen Bereichen, in denen das fixe Kapital weniger bedeutend ist. Mit anderen Worten: Es handelt sich um besonders anfällige Bereiche, die außerdem auf Grund der hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals die allgemeine Profitrate belasten.«²⁸⁸

Entspricht die Verstaatlichung unrentabler Unternehmen und ganzer Branchen unter imperialistischen Herrschaftsbedingungen in erster Linie dem Profitstreben der Finanzoligarchie, so verkehrt sich ihr Klasseninhalt während der demokratischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft ins genaue Gegenteil. Denn die Nationalisierung weiter Teile der Wirtschaft wird zum »Hauptinstrument in den Händen einer demokratischen Regierung, um der gesamten Produktion die Orientierung und Organisation zu geben, die unabdinglich sind, um schrittweise die Befriedigung der Bedürfnisse zu erreichen.«²⁸⁹ Welche Bereiche sollen nun in Volkseigentum übergeführt werden? Wo liegt die Grenzlinie, deren Überschreiten die Tür zum Sozialismus aufstößt? Als Richtmarke nennt Paul Boccara »die Minimalschwelle einer antimonopolistischen Nationalisierung, durch die garantiert ist, daß die Akku-

mulation und der monopolistische Profit nicht mehr die gesamte nationale Wirtschaft beherrschen«. ²⁹⁰ Daraus resultiert, bezogen auf westdeutsche Verhältnisse, die Aufgabe, eine ökonomische Bestimmung der Mindestschwelle vorzunehmen, ohne der Täuschung zu verfallen, es handele sich dabei um eine starre Größe, die der Dynamik des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses nicht unterliege. Erst wenn diese Analyse vorliegt, können die Firmen, Versicherungskonzerne und Kreditinstitute konkret bezeichnet werden, deren Enteignung eine antimonopolistische Regierung vorrangig zu betreiben hätte.

Den Kern des öffentlichen Sektors, dem eine noch immer bedeutende Zahl privater und halbstaatlicher Betriebe gegenübersteht, bilden die Unternehmen der industriellen Schlüsselbereiche, in denen der Anteil des konstanten Kapitals besonders hoch ist: Energie, Chemie, Elektrotechnik, Elektronik, Eisen und Stahl, Luft- und Raumfahrt, Rüstung. Neben den Monopolunternehmen anderer Branchen werden auch Versicherungsgesellschaften sowie das Bank- und Kreditwesen mit Ausnahme genossenschaftlich bzw. gemeinwirtschaftlich organisierter Geldinstitute einbezogen. »Die enge Verflechtung, die in der gegenwärtigen Wirtschaft zwischen Bank- und Industriekapital vorherrscht, macht die Nationalisierung notwendig. Die monetäre Absicherung der neuen Industrie- und Gesellschaftspolitik, die Bekämpfung der Preis- und Kreditinflation, der Währungsspekulation, die Kontrolle der internationalen Kapitalverschiebungen usf. – dies alles kann ohne die Beherrschung des Bank- und Finanzapparates durch öffentliche Organe nicht gewährleistet werden.« ²⁹¹

Der öffentliche Sektor, dessen Unternehmen in ökonomischer wie in gesellschaftspolitischer Hinsicht eine Pilotfunktion zu erfüllen haben, muß groß genug sein, um die Boykottmaßnahmen des Restkapitals abfedern zu können. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, daß punktuelle Verstaatlichungen mehr Schwierigkeiten aufwerfen, als sie zu beseitigen jemals imstande sind. Ohne in Zahlenspielerei und Nationalisierungsarithmetik zu verfallen, muß konstatiert werden, daß sich ein Sozialisierungsgradualismus, der keine genauen Vorstellungen vom Umfang des zu erfassenden Bereichs hat, als hilflos erweist. Umgekehrt wäre ein Frontalangriff, die Nationalisierung aller Wirtschaftsbereiche,

mehr als abenteuerlich. Jede Maßnahme sollte sich in ein wissenschaftlichen Kriterien genügendes Konzept einfügen, weil sonst ein Rückfall auf der ganzen Linie unvermeidlich ist.

4.2.3. Grundzüge des demokratischen Planungsmodells

Ausgangspunkt der Planung ist eine langfristige wirtschaftliche Trendprognose (15–20 Jahre), die der Problemanalyse und der Vermeidung von Fehlplanungen dienen soll und vom zuständigen Ministerium erarbeitet wird. Für die vergesellschafteten Schlüsselindustrien und Banken sowie für die privaten Unternehmen besteht eine gesetzliche Pflicht, den Planungsträgern alle erforderlichen Informationen zugänglich zu machen. Damit will man das schwierige Problem der Informationsbeschaffung und -auswertung, die ja das Fundament jeglicher Planungstätigkeit bilden, in den Griff bekommen. Aufbauend auf der Trendprognose, wird der volkswirtschaftliche Rahmenplan für eine Planungsperiode von 4 bis 5 Jahren erstellt. Dabei wird eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in der alle relevanten Geld- und Gütertransaktionen, die in einer bestimmten Periode zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft stattgefunden haben, mit ihrer Auswirkung auf Entstehung, Verwendung und Verteilung des Sozialproduktes aufgezeichnet und der Rahmenplanung zugrunde gelegt. »Der volkswirtschaftliche Rahmenplan hat drei Grundelemente:

- Er stellt mit einer in die Zukunft projektierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die wünschenswerte Entwicklung dar und wie diese sich auf die Güterproduktion, die Einkommensverteilung und die Güterverwendung auswirken soll. Das Verhältnis von Investitionen und Konsum, der Anteil der öffentlichen und privaten Investitionen sowie des öffentlichen und privaten Konsums werden aufgeschlüsselt.

- In einem verbindlichen gesamtwirtschaftlichen Investitionsplan werden Struktur und Höhe der öffentlichen und privaten Investitionen nach Wirtschaftsbereichen und Regionen aufgegliedert. Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird in einer gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung angegeben.

- Die notwendigen rechtlichen Maßnahmen (z. B. hinsichtlich Planungstechniken, Gebots- und Verbotsgesetzgebung), die von Parlament und Regierung ergriffen werden müssen, um die bestimmten wirt-

schafts- und gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen, werden angegeben.«²⁹²

Die Ausarbeitung des Planes erfolgt nach einem System koordinierter dezentraler und zentraler Entscheidungsebenen. Dabei kommt den Wirtschafts- und Sozialräten, in denen Vertreter der arbeitenden Bevölkerung (Gewerkschaftsvertreter) und Unternehmer aufeinandertreffen, eine entscheidende Bedeutung zu.²⁹³

In den vergesellschafteten Betrieben erfolgt die Willensbildung in Betriebsversammlungen, Vertrauensleutekonferenzen und im Aufsichtsrat. Nach der innerbetrieblichen Koordination werden die Planvorstellungen an das zuständige Ministerium geleitet. Parallel dazu erarbeiten Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke und Länder ihre Vorschläge zur regionalen Strukturpolitik (Wirtschaftsförderung, Umweltschutz, Verkehrsplanung usw.) in Abstimmung mit regionalen Wirtschafts- und Sozialräten. Diese Planvorstellungen werden im zuständigen Ministerium anhand politischer und finanzieller Prioritäten koordiniert. Dieser Planentwurf wird erneut an der Basis diskutiert und eventuell mit Änderungswünschen dem Ministerium erneut zugeleitet. Dort wird er dann endgültig erstellt. Nach Zustimmung durch den Bundeswirtschafts- und Sozialrat wird er dem Parlament zugeleitet. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens hat der Bundeswirtschafts- und Sozialrat bei allen Entscheidungen ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Die letzte Entscheidung trifft dann das Parlament. Nach der Verkündung im Gesetzblatt tritt der volkswirtschaftliche Rahmenplan in Kraft.

Die sozialisierten Industrien sind an den Rahmenplan gebunden. Größere Investitionsvorhaben (Erweiterungsinvestitionen) werden zentral kontrolliert und unterliegen der Genehmigung durch den Bundeswirtschafts- und Sozialrat. Dezentral von den sozialisierten Betrieben werden Ersatzinvestitionen, Investitionen, die nur der Modernisierung bestehender Produktionsanlagen, der Steigerung der Produktqualität oder der Anpassung an die aktuelle Marktnachfrage dienen, durchgeführt. Bei allen nichtsozialisierten Unternehmen ab einer bestimmten Größenordnung werden die erwirtschafteten Gewinne bis zu einem festzulegenden Prozentsatz in einen zentralen Fonds bei einer Bank für Industrieinvestitionen abgeführt. Damit soll eine Selbstfinanzierung der Investitionen verhindert werden. Eine Kontrolle dieser Maßnahmen erfolgt durch die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat. Eine

Lenkung der Investitionen gemäß Rahmenplan erfolgt über die Mittelvergabe. Die Investitionen von Unternehmen, die in diesen beiden Klassen nicht erfaßt werden, erfolgt durch eine selektive Kreditvergabe der verstaatlichten Banken. Die Kredite werden in die Wirtschaftsbereiche gelenkt, deren Investitionsvorhaben mit dem Ziel des Rahmenplanes übereinstimmen.

Gesetzlich ist sicherzustellen, daß bestimmte Investitionen bei den privaten Unternehmen imperativ durchgesetzt werden können. Es handelt sich hier um Investitionen, die aus gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen notwendig sind. Daneben sollten durch einen Ausbau der Verbots- und Gebotsgesetzgebung verbindliche Normen geschaffen werden, die festlegen, daß ein bestimmter Anteil der Investitionen für die Beseitigung sozialer Folgen der privaten Produktion aufgewendet wird. Dies betrifft etwa den Umweltschutz, Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt und Verbesserung des betrieblichen Gesundheitswesens. Auch die indirekte Investitionslenkung hat in einem Konzept gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung ihren Platz. Allerdings sind indikative Lenkungsmaßnahmen nur sinnvoll, »wenn bereits ein einflußreicher nationalisierter Sektor besteht, von dem aus über die nationalisierten Unternehmen Einfluß genommen wird auf die kapitalistischen Zulieferer- und Absatzindustrien. Durch eine gezielte Auftrags-, Preis- und Kreditpolitik könnten diese nichtmonopolistischen kapitalistischen Unternehmen an die gesellschaftlichen Ziele der Produktion gebunden werden.«²⁹⁴ Damit sich direkte und indirekte Lenkung zu einem einheitlichen Planungsmechanismus verbinden, bedarf es eines Systems exakt aufeinander abgestimmter ökonomischer Stimuli, die den Besonderheiten des privaten und des öffentlichen Sektors Rechnung tragen. Wenn sich die Entwicklung solcher Hebel auch erst in einem längeren Lernprozeß vollzieht, so kann doch auf den Erfahrungsschatz der sozialistischen Staatengemeinschaft zurückgegriffen werden. Deren Planungsgeschichte ist nicht frei von Irrtümern, bestätigt jedoch folgende Aussage Gerd Sieberts: »Eine demokratische Investitionslenkung und -kontrolle, die sich durchgängig an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiert, läßt sich nicht im Kapitalismus, sondern erst im Sozialismus verwirklichen.«²⁹⁵

4.3. Strategische Konsequenzen

Obwohl eine weitere Präzisierung des Konzepts gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung dringend erforderlich scheint, darf sie nicht in Form eines von der Entwicklung des Klassenkampfes der BRD abgelösten Patentrezepts erfolgen oder in perfektionistische Modellhuberei ausarten. Marxistische Planungstheorie muß sich auf die Formulierung allgemeiner Leitsätze konzentrieren, die als Richtschnur in der Auseinandersetzung um die Änderung der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik dienen können. »Die Ausarbeitung einer antimonopolistischen Wirtschaftspolitik setzt auf jeder Stufe, in jeder Situation den umfassenden aktiven Kader der Arbeiterklasse voraus. Ihre Aussagen können nicht am Schreibtisch geschaffen werden, sondern sind mit dem jeweiligen Entwicklungs- und Reifegrad der Klassenkämpfe und des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Kader verbunden. Erst mit der Entwicklung der Massenkämpfe und des Klassenbewußtseins und damit auch des Forderungsniveaus der Arbeiterklasse können die Forderungen nach Investitionskontrolle und Investitionslenkung jenen Grad an Konkretheit erlangen, der sie zur unmittelbaren Kampfaufgabe macht, der ihnen für die betriebliche, sektorale, regionale und nationale Ebene eine realisierbare Gestalt gibt.«²⁹⁶ Der Kampf um Form und Inhalt der Planung muß einmünden in den Kampf um die politische Macht, ohne die tiefgreifende Wandlungen im System staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung und -programmierung eine Fiktion bleiben. »Eine demokratische Investitionslenkung bedarf einer grundlegenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses. Nur wenn sie von einer breiten Bewegung im Volk getragen wird, die auch im Parlament ihren Niederschlag findet, wenn sie eingeordnet ist in eine Strategie der demokratischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, wird es möglich sein, diese weitgespannte demokratische Reform zu verwirklichen.«²⁹⁷

Gerade die Frage der Durchsetzung wird in vielen Planungsmodellen grob vernachlässigt oder bewußt ausgeklammert. Die demokratische und Arbeiterbewegung hat ihre politische Strategie, die sich primär gegen das Großkapital und seine Verbündeten richten muß, auf die bei den Lohnabhängigen vorherrschenden Bewußtseinsformen abzustellen. Die Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft, die gemeinsame Aktio-

nen christlicher, sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter und Angestellter erleichtert, ja überhaupt erst ermöglichte, darf nicht in Frage gestellt werden. Im politischen Bereich ist an eine Kooperation der Arbeiterparteien, von denen die eine aufgrund ihrer weitgehenden Verbürgerlichung keine orientierende Rolle spielt, vorläufig nicht zu denken. Dennoch eröffnen die seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre zu beobachtenden Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse innerhalb der SPD die Chance, daß Teile der Parteimitgliedschaft, die im Gegensatz zur Rechtssozialdemokratie nicht einer alternativlosen Selbstbindung an das staatsmonopolistische System unterliegen, von reformistischen Illusionen Abstand nehmen, auf ihrer Klassenlage adäquate Positionen übergehen und zusammen mit anderen demokratischen Kräften konsequent für die Interessen der Werktätigen eintreten. Der Abbau des Antikommunismus – nach wie vor die ideologische Hauptbarriere gegen jede Art gesellschaftlichen Fortschritts – vollzieht sich nur im täglichen Interessenvertretungskampf, der die wirkliche Frontstellung der Lohnabhängigen gegenüber dem Großkapital hervortreten läßt und Ressentiments gegenüber den eigenen Klassengenossen allmählich aufweicht. Zur Entspannung zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung tragen auch das gewandelte internationale Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus, die Politik der friedlichen Koexistenz und der steigende Lebensstandard in den sozialistischen Staaten Osteuropas bei. Gerade in ökonomischen Depressionsphasen erweist sich die Aktions-einheit der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Gruppierungen eines Landes als Gebot der Stunde, um den Formierungsbestrebungen der herrschenden Klasse die geballte Kraft des arbeitenden Volkes entgegenzusetzen. Progressive Christen, kritische Liberale und linke Sozialdemokraten haben mit Kommunisten mehr als nur das Interesse gemein, die Faschisierung der westdeutschen Gesellschaft zu verhindern und die Gefährdung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch die Machtkonzentration in den Konzernetagen zu verringern.

»Es ist ein dringendes Gebot, an die Stelle der Intervention des Staates zugunsten der kapitalistischen Monopole eine echte wirtschaftliche und politische Demokratie zu setzen, die nach und nach die Schlüsselbereiche der Wirtschaft nationalisiert und unter wirklicher Beteiligung der Volksmassen die Entwicklungsrichtung der Produktion und der Wirt-

schaft entsprechend den Bedürfnissen der Werktätigen und des Landes plant.«²⁹⁸ Die Stärkung der fortschrittlichen Sozialdemokratie bildet ebenso wie die Massenverankerung der DKP eine der Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit der antimonopolistische Dreiklang von Mitbestimmung, Vergesellschaftung und gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung die Massen ergreift und zur materiellen Gewalt wird. In Anknüpfung an die unmittelbaren Krisenfolgen gilt es, die Vorstellungen von einer Neuordnung des Planungssystems der BRD programmatisch mit dem Kampf um den Arbeitsplatzertand, gegen den Abbau staatlicher Leistungen im sozialen, Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie für die Sicherung und Ausweitung demokratischer Grundrechte zu verbinden. Als Vorbild kann dabei das gemeinsame Regierungsprogramm der Linksparteien in Frankreich dienen.²⁹⁹ Richtungsweisend ist auch die Bündnispolitik der französischen Volksunion. Kleinbürgerliche Zwischenschichten werden nicht zuletzt deshalb für eine Koalition mit der Arbeiterklasse gewonnen, weil sie erkannt haben, daß die Planification einzig den Interessen des monopolistischen Kapitals dient. Soweit möglich, wird ihnen eine genossenschaftliche Perspektive gewiesen. Eine andere Zielgruppe sozialistischer Agitation und Propaganda stellt die Intelligenz dar, deren Bedeutung im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution noch zunimmt.

Die Wirksamkeit einer antimonopolistischen Strategie hängt heute wesentlich von ihrer Vermittlung auf internationaler Ebene ab. Im Zuge der westeuropäischen Integration hat sich das Monopolkapital einen enormen Vorsprung gegenüber den Klassenorganisationen der Werktätigen verschafft, sowohl was die Repräsentanz in supranationalen Institutionen betrifft, als auch im Hinblick auf einen rationellen Mitteleinsatz. Die Verbesserung der internen Kommunikationsstrukturen, die Ausweitung der Koordinationsmöglichkeiten und die Verpflichtung zur vorherigen Konsultation etwa im Falle nationaler Streiks sind erste Schritte, um dem international organisierten Kapital Paroli zu bieten.³⁰⁰ Auf der Tagesordnung steht die Vereinheitlichung und Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der nationalen Arbeiterbewegungen; die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung gewinnt in diesem Zusammenhang einen zentralen Stellenwert, unabhängig von ihrem aktuellen Bezug – der Krise als dem Kronzeugen des Marxismus.

Anmerkungen

- 1 Karl Georg Zinn, Sozialistische Planwirtschaftstheorie, Grundlagen und aktuelle Probleme der Arbeitswertlehre, Stuttgart 1971, S. 204.
- 2 Vgl. z. B. John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1970; Jan Tinbergen, Die Rolle der Planungstechniken bei einer Annäherung der Strukturen in Ost und West, Westberlin/Köln/Mainz 1966.
- 3 Siehe W. I. Lenin, Rede zur Resolution über die gegenwärtige Lage, gehalten auf der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR (B), 29. April (12. Mai) 1917, in: LW, Bd. 24, S. 299.
- 4 Klaus Franke, Konjunktur und Krise in der BRD heute, in: IPW-Berichte, Nr. 2/1973, S. 28.
- 5 Volker Ronge, Politökonomische Planungsforschung, in: Ders./Günter Schmieg (Hrsg.), Politische Planung in Theorie und Praxis, München 1971, S. 155.
- 6 Siehe Wolf Rosenbaum, Staatsinterventionismus und Wirtschaftsplanung im modernen Kapitalismus, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Der bürgerliche Staat der Gegenwart, Formen bürgerlicher Herrschaft II, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 23.
- 7 Urs Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse, Frankfurt am Main 1973, S. 111.
- 8 Siehe Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, Eine kritische Studie, Berlin (DDR) 1969, S. 15.
- 9 Siehe Josef Schleifstein, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/1973, S. 390 f.
- 10 Vgl. zum folgenden: Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle (Informationbericht 18 des IMSF), Frankfurt am Main 1975, S. 4.
- 11 Norbert Koubek/Ingrid Scheibe-Lange, Einzel- und gesamtwirtschaftliche Daten zur Investitionsstruktur in der BRD, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1974, S. 310.
- 12 Siehe Ulrich Steger, Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1974, S. 564.
- 13 John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, a.a.O., S. 343.
- 14 Gerhard Kade, Kriterien einer gesamtgesellschaftlich orientierten Investitionssteuerung, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 39.
- 15 Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern aus der Sicht bundesrepublikanischer Unternehmen, Eine Umfrage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/1975, S. 1225.
- 16 Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Ein Leitfaden für Lehrende, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 100.
- 17 Das Kapital macht sich diesen Umstand, etwa bei der Forderung nach Subventionen zur »Schaffung neuer Arbeitsplätze«, zunutze.
- 18 Werner Meißner, Investitionslenkung, Frankfurt am Main 1974, S. 138.
- 19 Siehe Albert Schunk, Vergesellschaftung und Investitionslenkung als Alternativen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 746.
- 20 Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, 3. Aufl. Frankfurt am Main 1970, S. 127.
- 21 Siehe Wolfgang Abendroth, Die Alternativen der Planung: Planung zur Erhaltung des Spätkapitalismus oder Planung auf eine klassenlose Gesellschaft?, Einige marxistische Bemerkungen zum Problem der Planung, in: Ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur Politischen Soziologie, 2. Aufl. Neuwied/Westberlin 1972, S. 480.

22 Alfred Bönisch, *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus*, a.a.O., S. 190. Der hier konstatierte Tatbestand darf allerdings nicht dahingehend mißdeutet werden, die staatsmonopolistische Regulierungspraxis zeitige außer der Steigerung des Profitaufkommens und der Macht weniger Konzerngiganten über die Gesellschaft keinerlei Erfolge, etwa in bezug auf die Intensivierung der Forschung, die Entwicklung neuer Produktionstechniken, die Anpassung überholter Strukturen usw. Vielmehr „entsprechen einige Aspekte der staatlichen Programmierung objektiv den Anforderungen, wie sie die Entwicklung der Volkswirtschaft stellt, und sie bringt gewissermaßen als Nebenprodukt Elemente des Fortschritts in der Produktion und in sozialer Hinsicht hervor. Bedeutung und Größe dieser Elemente hängen davon ab, in welchem Maße die Arbeiterklasse und die Werktätigen überhaupt den Staat zwingen können, ihren Interessen Rechnung zu tragen.“ (Siehe S. I. Tjulpanow/V.L. Scheinis, *Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus*, Frankfurt am Main 1975, S. 181.)

23 Alfred Bönisch, *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus*, a.a.O., S. 93.

24 Josef H. Kaiser, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), *Planung III, Mittel und Methoden planender Verwaltung*, Baden-Baden 1968, S. 7.

25 Siehe Wilhelm M. Breuer, *Der geplante Kapitalismus – Garant für Stabilität und Wachstum?*, in: Friedrich Hitzer/Reinhard Opitz (Hrsg.), *Alternativen der Opposition*, Köln 1969, S. 105.

26 Brigitte Heinrich, *Intervention und Integration, Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie im Spätkapitalismus*, in: *Kursbuch 31*, Mai 1973, S. 140. Zur politischen und ökonomischen Situation in der Endphase der Weimarer Republik vgl. Wilhelm H. Breuer, *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932*, Köln 1974.

27 S. L. Wygodski, *Der gegenwärtige Kapitalismus*, Berlin (DDR) 1972, S. 408.

28 N. N. Inosemzew u. a., *Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus*, Frankfurt am Main 1972, S. 406.

29 Siehe Paul A. Baran, *Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft*, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1969, S. 69.

30 Alfred Bönisch, *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus*, a.a.O., S. 57.

31 Vgl. hierzu sowie zum Restaurationsprozeß in den Westzonen: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, *Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955*, Köln 1975; Ernst-Ulrich Huster u. a., *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*, Frankfurt am Main 1972; Hans Karl Rupp, *Sozialismus und demokratische Erneuerung, Die ersten Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945*, Köln 1974; Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1971; Ute Schmidt/Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus, Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48*, Westberlin 1971.

32 Udo Mayer, *Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 11/1975, S. 1262.

33 Vgl. die von Victor Agartz auf dem Parteitag der SPD 1946 in Hannover gehaltene Rede, in der er forderte: »Die Investitionstätigkeit ist zukünftig ausschließlich dem Staat zur vollständigen Kontrolle zu überantworten. (...) Ein besonders wirksames und zugleich elastisches Mittel der zentralen Steuerung der Investition ist die Kreditpolitik.« (Victor Agartz, *Sozialistische Wirtschaftspolitik*, Hamburg o.J., S. 9.)

34 Vgl. *Wirtschaftspolitische Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, in: *DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll, Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, München 12.-14. Oktober 1949, Köln 1950, S. 320 ff.

35 Entschließung zur allgemeinen Wirtschaftspolitik, in: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll, 4. Ordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hamburg 1.-6. Oktober 1956, o.O.u.J., S. 729 ff.

36 Vgl. Grundsatzprogramm des DGB, in: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Protokoll, Außerordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf 21.-22. November 1963, o.O.u.J., S. 458.

37 Vgl. hierzu: Bundessekretariat der Jungsozialisten (Hrsg.), Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963. Das Verlangen nach indirekter Investitionssteuerung findet sich im Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag 1952, erweitert auf dem (West-)Berliner Parteitag 1954, ebd., S. 144.

38 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, ebd., S. 196.

39 Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl. Westberlin/Göttingen/Heidelberg 1959, S. 41.

40 Vgl. ebd., S. 50.

41 Siehe ders., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952, S. 372.

42 Vgl. Hans Ritschl, Die Grundlagen der Wirtschaftsordnung, Gesammelte Aufsätze zur Lehre von der Wirtschaftsordnung, Tübingen 1954, S. 105 ff.

43 Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 20.

44 Vgl. zum folgenden: Ders., Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., S. 78 ff.

45 So hat Hensel nachgewiesen, daß sich die Knappheiten in einem System zentraler Wirtschaftsplanung in den Plansalden der Güterbilanzen zeigen, eine exakte Wirtschaftsrechnung damit theoretisch möglich ist. Vgl. K. Paul Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, 2. Aufl. Stuttgart 1959, S. 207 ff.; hierzu auch: Karl Georg Zinn, Sozialistische Planwirtschaftstheorie, a.a.O., S. 85 ff.

46 Zu den folgenden Ausführungen vgl. Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., S. 87 ff.

47 Siehe ebd., S. 218 f. Diese Harmonievorstellungen sind auf vielfältige Kritik gestoßen. Nawroth kritisiert, daß das Gesamtinteresse »grundsätzlich mit dem mechanisch-kausalen Additionsergebnis realisierter kaufkräftiger Einzelinteressen identifiziert wird.« (Egon Edgar Nawroth, Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, 2. Aufl. Heidelberg 1962, S. 171 ff.)

48 Zu den folgenden Punkten siehe K. Paul Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 71.

49 Vgl. hierzu Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 250 f., sowie K. Paul Hensel, Grundformen der Wirtschaftsordnung, Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft, München 1972, S. 174 ff.

50 Vgl. Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., S. 239.

51 Vgl. hierzu K. Paul Hensel, Grundformen der Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 167 ff.

52 Vgl. ders., Über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Willensbildung und Willensverwirklichung in verschiedenen Ordnungen, in: Hans-Jürgen Seraphim (Hrsg.), Probleme der Willensbildung und der wirtschaftspolitischen Führung, Westberlin 1959, S. 39 ff.

53 Ders., Grundformen der Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 144 ff.

54 Vgl. Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 132 f.

55 Vgl. Hajo Riese, Ordnungsidee und Ordnungspolitik, Kritik einer wirtschaftspolitischen Konzeption, in: Kyklos, H. 25/1972, S. 24 ff., sowie W. N. Schenajew, Die Krise der »sozialen Marktwirtschaft« – »Theorie« und Wirklichkeit, Frankfurt am Main 1973.

- 56 Siehe Karl Georg Zinn, Wohlstand und Wirtschaftsordnung, Zur Leistungsfähigkeit von marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Systemen, Darmstadt 1972, S. XI f.
- 57 Vgl. Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 198.
- 58 Karl Georg Zinn, Wohlstand und Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 80.
- 59 Vgl. Egon Edgar Nawroth, Die wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen des Neoliberalismus, Köln 1962, S. 18.
- 60 Siehe Walter Eucken, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung, in: Ordo, Bd. 2 (1949), S. 33.
- 61 Vgl. Hans G. Schachtschnabel, Wirtschaftspolitische Konzeptionen, Stuttgart 1967, S. 83 ff.
- 62 Günter Hedtkamp, Wirtschaftssysteme, Theorie und Vergleich, München 1974, S. 114; vgl. auch Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 254 ff.
- 63 Siehe ebd., S. 294.
- 64 Vgl. K. Paul Hensel, Grundformen der Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 55 ff. Diese Auffassung wird nicht von allen Ordoliberalen geteilt. Vielmehr bewertet man die Monopolproblematik unterschiedlich und plädiert für abweichende Lösungsvorschläge. Vgl. Erwin Stocker, Die Monopolpolitik des Neoliberalismus, Zürich 1957, S. 20 ff., sowie Hans Ritschl, Die Grundlagen der Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 133 ff.
- 65 Vgl. Heinrich Freiherr von Stackelberg, Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung, in: Ordo, Bd. 2 (1949), S. 193 ff.
- 66 Siehe zum folgenden: Karl C. Thalheim, Zum Problem der Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik, in: Ders., Beiträge und Vorträge, Westberlin 1965, S. 28 ff.
- 67 Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Mit einem Vorwort von Karl Schiller, Köln/Westberlin 1968, S. 323.
- 68 Die Konferenzergebnisse liegen zum Teil in Buchform vor: Planung in der Marktwirtschaft, Vorträge auf der vom 5. bis 7. Dezember 1963 im Kurhaus zu Bad Kreuznach von der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Liberalen Weltunion veranstalteten Internationalen Arbeitstagung, Stuttgart 1964; Planung in der freien Marktwirtschaft, Bergedorfer Protokolle, Bd. 7, Hamburg/Westberlin 1964; Alfred Pitzko (Hrsg.), Planung ohne Planwirtschaft, Frankfurter Gespräche der List Gesellschaft, 7.-9. Juni 1963, Tübingen 1964.
- 69 Siehe Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 57. Einen guten Überblick bezüglich der Interventionstätigkeit des westdeutschen Staates in verschiedenen Entwicklungsphasen vermittelt derselbe Autor. Vgl. ebd., S. 57 ff.
- 70 Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, a.a.O., S. 324 f.
- 71 Siehe Karl Bernick, Plan und Markt, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1972, S. 797.
- 72 Frieder Naschold, Anpassungsplanung oder politische Gestaltungsplanung?, Zur politischen Planung in der BRD am Beispiel der mehrjährigen Finanzplanung, in: Winfried Steffani (Hrsg.), Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen 1971, S. 80.
- 73 Vgl. Herbert Ehrenberg, Die Erhard-Saga, Analyse einer Wirtschaftspolitik, die keine war, Stuttgart 1965.
- 74 Jörg Huffschnid, Die Politik des Kapitals, a.a.O., S. 116 f.
- 75 Siehe »Wir müssen höllisch aufpassen«, SPIEGEL-Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, in: Der Spiegel v. 7. 12.1970, S. 38.
- 76 Herbert Ehrenberg, Zwischen Marx und Markt, Konturen einer infrastrukturorientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik, Frankfurt am Main 1973, S. 14.
- 77 Wolfgang Abendroth, Die Alternativen der Planung: Planung zur Erhaltung des Spätkapitalismus oder Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft?, a.a.O., S. 472.
- 78 Siehe Herbert Ehrenberg, Zwischen Marx und Markt, a.a.O., S. 104.
- 79 Karl Schiller, Wirtschaftspolitik, in: Ders., Der Ökonom und die Gesellschaft, Das freiheitliche und das soziale Element in der modernen Wirtschaftspolitik, Vorträge und Aufsätze, Stuttgart 1964, S. 69.

- 80 Jörg Huffschnid, Die Politik des Kapitals, a.a.O., S. 121.
- 81 Karl Schiller, Gegenmacht im Interesse der Verbraucher, Zum 75jährigen Bestehen der GEG in Hamburg am 17. März 1969, in: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Reden zur Wirtschaftspolitik 6, 2. Aufl. Coburg 1970, S. 78.
- 82 Siehe Herbert Ehrenberg, Von der naiven zur aufgeklärten Marktwirtschaft, Strukturpolitik sichert Wachstum in Stabilität, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 2/1969, S. 83.
- 83 Karl Schiller, Einige Bemerkungen über Modelltheorie und Wirtschaftsgestaltung, in: Ders., Der Ökonom und die Gesellschaft, a.a.O., S. 55.
- 84 Ders., Marktwirtschaft und unternehmerische Entscheidungen auf dem Prüfstand, Auf dem Kongreß der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. in Berlin am 22. Januar 1969, in: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Reden zur Wirtschaftspolitik 6, a.a.O., S. 15.
- 85 Siehe Jörg Huffschnid, Die Politik des Kapitals, a.a.O., S. 154.
- 86 Peter Hess, Monopoltheorie und Kapitalismuskritik, in: IMSF (Hrsg.), Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen, Beiträge einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen am 17./18. April 1971 in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1971, S. 23.
- 87 Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, a.a.O., S. 119.
- 88 Siehe Volker Ronge, Politökonomische Planungsforschung, a.a.O., S. 148.
- 89 Jörg Huffschnid, Die Politik des Kapitals, a.a.O., S. 161 f.
- 90 Karl Schiller, Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society, Kiel 1968, S. 14.
- 91 Wilhelm M. Breuer, Der geplante Kapitalismus – Garant für Stabilität und Wachstum?, a.a.O., S. 116.
- 92 Karl Schiller, Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society, a.a.O., S. 15.
- 93 Reinhold Kowalski, Staat – Monopole – Wirtschaftsregulierung, Charakter und Ziele der wirtschaftspolitischen Konzeption der Kiesinger/Strauß-Regierung, DWI-Forschungshefte, Nr. 1/1969, S. 95.
- 94 Jörg Huffschnid u.a., Die Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus und die Wirtschaftspolitik der SPD, in: Kursbuch 21, September 1970, S. 59 f.
- 95 Siehe Alfred Bönisch, Die westdeutsche »Globalsteuerung« als Form staatsmonopolistischer Planung und ihr Einfluß auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, in: Karl Bichtler (Hrsg.), Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums, Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus, Bd. 2, Berlin (DDR) 1968, S. 247.
- 96 Joachim Bischoff (Hrsg.), Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Ein Handbuch zum sozialen System der BRD, Westberlin 1976, S. 124.
- 97 Vgl. z. B. Manfred Krüper, Investitionslenkung – ein neues Mittel der Wirtschaftspolitik, in: Ders. (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, a.a.O., S. 7 ff.; Ders., Qualitative und quantitative Investitionssteuerung im Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1973, S. 317 ff.; Ders., Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 774 ff.
- 98 Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985, in: Langzeitprogramm 1, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 32.
- 99 Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 55.
- 100 Beschluß zum Orientierungsrahmen '85, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll, Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover 10.-14. 4. 1973, Hannover o.J., S. 969.

- 101 Vorstand der SPD (Hrsg.), Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985, o.O.u.J., S. 32.
- 102 Siehe Jörg Huffs Schmid, Im Namen der Investitionsneigung, Zur herrschenden wissenschaftlichen und politischen Krisendiskussion in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/1974, S. 1245.
- 103 Vorstand der SPD (Hrsg.), Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, o.O.u.J., S. 46.
- 104 Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle, a.a.O., S. 41.
- 105 Ludwig Erhard/Alfred Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft – Ordnung der Zukunft, Manifest '72, Frankfurt am Main/Westberlin/Wien 1972, S. 181.
- 106 Siehe Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, a.a.O., S. 27.
- 107 Siehe Anton Jaumann, Investitionlenkung, Kurzanalyse der gegenwärtigen Diskussion, in: Politische Studien, Nov./Dez. 1975, S. 640.
- 108 Udo Mayer, Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle, a.a.O., S. 1263.
- 109 Heinz Benölken, Investitionslenkung und sozialdemokratische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 8/1975, S. 632. An der Hetzkampagne gegen emanzipatorische Planungskonzepte beteiligten sich mithin auch rechtssozialdemokratische Wirtschaftstheoretiker. Exemplarisch genannt sei hier Hubert Voigtländer, Investitionslenkung oder Marktsteuerung?, Ein Beitrag zur politischen Ökonomie des Godesberger Programms, Bonn-Bad Godesberg 1975. Weder seitenlange Zitate aus Willy Brandts Memoirenband »Über den Tag hinaus – eine Zwischenbilanz« noch die Paraphrasierung der Texte renommierter Fachwissenschaftler vermögen über die beklemmende Dürftigkeit der Argumentation Voigtländers hinwegzutäuschen, der die kapitalistische Realität wie sein Lehrer Herbert Ehrenberg durch die rosarote Brille des dem ihn ernährenden System treu ergebenden bürgerlichen Ökonomen betrachtet. – Diese polemische Spitze verzeiht uns gern, wer die Diffamierung jeder das bestehende Machtgefüge in Frage stellender Lenkungs-konzeption als »utopisch« und »totalitär« ideologiekritisch analysiert: Hier soll der gesellschaftliche Status quo unter Rückgriff auf die »Forschungsergebnisse« so reaktionärer Wissenschaftler wie Erwin K. Scheuch selbst gegen immanente Kritik abgeschottet, die kapitalistische Ordnung für sakrosankt erklärt werden!
- 110 Siehe Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, a.a.O., S. 26.
- 111 Otmar Issing, Investitionslenkung in der Marktwirtschaft?, Göttingen 1975, S. 65.
- 112 Siehe Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 6/1973, S. 307.
- 113 Werner Meißner/Norbert Wieczorek/Karl Georg Zinn, Investitionslenkung – akademische Spielweise oder realer Ansatzpunkt?, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1975, S. 805.
- 114 Vgl. hierzu: Kurt Lenk, Aspekte der gegenwärtigen Planungsdiskussion in der Bundesrepublik, in: PVS, Nr. 3/1966, S. 364 ff.
- 115 Hans Mader, Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, in: Marxistische Blätter, Nr. 1/1976, S. 24.
- 116 Jörg Huffs Schmid, Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/1975, S. 407.
- 117 Siehe Eberhard Rhein, Möglichkeiten und Probleme staatlicher Investitionsplanung in der Marktwirtschaft, Dargestellt am Beispiel Frankreichs, Köln/Opladen 1960, S. 21.

- 118 Ulrich Scheuner, Verfassungsrechtliche Probleme einer zentralen staatlichen Planung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung I, Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 1965, S. 83 f.
- 119 Michel Fromont, Öffentliche Unternehmen als Instrumente der französischen Planification, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung III, a.a.O., S. 403.
- 120 Lola Zahn, Die französische Planifikation als Modellfall staatsmonopolistischer Programmierung, in: Marxismus Digest, H. 1/1970, S. 141.
- 121 Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, a.a.O., S. 161 f.
- 122 Siehe Pierre Edelmann, Möglichkeiten und Grenzen der französischen Planification, Ein Beispiel staatlicher Rahmenplanung in der Marktwirtschaft, Bern/Frankfurt am Main 1971, S. 145.
- 123 Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, a.a.O., S. 157.
- 124 Siehe Lola Zahn, Die französische Planifikation als Modellfall staatsmonopolistischer Programmierung, a.a.O., S. 131.
- 125 Pierre Edelmann, Möglichkeiten und Grenzen der französischen Planification, a.a.O., S. 108.
- 126 Vgl. Pierre Bauchet, La Planification française, Vingt ans d'expérience, Paris 1966, S. 54 f.
- 127 So Cazes: »Das Fehlen der Gewerkschafter erklärt sich weniger aus prinzipiellen Gründen als durch die Schwierigkeit, welche die Gewerkschaftsorganisationen gehabt haben, gleichzeitig eine hinreichend große Zahl von Sachverständigen in alle Arbeitsgruppen zu entsenden, die imstande gewesen wären, nutzbringend an den Besprechungen von einer zwangsläufig sehr technischen Art teilzunehmen, wie sie von den Arbeitsgruppen geführt werden.« (Bernd Cazes, Prinzipien und Methoden der französischen Planung, in: Robert Jungk/Hans Josef Mundt [Hrsg.], Wege ins neue Jahrtausend, Wettkampf der Planung in Ost und West, Achtzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München/Wien/Basel 1964, S. 170.)
- 128 Lotte Müller-Ohlsen, Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum in Frankreich, Tübingen 1967, S. 28 f.
- 129 Bernard Cazes, Prinzipien und Methoden der französischen Planung, a.a.O., S. 173.
- 130 Siehe Heinz Schleicher, Erfolge und Mißerfolge der Planifikation in Frankreich. Dargestellt am VI. Plan, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Nr. 1/1975, S. 116.
- 131 François Perroux, Frankreichs Wirtschaftsprojektion, Der IV. Französische Plan 1962-1965, Westberlin 1964, S. 67 f.
- 132 Pierre Edelmann, Möglichkeiten und Grenzen der französischen Planification, a.a.O., S. 98.
- 133 Günter Hedtkamp, Planification in Frankreich, Grundlagen, Technik und Erfahrungen, Köln/Westberlin/Bonn/München 1966, S. 144.
- 134 Vgl. Eberhard Rhein, Möglichkeiten und Probleme staatlicher Investitionsplanung in der Marktwirtschaft, a.a.O., S. 155.
- 135 Siehe François Perroux, Frankreichs Wirtschaftsprojektion, a.a.O., S. 182.
- 136 Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, a.a.O., S. 162.
- 137 Klaus Kästner, Gesamtwirtschaftliche Planung in einer gemischten Wirtschaftsordnung, Göttingen 1966, S. 112.
- 138 Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, a.a.O., S. 151.
- 139 Siehe Kjell-Olof Feldt, Investitionslenkung in Schweden, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 9/1973, S. 683.
- 140 Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, a.a.O., S. 239.
- 141 Ingvar Svennilson, Schwedens Wirtschaftsprojektion, Westberlin 1965, S. 16.
- 142 Ebd., S. 15.

- 143 Alfred Bönisch, *Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus*, a.a.O., S. 153.
- 144 Holger Heide, *Die langfristige Wirtschaftsplanung in Schweden*, Tübingen 1965, S. 125 f.
- 145 Siehe Werner Meißner: *Investitionslenkung in Schweden und Großbritannien*, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), *Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?*, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 153.
- 146 Kjell-Olof Feldt, *Investitionslenkung in Schweden*, a.a.O., S. 687.
- 147 Siehe Holger Heide, *Die langfristige Wirtschaftsplanung in Schweden*, a.a.O., S. 72.
- 148 E. Michael Salzer, *Schwedische Planung*, in: Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hrsg.), *Wege ins neue Jahrtausend*, a.a.O., S. 250.
- 149 Werner Meißner, *Investitionslenkung in Schweden und Großbritannien*, a.a.O., S. 157.
- 150 Holger Heide, *Die langfristige Wirtschaftsplanung in Schweden*, a.a.O., S. 138.
- 151 So etwa Klaus Lüder, *Investitionskontrolle, Die Kontrolle des wirtschaftlichen Ergebnisses von Investitionen*, Wiesbaden 1969.
- 152 Siehe Werner Meißner, *Investitionslenkung*, a.a.O., S. 21.
- 153 Manfred Zöllmer, *Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 5/1975, S. 514. Auf diesen Artikel können wir uns im folgenden stützen.
- 154 Vgl. Thilo Sarrazin, *Zum Stand der Diskussion über Investitionslenkung*, in: Peter von Oertzen u.a. (Hrsg.), *Thema: Wirtschaftspolitik, Materialien zum Orientierungsrahmen 1985*, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 61.
- 155 Siehe Wilfried Höhnen, *Grundpositionen zur Investitionslenkung in der wirtschaftspolitischen Diskussion*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 12/1973, S. 736.
- 156 Alfred Bönisch, *Die westdeutsche »Globalsteuerung« als Form staatsmonopolistischer Planung und ihr Einfluß auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß*, a.a.O., S. 237.
- 157 Thilo Sarrazin, *Zum Stand der Diskussion über Investitionslenkung*, a.a.O.
- 158 Joseph H. Kaiser, *Exposé einer pragmatischen Theorie der Planung*, in: Ders. (Hrsg.), *Planung I*, a.a.O., S. 23.
- 159 Werner Meißner, *Investitionslenkung*, a.a.O., S. 46.
- 160 Albert Schunk, *Investitionslenkung und Gewerkschaftspolitik*, in: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 8/1974, S. 305.
- 161 Herbert Ehrenberg, *Zwischen Marx und Markt*, a.a.O., S. 263.
- 162 Siehe ebd., S. 136.
- 163 Ders., *Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft*, in: *Die Neue Gesellschaft*, Nr. 9/1972, S. 700.
- 164 Ders., *Zwischen Marx und Markt*, a.a.O., S. 160 ff.
- 165 Vgl. Otto Schlecht, *Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsrate*, a.a.O., S. 20 f.
- 166 Siehe Herbert Ehrenberg, *Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft*, a.a.O., S. 701.
- 167 Otto Schlecht, *Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsrate*, a.a.O., S. 31.
- 168 Vgl. Frieder Naschold/Werner Väth, *Politische Planungssysteme im entwickelten Kapitalismus*, in: Dies. (Hrsg.), *Politische Planungssysteme*, Opladen 1973, S. 11 ff.
- 169 Vgl. zum folgenden: Werner Meißner, *Investitionslenkung*, a.a.O., S. 66 ff.
- 170 Otto Schlecht, *Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsrate*, a.a.O.
- 171 Siehe Herbert Ehrenberg, *Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft*, a.a.O., S. 702.

- 172 Vgl. Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, a.a.O., S. 28.
- 173 Die Vorstellungen von Ehrenberg und Schlecht werden hier zusammengefaßt. Sie sind im Kern identisch und unterscheiden sich nur durch eine unterschiedliche Gewichtung der einzelnen Maßnahmen. So steht bei Schlecht – im Gegensatz zu Ehrenberg – die langfristige Infrastrukturplanung nicht im Vordergrund.
- 174 Vgl. Herbert Ehrenberg, Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft, a.a.O.
- 175 Siehe Dieter Tiegel/Hubert Voigtländer, Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung in einer kapitalistischen Marktwirtschaft, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1973, S. 521 f.
- 176 Ebd.
- 177 Vgl. Herbert Ehrenberg, Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft, a.a.O.
- 178 Siehe auch Ulrich Steger, Alternative Konzepte der Investitionsplanung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Nr. 1/1975, S. 89.
- 179 Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 47.
- 180 Vgl. ebd., S. 48 ff.
- 181 Vgl. Volker Ronge/Günter Schmiege, Restriktionen politischer Planung, Frankfurt am Main 1973, S. 213 f.
- 182 Vgl. Ulrich Steger, Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, a.a.O., S. 561.
- 183 Ders., Alternative Konzepte der Investitionslenkung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, a.a.O., S. 90.
- 184 Vgl. ebd., S. 89. Diese Konsequenzen sind unterschiedlich, je nachdem, ob einer solchen Ausweitung eine Erhöhung der Staatsverschuldung oder eine Erhöhung der Steuereinnahmen zugrunde liegt. Vgl. hierzu: Henning Scherf, Zur Forderung eines höheren Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, in: Rudolf Scharping/Friedhelm Wollner (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm, Diskussionsbeiträge zum Orientierungsrahmen '85 der SPD, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 88 ff.
- 185 Siehe Ulrich Steger, Alternative Konzepte der Investitionslenkung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, a.a.O., S. 89 f; Ders., Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, a.a.O.
- 186 Dies wird unterstützt durch die Formulierung Bombachs, der die Aufgabe einer staatlichen Rahmenplanung der Infrastrukturinvestitionen darin sieht, »Vorbedingungen für das künftige wirtschaftliche Wachstum (zu) schaffen«. (Gottfried Bombach, Rahmenplanung oder Zahlenszwang?, in: Alfred Plitzko [Hrsg.], Planung ohne Planwirtschaft, a.a.O., S. 49.)
- 187 Ulrich Steger, Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, a.a.O., S. 560 f.
- 188 Vgl. ders., Alternative Konzepte der Investitionslenkung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, a.a.O., S. 90.
- 189 Ders., Direkte oder indirekte Investitionslenkung?, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1973, S. 752 ff.
- 190 Vgl. die bei Steger zitierte Studie von Helge Pross, Manager und Aktionäre in Deutschland, Frankfurt am Main 1965, S. 179 ff.
- 191 Zum folgenden: Ulrich Steger, Alternative Konzepte der Investitionslenkung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, a.a.O., S. 91.

192 Vgl. ders., Konsequenzen einer Investitionslenkung für die Gewerkschaften, Ein Diskussionsbeitrag, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 769. Steger gelangt allerdings zu dem Schluß, »daß die Alternative ›Tarifautonomie oder Investitionslenkung‹ sich nicht stellt«. (Ulrich Steger, Noch einmal: Investitionslenkung und Tarifautonomie, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 2/1976, S. 167.)

193 Siehe ders., Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, a.a.O., S. 562.

194 Ders., Alternative Konzepte der Investitionslenkung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, a.a.O., S. 96.

195 Vgl. ders., Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, a.a.O., S. 562 f.

196 Paul Boccara u.a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt am Main 1972, S. 528 f.

197 Norbert Blüm, Die unheilige Allianz von Jusos und Industrie, in: stern v. 30. 10. 1975, S. 31.

198 Vgl. Manfred Krüper, Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, a.a.O., S. 774 f.; Ders., Indikativer Rahmenplan und sektorale Investitionslenkung, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, a.a.O., S. 24 f.

199 Siehe ders., Qualitative und quantitative Investitionssteuerung im Kapitalismus, a.a.O., S. 321.

200 Vgl. ebd., S. 321 f.

201 Siehe Manfred Krüper, Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, a.a.O.

202 Vgl. zum folgenden: Ders., Investitionslenkung – ein neues Mittel der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 16 f.

203 Ders., Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, a.a.O., S. 776 f.

204 Vgl. Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsrate, a.a.O., S. 24.

205 Siehe auch: Reinhard Blum, Marktwirtschaftliche, private oder staatliche Abstimmung der Investitionen?, in: Wirtschaft und Wettbewerb, Nr. 1/1973, S. 13 ff.

206 Vgl. Manfred Krüper, Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, a.a.O., S. 776.

207 Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsrate, a.a.O.

208 Vgl. Ulrich Steger, Alternative Konzepte der Investitionslenkung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, a.a.O., S. 97.

209 Krüper geht davon aus, daß die Unternehmen bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt über ausreichende Informationen verfügen. Vgl. Manfred Krüper, Investitionslenkung – ein neues Mittel der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 17.

210 Siehe Ulrich Steger, Alternative Konzepte der Investitionslenkung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, a.a.O.

211 Manfred Krüper, Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, a.a.O., S. 780.

212 Siehe Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 18.

213 Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle, a.a.O., S. 46.

214 Siehe Werner Meißner, »Das Profitmotiv muß ersetzt werden«, in: Wirtschaftswoche v. 9. 2. 1973, S. 54.

215 Vgl. Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a.a.O., S. 302.

216 Ebd.

- 217 Siehe ebd.
- 218 Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 119 f.; Ulrich Steger, Zum Verhältnis von »Plan« und »Markt« im Orientierungsrahmen, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 1/1975, S. 13 ff.
- 219 Zum folgenden: Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a.a.O., S. 302 ff.
- 220 Vgl. Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 120 f.
- 221 Freiheit ist gut – Kontrolle ist besser, Gespräch mit Norbert Wieczorek und Karl Georg Zinn, in: konkret, Nr. 26/1973, S. 38.
- 222 Siehe Karl Georg Zinn, Lenkung nach Plan, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, a.a.O., S. 69.
- 223 Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O.
- 224 Vgl. Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, Eine Replik, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 519 f.
- 225 Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 121.
- 226 Vgl. Freiheit ist gut – Kontrolle ist besser, a.a.O., S. 39.
- 227 Werner Meißner/Norbert Wieczorek/Karl Georg Zinn, Veränderung der Machtverhältnisse und Verbesserung der Lebensqualität, Überlegungen zum ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 1/1973, S. 58.
- 228 Vgl. hierzu: Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a.a.O., S. 301.
- 229 Siehe Freiheit ist gut – Kontrolle ist besser, a.a.O., S. 38.
- 230 Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 122.
- 231 Vgl. ebd., S. 123.
- 232 Ebd., S. 124.
- 233 Vgl. Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a.a.O., S. 306 f.
- 234 Ebd., S. 305 f.
- 235 Siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, Stuttgart/Mainz 1972, S. 188.
- 236 So beträgt der Anteil der Unternehmen mit über 1 Mrd. DM Umsatz pro Jahr an den gesamten Sachanlageinvestitionen in der Mineralölverarbeitung etwa 91,2 Prozent, in der Elektrotechnik 77,7 Prozent und im Straßenfahrzeugbau 72,5 Prozent. Vgl. dazu: Norbert Koubek/Ingrid Scheibe-Lange, Einzel- und gesamtwirtschaftliche Daten zur Investitionsstruktur in der BRD, a.a.O., S. 320 ff.
- 237 Vgl. Michael Jungblut, Immer diese Beispiele, Interview mit Prof. Werner Meißner, in: Die Zeit v. 13. 4. 1973, S. 32.
- 238 Siehe Norbert Wieczorek, Gewerkschaften und demokratische Investitionslenkung und -kontrolle, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 753 ff.
- 239 Vgl. Karl Georg Zinn, Möglichkeiten der Machtkontrolle von Superkonzernen durch internationale Organisationen und nationale Regierungen, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, a.a.O., S. 135 f.
- 240 »Irgendwo muß man wegschneiden«, SPIEGEL-Interview mit Professor Karl Georg Zinn über eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, in: Der Spiegel v. 12. 3. 1973, S. 32.
- 241 Siehe Werner Meißner/Norbert Wieczorek/Karl Georg Zinn, Staatliche Gewinngarantie – oder was zu tun ist, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 1/1975, S. 12 f.
- 242 Gernot Gutmann, Ordnungspolitische Aspekte überbetrieblicher Investitionsplanung – Vereinbarkeit mit der Marktwirtschaft, in: Hans Besters u.a., Investitionslenkung – Bedrohung der Marktwirtschaft?, Köln 1975, S. 91.
- 243 Vgl. etwa Hubertus Adebahr/Sonning Augstin, Staatliche Investitionslenkung, Eine Fortentwicklung der Marktwirtschaft?, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 507 f.
- 244 Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a.a.O., S. 307.

- 245 Ulrich Steger, Ökonomische Probleme der Investitionslenkung in der Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 509.
- 246 Siehe Gerhard Kade, Kriterien einer gesamtwirtschaftlich orientierten Investitionssteuerung, a.a.O., S. 42.
- 247 Horst Hinz, Investitionslenkung zwischen Marx und Markt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 731.
- 248 Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle, a.a.O., S. 59 (Anm. 109).
- 249 Ebd., S. 59 f.
- 250 Vgl. Ulrich Steger, Ökonomische Probleme der Investitionslenkung in der Marktwirtschaft, a.a.O.
- 251 Siehe Manfred Krüper, Qualitative und quantitative Investitionssteuerung im Kapitalismus, a.a.O., S. 319.
- 252 Dieses Theorem besagt, daß aus der Abstimmung rationaler Einzel- bzw. Teilentscheidungen ein widersprüchliches Gesamtergebnis resultieren kann. Vgl. Kenneth J. Arrow, Social Choice and Individual Values, New York 1963, S. 38 ff. Die Konstruktion einer generell gültigen Wohlfahrtsfunktion ist der bürgerlichen Nationalökonomie nicht gelungen.
- 253 Manfred Krüper, Methoden und Ziele der Investitionslenkung, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 516.
- 254 Siehe Ernst Günter Vetter, Investitionslenkung, Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Eingriffe in den Aufbau der Produktion, Heidelberg 1956, S. 49.
- 255 Werner Meißner, Investitionslenkung, a.a.O., S. 125.
- 256 Ebd., S. 139.
- 257 Norbert Wiczorek, Gewerkschaften und demokratische Investitionslenkung und -kontrolle, a.a.O., S. 753.
- 258 Siehe Heinz Jung, Investitionslenkung und -kontrolle, Neue Stufe staatsmonopolistischer Regulierung oder Ansatzpunkt antimonopolistischer Politik?, in: Marxistische Blätter, Nr. 1/1975, S. 70.
- 259 Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a.a.O., S. 306.
- 260 Vgl. Heinz Jung, Investitionslenkung und -kontrolle, a.a.O., S. 73.
- 261 Siehe Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW, Bd. 20, S. 260.
- 262 Siehe Norbert Koubek/Ingrid Scheibe-Lange, Einzel- und gesamtwirtschaftliche Daten zur Investitionsstruktur in der BRD, a.a.O., S. 327.
- 263 Karl Georg Zinn, Investitionskontrollen und -planung, a.a.O., S. 305.
- 264 Gerhard Kade, Kriterien einer gesamtwirtschaftlich orientierten Investitionssteuerung, a.a.O., S. 39 f.
- 265 Otto Schlecht, Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, a.a.O., S. 27.
- 266 Freiheit ist gut – Kontrolle ist besser, a.a.O., S. 72.
- 267 Vgl. Albert Schunk, Vergesellschaftung und Investitionslenkung als Alternativen, a.a.O., S. 743.
- 268 Willy Wyninger, Demokratie und Plan in der DDR, Köln 1971, S. 118.
- 269 Hans Tammer, BRD-Monopole auf Kurs zu internationalen Dimensionen, IPW-Forschungshefte, Nr. 4/1973, S. 41.
- 270 Siehe Giorgio Amendola, Die gegenwärtige Krise und ihre Überwindung durch die demokratische Programmierung, in: Marxismus Digest, H. 2/1973, S. 136 f.
- 271 Siehe Heinz Jung, Investitionslenkung und -kontrolle, a.a.O., S. 72.

- 272 Jörg Huffschnid, Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft, Überlegungen zu den mittel- und längerfristigen Perspektiven alternativer Wirtschaftsgestaltung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/1976, S. 250 f.
- 273 Karl Marx, Das Kapital I, in: MEW, Bd. 23, S. 193.
- 274 Friedrich Engels, Anti-Dühring, a.a.O., S. 264.
- 275 Reinhold Kowalski, Staat – Monopole – Wirtschaftsregulierung, a.a.O., S. 97.
- 276 Jörg Huffschnid, Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft, a.a.O., S. 248 f.
- 277 S. I. Tjulpanow/V. L. Scheinis, Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus, a.a.O.
- 278 Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1974, S. 208.
- 279 Siehe Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW, Bd. 19, S. 221.
- 280 Vgl. hierzu: Politische Ökonomie des Sozialismus, Berlin (DDR) 1973, S. 137 ff.
- 281 S. I. Tjulpanow/V.L. Scheinis, Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus, a.a.O., S. 316.
- 282 Vgl. zum folgenden: Landesvorstand NRW der Jungsozialisten (Hrsg.), Diskussionsvorlage zu einem Aktionsprogramm des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Jungsozialisten in der SPD, vorgelegt auf der außerordentlichen Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Jungsozialisten in Köln, am 20. 4. 1974, S. 13 ff.
- 283 Autorenkollektiv des IMSF, Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Grundlagen – Möglichkeiten – Zielrichtungen, Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik, Studienausgabe, Köln 1972, S. 33.
- 284 Siehe Frank Deppe u.a., Kritik der Mitbestimmung, Partnerschaft oder Klassenkampf?, Frankfurt am Main 1969, S. 152.
- 285 Autorenkollektiv der IMSF, Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., S. 267.
- 286 Ebd., S. 270.
- 287 Vgl. Friedrich Engels, Anti-Dühring, a.a.O., S. 260.
- 288 Paul Boccara u.a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 53 f.
- 289 Siehe Jacques Brière, Nationalisierung und demokratische Unternehmensführung als Basis einer wirklichen Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus, in: Marxismus Digest, H. 2/1973, S. 24.
- 290 Siehe Paul Boccara, Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie, Übersicht über die Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie (II), in: Sozialistische Politik, H. 18, Juni 1972, S. 58.
- 291 Willy Wyniger, Politische und ökonomische Probleme der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und Banken (Die Vorstellungen der französischen Volksunion), in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, a.a.O., S. 184 f.
- 292 Landesvorstand NRW der Jungsozialisten (Hrsg.), Diskussionsvorlage zu einem Aktionsprogramm des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Jungsozialisten in der SPD, a.a.O., S. 14.
- 293 Die Frage der Zusammensetzung von Wirtschafts- und Sozialräten ist umstritten. Die gewerkschaftlichen Forderungen zielen auf eine Parität zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmervertretern. Jedenfalls muß verhindert werden, daß die Kapitaleseite demokratische Entscheidungen blockiert. Was die Kompetenzen des Wirtschafts- und Sozialrates angeht, so trüge ein bloßes Beratungs- oder Vetorecht der Aufgabenstellung dieses Organs nicht Rechnung.
- 294 Siehe Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle, a.a.O., S. 76.

295 Gerd Siebert, Investitionslenkung im Sozialismus, in: Investitionen – Konzerne – Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 204.

296 Bernd Güther, Investitionslenkung und Investitionskontrolle, a.a.O., S. 71.

297 Manfred Balder, Investitionen – Konzerne – Kontrolle, in: Investitionen – Konzerne – Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, a.a.O., S. 66.

298 Paul Boccara u.a., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 78.

299 Vgl. Werner Goldschmidt (Hrsg.), Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Köln 1972.

300 Zur Planung auf supranationaler Ebene siehe Joachim Lau, Investitionskontrolle und monopolistischer Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft, in : Frank Deppe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S.299 ff., aber auch die übrigen Beiträge in diesem Band.

Bibliographie

Abendroth, Wolfgang:

Die Alternative der Planung: Planung zur Erhaltung des Spätkapitalismus oder Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft? Einige marxistische Bemerkungen zum Problem der Planung, in: Ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, 2. Aufl. Neuwied/Westberlin 1972, S. 463 ff.

Adebahr, Hubertus:

Bessere Realisierung wirtschaftspolitischer Ziele durch staatliche Investitionslenkung?, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 79 ff.

Adebahr, Hubertus/Augstin, Sonning:

Staatliche Investitionslenkung, Eine Fortentwicklung der Marktwirtschaft?, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 504 ff.

Alter, L.:

Regulierung und Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft: Wesen, Methoden und Widersprüche, in: Marxismus Digest, H. 1/1970, S. 1 ff.

Altwater, Elmar:

Plan und Markt, Ökonomische Leitungsmechanismen und gesellschaftliches Strukturprinzip, in: Stadtbauwelt, H. 30/1971, S. 111 ff.

Apel, Hans:

Mehr Investitionslenkung in der Marktwirtschaft von morgen, in: FR v. 7. 6. 1975.

Balder, Manfred:

Investitionen-Konzerne-Kontrolle, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 13 ff.

Baran, Paul A.:

Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1969.

Baumann, Wolfgang:

Kalte Sozialisierung, Staatsplanung kontra Privat-Eigentum, Köln 1969.

Beez, Georg:

Staatsfunktionen – politische Planung und Demokratisierung (5 Thesen), in: Rudolf Scharping/Friedhelm Wollner (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm, Diskussionsbeiträge zum Orientierungsrahmen '85 der SPD, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 51 ff.

Beez, Georg:

Zum Problem der Organisation demokratischer Entscheidungsprozesse zu Zielen und Perspektiven der Investitionslenkung, in: Georg Lührs (Hrsg.), Beiträge zur Theoriediskussion, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 171 ff.

Benölken, Heinz:

Investitionslenkung und sozialdemokratische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 8/1975, S. 631 ff.

Bernick, Karl:

Plan und Markt, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1972, S. 796 ff.

Bertram, Michael:

Aktive Investitionslenkung, Grenzen einer »autonomen« staatlichen Planung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 11/1972, S. 872 ff.

Besters, Hans:

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme überbetrieblicher Investitionsplanung, in: Ders., u. a., Investitionslenkung – Bedrohung der Marktwirtschaft?, Köln 1975, S. 11f.

Blum, Reinhard:

Marktwirtschaftliche, private oder staatliche Abstimmung der Investitionen?, in: Wirtschaft und Wettbewerb, Nr. 1/1973, S. 13 ff.

Borchert, Joachim/Steger, Ulrich:

Das »einzelbetriebliche Förderungsprogramm« als Beispiel für Planungsprobleme der indirekten Investitionslenkung, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1974, S. 327 ff.

Bönisch, Alfred:

Die westdeutsche »Globalsteuerung« als Form staatsmonopolistischer Planung und ihr Einfluß auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, in: Karl Bichtler (Hrsg.), Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums, Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus, Bd. 2, Berlin (DDR) 1968, S. 233 ff.

Bönisch, Alfred:

Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, Eine kritische Studie, Berlin (DDR) 1969.

Breuer, Wilhelm M.:

Der geplante Kapitalismus – Garant für Stabilität und Wachstum?, in: Friedrich Hitzer/Reinhard Opitz (Hrsg.), Alternativen der Opposition, Köln 1969, S. 105 ff.

Briefs, Ulrich/Koubek, Norbert/Schäfer, Claus:

Machtverwaltung, Produktion, Verteilung und gesellschaftliche Interessen, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1974, S. 585 ff.

Butterwegge, Christoph:

Investitionslenkung als Kampfaufgabe, Zum aktuellen Stand der Planungsdiskussion in der BRD, in: Marxistische Blätter, Nr. 4/1976, S. 84 ff.

Butterwegge, Christoph:

Zum Stellenwert von Investitionskontrolle und -lenkung im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie, in SK – Das sozialistische Nachrichtenmagazin, Nr. 21/1975, S. 16 f.; 22/1975, S. 16 f.; 23/1975, S. 16 f.

Butterwegge, Christoph/Zöllmer, Manfred:

Planung für wen?, Anmerkungen zur gegenwärtigen Investitionslenkungsdebatte, in: frontal, Verbandsorgan des SHB, H. 51, Dezember 1975, S. 28 f.

Cieslak, Werner:

Investitionslenkung aus der Sicht der DKP, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 165 ff.

Danek, Paul:

Die Grenzen staatsmonopolistischer Konjunkturpolitik bei der Lösung struktureller Probleme, in: Karl Bichtler (Hrsg.), Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums, Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus, Bd. 2, Berlin (DDR) 1968, S. 255 ff.

Degen, Barbara:

Investitionskontrolle und betriebliche Mitbestimmung, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 183 ff.

Deringer, Arved:

Der Einfluß des Plans auf den Wettbewerb, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung I, Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 1965, S. 337 ff.

»Die Relation ist absolut in Unordnung«, Rudi Arndt, Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd, über die Investitionslenkung, in: Der Spiegel v. 29. 9. 1975.

Dyckerhoff, Gert:

Pro und Contra – Die Antwort des Unternehmers, in: Wolfgang Roth (Hrsg.), Investitionslenkung, Ergebnisse einer Diskussion zwischen jungen Unternehmern und Sozialdemokraten zum Problem von Markt und Lenkung, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 85 ff.

Ehrenberg, Herbert:

Infrastrukturplanung und Marktwirtschaft, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 9/1972, S. 700 ff.

Ehrenberg, Herbert:

Möglichkeiten gezielter Investitionslenkung, in: Die Quelle, Funktionszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 10/1973, S. 393 ff.

Ehrenberg, Herbert:

Notwendigkeiten und Grenzen langfristiger Planung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 2/1975, S. 98 ff.

Ehrenberg, Herbert:

Probleme der Investitionslenkung, in: Peter von Oertzen u. a. (Hrsg.), Thema: Wirtschaftspolitik, Materialien zum Orientierungsrahmen 1985, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 51 ff.

Ehrenberg, Herbert:

SPD und Investitionslenkung, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 181 ff.

Ehrenberg, Herbert:

Zwischen Marx und Markt, Konturen einer infrastruktorientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik, Frankfurt am Main 1973.

Erb, Gottfried:

Investitionslenkung – der neue Popanz, in: Frankfurter Hefte, Nr. 11/1975, S. 27 ff.

Fangmann, Helmut D.:

Staatliche Wirtschaftsplanung und Staatsrechtsideologie, in: Kritische Justiz, Nr. 1/1972, S. 1 ff.

Finking, Gerhard:

Investitionslenkung: Anpassungsplanung oder Gestaltungsplanung?, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 1/1975, S. 26 ff.

Fischer-Menshausen, Herbert:

Mittelfristige Finanzplanung im Bundesstaat, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung III, Mittel und Methoden planender Verwaltung, Baden-Baden 1968, S. 73 ff.

Forsthoff, Ernst:

Über Mittel und Methoden moderner Planung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung III, Mittel und Methoden planender Verwaltung, Baden-Baden 1968, S. 21 ff.

Franke, Klaus:

»Globalsteuerung der Wirtschaft« oder »Investitionskontrolle und -lenkung«?, in: IPW-Berichte, Nr. 5/1975, S. 27 ff.

Freiheit ist gut – Kontrolle ist besser, Gespräch mit Norbert Wieczorek und Karl Georg Zinn, in: konkret, Nr. 26/1973, S. 36 ff.

Goldberg, Jörg:

Investitionslenkung und Verstaatlichung der Banken: in: Investitionen–Konzerne–Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeitsseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 178 ff.

Goldberg, Jörg:

Möglichkeiten und Grenzen des staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus, in: IMSF (Hrsg.), Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen, Beiträge einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 17./18. April 1971 in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1971, S. 118 ff.

Graeff, Reinhard/Steger, Ulrich:

Über falsche Alternativen, neoklassische Argumentationsmuster und methodische Aspekte in der Investitionslenkungs-Debatte, Eine Replik auf Th. Sarrazin, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 12/1975, S. 668 ff.

Grund, Walter:

Die mehrjährige Finanzplanung des Bundes – Grundkonzeption, Methoden und ihre Problematik, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung III, Mittel und Methoden planender Verwaltung, Baden-Baden 1968, S. 47 ff.

Gutmann, Gernot:

Individuelle Freiheit, Macht und Wirtschaftslenkung, Zur neoliberalen Konzeption einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in: Dieter Cassel u.a. (Hrsg.), 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Konzeption und Wirklichkeit, Stuttgart 1972, S. 3 ff.

Gutmann, Gernot:

Ordnungspolitische Aspekte überbetrieblicher Investitionsplanung – Vereinbarkeit mit der Marktwirtschaft, in: Hans Besters u.a., Investitionslenkung – Bedrohung der Marktwirtschaft?, Köln 1975, S. 71 ff.

Güther, Bernd:

Ansätze antimonopolistischer Investitionskontrolle und -planung, in: Marxistische Blätter, Nr. 4/1976, S. 90 ff.

Güther, Bernd:

Investitionslenkung und Investitionskontrolle (Informationsbericht 18 des IMSF), Frankfurt am Main 1975.

Gygi, Fritz:

Rechtsfragen der Wirtschaftsplanung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden-Baden 1966, S. 113 ff.

Hauenschild, Karl:

Investitionslenkung als Ergänzung der Marktwirtschaft, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 211 ff.

Hauenschild, Karl:

Vorausschau und Koordination – Gewerkschaften zur Investitionslenkung, in: Wolfgang Roth (Hrsg.), Investitionslenkung, Ergebnisse einer Diskussion zwischen jungen Unternehmern und Sozialdemokraten zum Problem von Markt und Lenkung, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 80 ff.

Heinrich, Brigitte:

Intervention und Integration, Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie im Spätkapitalismus, in: Kursbuch 31, Mai 1973, S. 139 ff.

Helms, Volker:

Investitionsfonds und Lenkung privater Investitionen, Darmstadt 1976.

Henschel, Rudolf:

Investitionslenkung aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Hans Besters u.a., Investitionslenkung – Bedrohung der Marktwirtschaft?, Köln 1975, S. 103 ff.

Henschel, Rudolf:

Investitionssteuerung in dezentralen Entscheidungssystemen, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1974, S. 291 ff.

Hesselbach, Walter:

Investitionslenkung nüchtern betrachten, in: Die Quelle, Funktionärzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 9/1975, S. 345 f.

Hinz, Horst:

Investitionslenkung und Tarifautonomie, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 11/1975, S. 896 ff.

Hinz, Horst:

Investitionslenkung zwischen Marx und Markt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 729 ff.

Hochgreve, Horst:

Investitionslenkung im OR '85, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 4/1975, S. 306 ff.

Hochgreve, Horst:

Zur Problematik direkter Investitionskontrollen, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1974, S. 576 ff.

Hoffmann, Thomas:

Positionen der Großbourgeoisie zur Investitionslenkung und die Praxis staatlicher »Investitionslenkungs«-Politik, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussions-

beiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 160 ff.

Höhme, Hans-Joachim:

Krisenzyklus unter dem Einfluß staatsmonopolistischer Kapitalentwertung, in: IPW-Berichte, Nr. 6/1972, S. 2 ff.

Höhme, Hans-Joachim/Will, Helga:

Der BRD-Staatshaushalt als Instrument der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik, in: DWI-Berichte, Nr. 9/1971, S. 23 ff.

Höhnen, Wilfried:

Grundpositionen zur Investitionslenkung in der wirtschaftspolitischen Diskussion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 736 ff.

Höllner, Heinz A.:

Staatliche Investitionsplanung und Wirtschaftswachstum, Köln/Opladen 1969.

Huffschnid, Jörg:

Investitionskontrolle und Kapitalprofite, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 95 ff.

Ipsen, Hans Peter:

Fragestellungen zu einem Recht der Wirtschaftsplanung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung I, Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 1965, S. 35 ff.

Ipsen, Hans Peter:

Rechtsfragen der Wirtschaftsplanung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden-Baden 1966, S. 63 ff.

»Irgendwo muß man wegschneiden«, SPIEGEL-Interview mit Professor Karl Georg Zinn über eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, in: Der Spiegel v. 12. 3. 1973.

Issing, Otmar:

Investitionslenkung in der Marktwirtschaft?, Göttingen 1975.

Jaumann, Anton:

Investitionslenkung, Kurzanalyse der gegenwärtigen Diskussion, in: Politische Studien, Nov./Dez. 1975, S. 631 ff.

Jens, Uwe:

Grenzen der Globalsteuerung, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 107 ff.

Jochimsen, Reimut/Treuner, Peter:

Staatliche Planung in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 9/1974, S. 29 ff.

Jung, Heinz:

Einige Bemerkungen zum linkssozialdemokratischen Konzept der Investitionslenkung, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 149 ff.

Jung, Heinz:

Investitionslenkung und -kontrolle, Neue Stufe staatsmonopolistischer Regulierung oder Ansatzpunkt antimonopolistischer Politik?, in: Marxistische Blätter, Nr. 1/1975, S. 68 ff.

Jungblut, Michael:

Immer diese Beispiele, Interview mit Prof. Werner Meißner, in: Die Zeit v. 13. 4. 1973.

Jürgensen, Harald/Kantzenbach, Erhard:

Ansatzmöglichkeiten gesamtwirtschaftlicher Planung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden-Baden 1966, S. 49 ff.

Kade, Gerhard:

Kriterien einer gesamtwirtschaftlich orientierten Investitionssteuerung, in: Mafred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 33 ff.

Kaiser, Joseph H.:

Der Plan als ein Institut des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft, Umriss eines Aktionsmodells, in: Ders. (Hrsg.), Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden-Baden 1966, S. 11 ff.

Kaiser, Joseph H.:

Exposé einer pragmatischen Theorie der Planung, in: Ders. (Hrsg.), Planung I, Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 1965, S. 11 ff.

Kalbitzer, Ulrich:

Möglichkeiten der Investitionslenkung in der Bundesrepublik, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1974, S. 581 ff.

Kantzenbach, Erhard:

Einzel-, Struktur- und Niveausteuerung der Wirtschaft in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, Zur Systematik der Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 11. Jg. (1966), S. 67 ff.

Katzenstein, Robert:

Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Zu einigen Fragen der Reproduktion des fixen Kapitals, der zyklischen Bewegung der Gesamtproduktion und des technischen Fortschritts in Westdeutschland nach dem Kriege, Berlin (DDR) 1967.

Kästner, Klaus:

Gesamtwirtschaftliche Planung in einer gemischten Wirtschaftsordnung, Göttingen 1966.

Kern, Ernst August:

Skizzen zur Methodik und zum System der Planung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden-Baden 1966, S. 351 ff.

Klages, Helmut:

Planungspolitik, Probleme und Perspektiven der umfassenden Zukunftsgestaltung, Stuttgart 1971.

Kohlmey, Gunther:

Planen als Regeln und Steuern, in: Karl Bichtler (Hrsg.), Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums, Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus, Bd. 2, Berlin (DDR) 1968, S. 41 ff.

Korte, Helmut:

Krise der Planung oder Planung der Krise?, in: Horst Heidermann (Hrsg.), Langzeitprogramm 3, Jungsozialisten, Kritische Stellungnahmen zum Problem einer gesellschaftspolitischen Langzeitplanung, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 55 ff.

Koubek, Norbert/Scheibe-Lange, Ingrid:

Einzel- und gesamtwirtschaftliche Daten zur Investitionsstruktur in der BRD, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1974, S. 310 ff.

Kowalski, Reinhold/Maurischat, Gerd:

Wesen und Widersprüche der staatsmonopolistischen Bonner Strukturpolitik, in: Marxismus Digest, H. 1/1970, S. 55 ff.

Krüper, Manfred:

Indikativer Rahmenplan und sektorale Investitionslenkung, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 15 ff.

Krüper, Manfred:

Investitionslenkung – ein neues Mittel der Wirtschaftspolitik, in: Ders. (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 7 ff.

Krüper, Manfred:

Löhne, Investitionen und Beschäftigung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 3/1976, S. 232 ff.

Krüper, Manfred:

Methoden und Ziele der Investitionslenkung, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 515 ff.

Krüper, Manfred:

Ordoliberalismus und Investitionslenkung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1973, S. 746 ff.

Krüper, Manfred:

Qualitative und quantitative Investitionssteuerung im Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1973, S. 317 ff.

Krüper, Manfred:

Sektorale Investitionslenkung in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 774 ff.

Krüper, Manfred:

Wirtschaftsplanung und Investitionslenkung, Zur ordnungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 31/1975, S. 21 ff.

Kuda, Rudolf F.:

Kooperative Marktwirtschaft und Investitionslenkung, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 137 ff.

Leminsky, Gerhard:

Ansatzpunkte für eine Investitionslenkung, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1974, S. 286 ff.

Leminsky, Gerhard:

Gewerkschaften und Planung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 758 ff.

Littmann, Konrad:

Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Köln/Opladen 1957.

Loderer, Eugen:

Erste Schritte zu einer sinnvollen Investitionslenkung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1975, S. 544.

Lutz, Vera C.:

Zentrale Planung für die Marktwirtschaft, Tübingen 1973.

Lutzky, Nikolai/Schallock, Peter:

OR '85 und Wirtschaftslenkung – einige weiterführende Überlegungen, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 8/1975, S. 629 f.

Marbach, Fritz:

Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950.

Markert, Kurt:

Kartelle als Mittel staatlicher Wirtschaftsplanung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung IV, Planung international, Baden-Baden 1970, S. 191 ff.

Mayer, Udo:

Investitionskontrolle und Verfassung, in: Investitionen–Konzern–Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 170 ff.

Mayer, Udo:

Normative Aspekte einer demokratischen Investitionskontrolle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/1975, S. 1255 ff.

Meißner, Werner:

Argumente für eine überbetriebliche Investitionsplanung, in: Hans Besters u.a., Investitionslenkung – Bedrohung der Marktwirtschaft?, Köln 1975, S. 45 ff.

Meißner, Werner:

»Das Profitmotiv muß ersetzt werden«, in: Wirtschaftswoche v. 9. 2. 1973.

Meißner, Werner:

Gesellschaftliche Rationalität und Profitmotiv, Das Ziel der Investitionslenkung, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 3/1974, S. 127 ff.

Meißner, Werner:

Investitionslenkung, Frankfurt am Main 1974.

Meißner, Werner:

Investitionslenkung – ein neues Instrument für die Wirtschaftspolitik?, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 8/1973, S. 620 ff.

Meißner, Werner:

Schritt zur Wirtschafts-Demokratie, in: Wirtschaftswoche v. 25. 10. 1975.

Meißner, Werner/Wieczorek, Norbert/Zinn, Karl Georg:

Investitionslenkung – akademische Spielweise oder realer Ansatzpunkt?, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1975, S. 804 ff.

Meißner, Werner/Wieczorek, Norbert/Zinn, Karl Georg:

Investitionslenkung – Kritik der Kritik, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 12/1974, S. 1022 ff.

Meißner, Werner/Wieczorek, Norbert/Zinn, Karl Georg:
Veränderung der Machtverhältnisse und Verbesserung der Lebensqualität, Überlegungen zum ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 1/1973, S. 56 ff.

Mundorf, Hans:
Investitionsmeldestelle?, in: Handelsblatt v. 2. 6. 1975.

Müller, J. Heinz:
Kriterien für die Beurteilung staatlicher Einflußnahme auf die Wirtschaft, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung I, Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 1965, S. 307 ff.

Müller-Armack, Alfred:
Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947.

Naschold, Frieder:
Anpassungsplanung oder politische Gestaltungsplanung?, Zur politischen Planung in der BRD am Beispiel der mehrjährigen Finanzplanung, in: Winfried Steffani (Hrsg.), Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen 1971, S. 69 ff.

Naschold, Frieder/Väth, Werner:
Politische Planungssysteme im entwickelten Kapitalismus, in: Dies., (Hrsg.), Politische Planungssysteme, Opladen 1973, S. 7 ff.

Neumark, Fritz:
Wirtschafts- und Finanzprobleme des Interventionsstaates, Tübingen 1961.

Niclas, Wolfgang:
Bemerkungen zu den Vorstellungen von Herbert Ehrenberg, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 155 ff.

Noé, Claus:
Selektive Angebotssteuerung in der Marktwirtschaft, in: Peter von Oertzen u.a. (Hrsg.), Thema: Wirtschaftspolitik, Materialien zum Orientierungsrahmen 1985, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 75 ff.

Noé, Claus:
Selektive Angebotssteuerung in einer gemischten Wirtschaftsordnung, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 45 ff.

Peters, Hans-Rudolf:
Infrastrukturpolitik in der Marktwirtschaft, in: Dieter Cassel u.a. (Hrsg.), 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Konzeption und Wirklichkeit, Stuttgart 1972, S. 299 ff.

Pfaffenberger, Wolfgang:
Wohlstandskriterien für die Wirtschaftsplanung in entwickelten kapitalistischen Marktwirtschaften, Westberlin 1971.

Pfleiderer, Otto:
Die Notenbank im System der wirtschaftspolitischen Steuerung, in: Joseph H. Kaiser

(Hrsg.), Planung III, Mittel und Methoden planender Verwaltung, Baden-Baden 1968, S. 409 ff.

Pitz, Karl H.:

Investitionslenkung im Schiffbau?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 772 f.

Predöhl, Andreas:

Die Rolle von Wettbewerb und Planung in der Wirtschaftsverfassung der westlichen Industriestaaten, in: Planung in der Marktwirtschaft, Vorträge auf der vom 5. bis 7. Dezember 1963 im Kurhaus zu Bad Kreuznach von der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Liberalen Weltunion veranstalteten Internationalen Arbeitstagung, Stuttgart 1964, S. 7 ff.

Priewe, Jan:

Regionale Investitionskontrolle, in: Investitionen-Konzerne-Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 130 ff.

Riedel, Hannelore:

Zur staatsmonopolistischen Regulierung, Ökonomische und politische Aspekte im Kompetenzstreit zwischen staatlicher Zentralgewalt und untergeordneten Gebietskörperschaften, in: Karl Bichtler (Hrsg.), Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums, Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus, Bd. 2, Berlin (DDR) 1968, S. 261 ff.

Ronge, Volker:

Politökonomische Planungsforschung, in: Ders./Günter Schmieg (Hrsg.), Politische Planung in Theorie und Praxis, München 1971, S. 137 ff.

Rosenbaum, Wolf:

Staatsinterventionismus und Wirtschaftsplanung im modernen Kapitalismus, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Der bürgerliche Staat der Gegenwart, Formen bürgerlicher Herrschaft II, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 9 ff.

Sarrazin, Thilo:

Nachfrage und Investitionslenkung, Eine Apologie des Marktes, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 11/1975, S. 604 ff.

Sarrazin, Thilo:

Nachfrage und Investitionslenkung – Replik der Replik, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 12/1975, S. 678 ff.

Sarrazin, Thilo:

Zum Stand der Diskussion über Investitionslenkung, in: Peter von Oertzen u.a. (Hrsg.), Thema: Wirtschaftspolitik, Materialien zum Orientierungsrahmen 1985, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 57 ff.

Schäfer, Heinz:

Investitionslenkung und Investitionskontrolle, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 1/1975, S. 8 f.

Schlecht, Otto:

Gesamtwirtschaftliche Zielprojektionen als Grundlage der wirtschaftspolitischen Planung in der Marktwirtschaft, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Planung III, Mittel und Methoden planender Verwaltung, Baden-Baden 1968, S. 111 ff.

Schlecht, Otto:

Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 18 ff.

Schlecht, Otto:

Wenn Räte oder Ämter Investitionen lenken, Der Dirigismus breitet sich wie ein Ölfleck aus, in: FAZ v. 29. 9. 1973.

Schmahl, Hans-Jürgen:

Globalsteuerung der Wirtschaft, Hamburg 1970.

Schmahl, Hans-Jürgen:

Globalsteuerung – Zwischenbilanz einer neuen Konjunkturpolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 16. Jg. (1971), S. 271 ff.

Schumacher, Hans:

Markt und Lenkung oder Die SPD kann wieder diskutieren, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 12/1975, S. 974 ff.

Schunk, Albert:

Investitionslenkung und Gewerkschaftspolitik, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/1974, S. 298 ff.

Schunk, Albert:

Vergesellschaftung und Investitionslenkung als Alternativen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 743 ff.

Schwank, Karl-Heinz:

Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung in der Gegenwart, Berlin (DDR) 1974.

Shonfield, Andrew:

Geplanter Kapitalismus, Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Mit einem Vorwort von Karl Schiller, Köln/Westberlin 1968.

Sölter, Arno:

Investitionswettbewerb und Investitionskontrolle, Ordnungspolitische Aspekte der unternehmerischen, staatsinterventionistischen, planwirtschaftlichen und basisdemokratischen Investitionspolitik, Köln/Westberlin/Bonn/München 1973.

Spöri, Dieter:

Verkehrspolitik und Investitionslenkung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 4/1974, S. 278 ff.

Steger, Ulrich:

Alternative Konzepte der Investitionsplanung – Ansatzpunkte, Probleme und Effizienzvergleich, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Nr. 1/1975, S. 71 ff.

Steger, Ulrich:

Direkte oder indirekte Investitionslenkung?, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 10/1973, S. 751 ff.

Steger, Ulrich:

Konsequenzen einer Investitionslenkung für die Gewerkschaften, Ein Diskussionsbeitrag, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 766 ff.

Steger, Ulrich:

Noch einmal: Investitionslenkung und Tarifautonomie, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 2/1976, S. 165 ff.

Steger, Ulrich:

Ordnungspolitik und Strukturprobleme der Volkswirtschaft, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 127 ff.

Steger, Ulrich:

Ökonomische Probleme der Investitionslenkung in der Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 508 ff.

Steger, Ulrich:

Voraussetzungen und Konzepte der Investitionslenkung, in: Wolfgang Roth (Hrsg.), Investitionslenkung, Ergebnisse einer Diskussion zwischen jungen Unternehmern und Sozialdemokraten zum Problem von Markt und Lenkung, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 91 ff.

Steger, Ulrich:

Vorüberlegungen zur Demokratisierung der Planung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 3/1974, S. 252 ff.

Steger, Ulrich:

Zum Verhältnis von »Plan« und »Markt« im Orientierungsrahmen, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 1/1975, S. 13 ff.

Steger, Ulrich:

Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1974, S. 560 ff.

Strasser, Johano:

Investitionslenkung – Reizwort oder Sachproblem?, in Die Neue Gesellschaft, Nr. 11/1975, S. 891 ff.

Strasser, Johano:

Planung und ökonomische Macht, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 9/1972, S. 703 ff.

Tholl, Gerhard:

Branchenplanung und Branchensteuerung – Gefahr oder Chance für die Marktwirtschaft?, in: Dieter Cassel u.a. (Hrsg.), 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Konzeption und Wirklichkeit, Stuttgart 1972, S. 132 ff.

Thoss, Rainer:

Ansatzpunkte einer systemkonformen Investitionslenkung, in: Hans Besters u.a., Investitionslenkung – Bedrohung der Marktwirtschaft?, Köln 1975, S. 125 ff.

Thoss, Rainer:

Zur Weiterentwicklung der Globalsteuerung: Integration von Konjunktur- und Strukturpolitik, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 31 ff.

Tiegel, Dieter/Voigtländer, Hubert:

Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung in einer kapitalistischen Marktwirtschaft, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 7/1973, S. 519 ff.

Timbergen, Jan:

Modelle zur Wirtschaftsplanung, München 1967.

Vetter, Ernst Günter:

Investitionslenkung, Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Eingriffe in den Aufbau der Produktion, Heidelberg 1956.

Villey, Daniel:

Sind Wettbewerb und Planung vereinbar?, in: Planung in der Marktwirtschaft, Vorträge auf der vom 5. bis 7. Dezember 1963 im Kurhaus zu Bad Kreuznach von der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung und der Liberalen Weltunion veranstalteten Internationalen Arbeitstagung,
Stuttgart 1964, S. 102 ff.

Vogel, Otto:

Die Investitionslenkung in der aktuellen politischen Diskussion, in: Hans Besters u. a., In-
vestitionslenkung – Bedrohung der Marktwirtschaft?, Köln 1975, S. 183 ff.

Vohrer, Manfred:

FDP und Investitionslenkung, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitions-
lenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln
1975, S. 201 ff.

Voigtländer, Hubert:

Alternative Konzepte der Investitionsplanung, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Nr.
1/1976, S. 20 ff.

Voigtländer, Hubert:

Direkte Lenkung oder Steuerung der Investitionen durch den Markt?, in: Gerhard Flei-
schle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?,
Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 89 ff.

Voigtländer, Hubert:

Investitionslenkung oder Marktsteuerung?, Ein Beitrag zur politischen Ökonomie des Go-
desberger Programms, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Voigtländer, Hubert:

Investitionslenkung versus Wettbewerb, in: Georg Lührs (Hrsg.), Beiträge zur Theoriedis-
kussion II, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 153 ff.

Weiß, Gerhard:

Investitionskontrolle im öffentlichen Dienst, in: Investitionen–Konzerne–Kontrolle, Refe-
rat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75, Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975,
Frankfurt am Main 1975, S. 118 ff.

Welzmüller, Rudolf:

Fragen zum Durchsetzungskonzept der Forderung nach Investitionsplanung, in: Investi-
tionen–Konzerne–Kontrolle, Referat und Diskussionsbeiträge des Arbeiterseminars '75,
Frankfurt/Main, 7. und 8. Juni 1975, Frankfurt am Main 1975, S. 188 ff.

Wer soll wo wieviel investieren? Fünf Ökonomen über die Investitionslenkung, in: Wirt-
schaftswoche v. 30. 11. 1973.

Werner, Anneliese:

»Politische Planung« im Imperialismus, in IPW-Berichte, Nr. 6/1973, S. 2 ff.

Wieczorek, Norbert:

Gewerkschaften und demokratische Investitionslenkung und -kontrolle, in: Gewerk-
schaftliche Monatshefte, Nr. 12/1973, S. 753 ff.

Wieczorek-Zeul, Heidemarie:

Investitionslenkung – Spielweise oder Kampfplatz, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.), Jungsozialisten Informationsdienst, Nr. 20/1974, S. 1 ff.

Willgerodt, Hans:

Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft?, in: Ordo, Bd. 17 (1966), S. 153 ff.

Zeitel, Gerhard:

Mehr Investitionslenkung?, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 191 ff.

Zieschang, Kurt:

Zum staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus, in: Karl Bichtler (Hrsg.), Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums, Theoretische Probleme im Sozialismus und Kapitalismus, Bd. 2, Berlin (DDR) 1968, S. 199 ff.

Zinn, Karl Georg:

Investitionskontrollen und -planung, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 6/1973, S. 301 ff.

Zinn, Karl Georg:

Investitionskontrollen und -planung, Eine Replik, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10/1973, S. 519 ff.

Zinn, Karl Georg:

Lenkung nach Plan, in: Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft?, Frankfurt am Main/Köln 1975, S. 65 ff.

Zinn, Karl Georg:

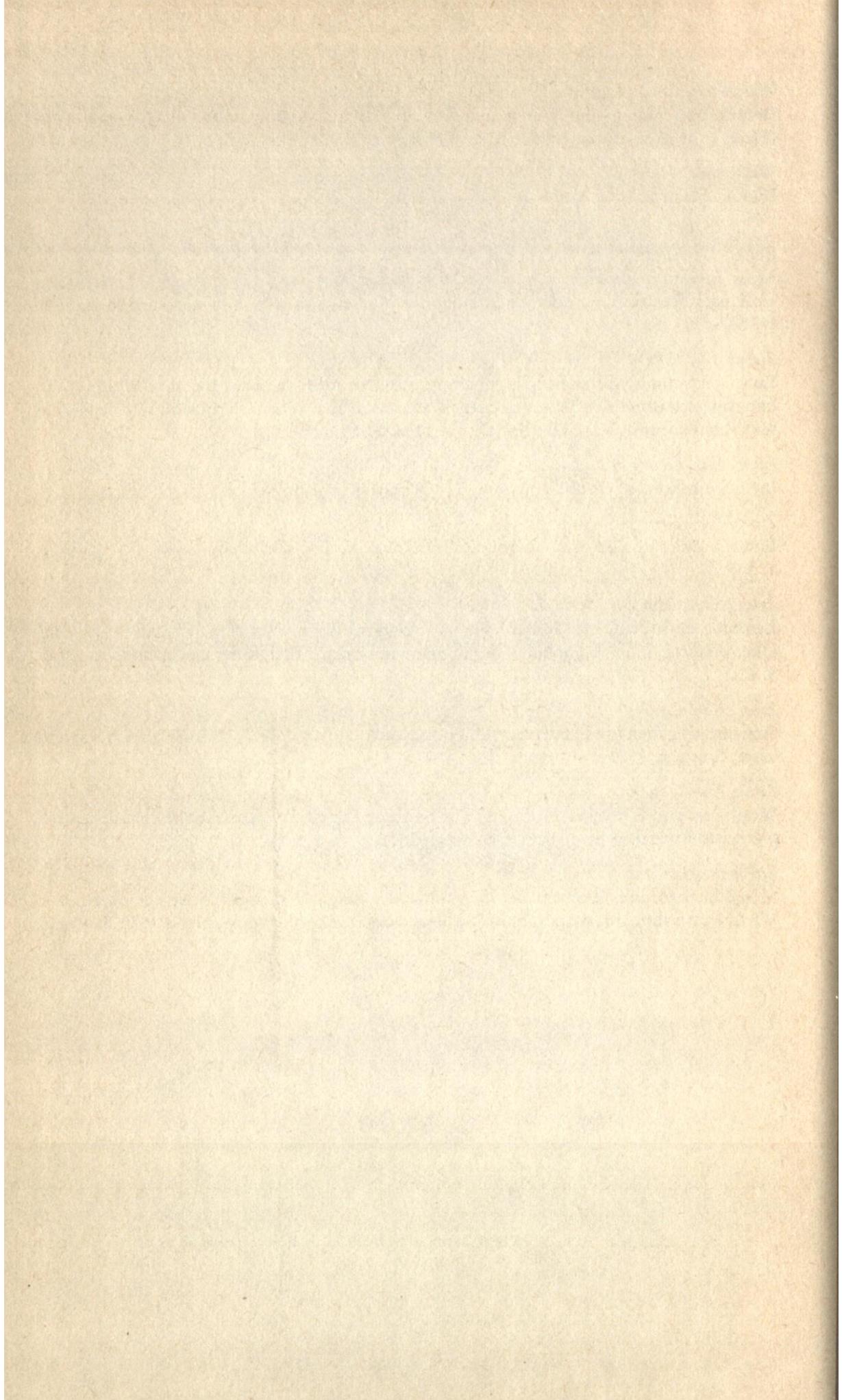
Sozialistische Planwirtschaftstheorie, Grundlagen und aktuelle Probleme der Arbeitswertlehre, Stuttgart 1971.

Zinn, Karl Georg:

Wohlstand und Wirtschaftsordnung, Zur Leistungsfähigkeit von marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Systemen, Darmstadt 1972.

Zöllmer, Manfred:

Möglichkeiten und Grenzen der Investitionslenkung als Element einer demokratischen Wirtschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/1975, S. 512 ff.



Politische Ökonomie

Gesellschaft im Konkurs?

Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–76 in der BRD

Herausgegeben von Jörg Huffscheid und Herbert Schui
530 Seiten, DM 12,80

Bedingungen der Krise

Historischer Hintergrund und gesetzmäßige Entwicklung der Wirtschaftskrise in der BRD

Verlauf der Krise

Monopolisierung in der Krise

Destabilisierung durch den Weltmarkt?

Strukturprobleme und Krise (Bau- und Textilindustrie)

Demontage des Lebensniveaus

Erklärungen der Krise

Zur Krisenanalyse der herrschenden Wirtschaftswissenschaft, der Bundesregierung, der Opposition und der Unternehmerverbände

Krise und Reformverzicht

Politik in der Krise

Krisenverschärfende Politik der Bundesbank

Antikrisenpolitik der Bundesregierung

Gewerkschaftliche Politik und Programmatik gegen Lohnabbau und Arbeitslosigkeit

Demokratische Alternativen und Perspektiven im Kampf gegen die Krise

Pahl-Rugenstein

Politische Ökonomie

Wolfgang Fritz Haug
**Vorlesungen zur
Einführung ins „Kapital“**

Zweite Auflage
196 Seiten, DM 12,80

Walter Tuchscheerer
Bevor „Das Kapital“ entstand

Die Entwicklungsgeschichte der
ökonomischen Theorie von Karl
Marx
500 Seiten, DM 19,80

Eugen Rau

**Der Verfall des Fortschritts-
gedankens in der ökonomi-
schen Theorie**

Zum Irrationalismus in der bürger-
lichen Ökonomie
280 Seiten, DM 12,80

Michael Gugel

**Industrieller Aufstieg
und bürgerliche Herrschaft**

Sozioökonomische Interessen
und politische Ziele des liberalen
Bürgertums in Preußen zur Zeit
des Verfassungskonflikts 1857–1867
Sammlung Junge Wissenschaft
Typoskript, 304 Seiten, DM 48,-

Reinhard Opitz (Hrsg.)

**Europastrategien des
deutschen Kapitals**

(1900–1945)
ca. 1200 Seiten, ca. DM 68,-

Reinhard Kühnl

**Der deutsche Faschismus
in Quellen und Dokumenten**

512 Seiten mit 317 Dokumenten
und 13 Abbildungen, DM 9,80

S. L. Wygodski

**Der gegenwärtige
Kapitalismus**

Versuch einer theoretischen
Analyse
548 Seiten, DM 14,80

BRD – DDR

**Vergleich der
Gesellschaftssysteme**

Fünfte Auflage
442 Seiten, DM 12,80

K. Engelhardt/K. H. Heise

**Der militärisch-industrielle
Komplex im heutigen Impe-
rialismus**

Nachwort von Rainer Rilling
304 Seiten, Ln. DM 19,80

C. Grossner/H. Schierholz

Projekt MRCA

Eine Dokumentation und Kritik
des teuersten Rüstungsvorhabens
der deutschen Geschichte
64 Seiten, DM 6,-

J. Huffschild/G. Kade/D. Ipsen

**Die Krise und die Grenzen
der bürgerlichen Ökonomie**

DM 4,-

Pahl-Rugenstein

Industriesoziologie

Peter Hinrichs/Lothar Peter

Industrieller Friede?

Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik

Kleine Bibliothek Bd. 84

298 Seiten, DM 14,80

Seit einigen Jahren steht die Frage nach den Arbeitsbedingungen im industriellen Produktionsprozeß im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das Schlagwort von der „Humanisierung der Arbeit“ ruft den Eindruck hervor, als handle es sich bei den Veränderungen im Bereich der Arbeitsgestaltung um eine gänzlich neue, allein durch den technischen Fortschritt zu erklärende Erscheinung. In diesem Band wollen die Autoren mit der ersten systematischen Sammlung von Grundlagentexten und einem umfangreichen theoretischen Beitrag zur Entmythifizierung beitragen: Seit der Weimarer Zeit (damals mit dem Begriff „Industrieller Friede“) wird der technische Fortschritt verklärt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kapitalismus als interessenunabhängiger Sachzwang gerechtfertigt.

Alfred Oppolzer

Entfremdung und Industriearbeit

Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx

Kleine Bibliothek Bd. 49

303 Seiten, DM 19,80

Kaum ein Aspekt der Marxschen Theorie hat bei den verschiedenen wissenschaftlichen Strömungen so große Aufmerksamkeit gefunden wie die Kategorie der Entfremdung. Zahllose Deutungen und Umdeutungen haben den Begriff mittlerweile zum schillernden Schlagwort verflachen lassen. Der Marburger Industriesoziologe Alfred Oppolzer arbeitet in dieser ungewöhnlich sorgfältigen Quellenstudie heraus, was Marx unter Entfremdung verstand. Mit der Freilegung der analytischen Funktion des Marxschen Begriffs werden zugleich Fundamente sichtbar, auf denen heute eine wissenschaftlich betriebene Industriesoziologie aufbauen kann.

Pahl-Rugenstein

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die „Blätter“ sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatsschrift in deutscher Sprache. Sie analysieren und kommentieren wesentliche Fragen der Politik und Gesellschaft in der BRD, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

Die „Blätter“ brachten u. a.:

- Abendroth · Habilitations- und Berufungspolitik
- Albrecht · Rüstung und Inflation
- Boris/Ehrhardt · Perspektiven Chiles
- Braczyk/Herkommer · Leitende Angestellte als „dritte Kraft“?
- Däubler/Gollwitzer/Müller/Preuß/Ridder/Stuby · Kritik der Berufsverbote
- Gamm · Parteilichkeit als Bildungsprinzip
- Inosemzew · Fragen der europäischen Sicherheit
- Jens/Obermair/Rendtorff/Wesel u. a.: Hochschulpolitik
- Krause-Vilmar/Schmitt · Politische Arbeit in der Schule
- Kühnl · Bedingungen für den Sieg des Faschismus
- Neuhöffer/Opitz · Sozialliberale oder demokratische Politik
- Opitz · Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs
- Schwamborn/Schmitt · Wehrkunde im Unterricht
- Wolfinger/v. Freyberg · Zur Situation der Frauen in der BRD und DDR

Einzelheft DM 5,-, im Abonnement DM 3,50
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,-

Pahl-Rugenstein

